

Protokoll

Außerordentlicher Bundesparteitag

Berlin, 26. September 2010

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung

Geschäftsordnung

Eröffnung

Andrea Nahles

Konstituierung

Grußwort

Werner Faymann, Bundeskanzler der Bundesrepublik Österreich

Rede des Parteivorsitzenden

Sigmar Gabriel

Aussprache

Beratung Resolutionen Atomkraft und Integration

Grußwort

Joachim Gauck

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Beratung der Anträge zur Wirtschafts - und Finanzpolitik

Beratung der Anträge zur Arbeitsmarktpolitik

Beratung weiterer Anträge

Schlusswort

Klaus Wowereit

Anhang

Delegierte

Delegierte mit beratender Stimme

Tagesordnung

- 11.00 Uhr Konstituierung und Eröffnung
- Andrea Nahles, Generalsekretärin
- Wahl des Parteitagspräsidium
- Beschluss über die Geschäftsordnung
- Beschluss über die Tagesordnung
- Wahl der Mandats- und Zählkommission
- 11.30 Uhr Grußwort Werner Faymann
- 11.45 Uhr Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel
- 12.45 Uhr Aussprache
- 13.25 Uhr Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 13.30 Uhr Grußwort Joachim Gauck
- 13.45 Uhr Bericht der Antragskommission zum Bereich Wirtschaft und
Finanzen
- Olaf Scholz, stv. Parteivorsitzender
- 14.00 Uhr Einführung von Peer Steinbrück zum Thema Wirtschaft und Finanzen

- 14.15 Uhr Antragsberatung Wirtschafts-, Finanz-, Steuerpolitik
- 15.15 Uhr Bericht der Antragskommission zum Bereich Arbeitsmarkt
Olaf Scholz, stv. Parteivorsitzender
- 15.30 Uhr Antragsberatung zum Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- 16.30 Uhr Antragsberatung weiterer Anträge
- 16.45 Uhr Schlusswort
Klaus Wowereit, stv. Parteivorsitzender

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD in der STATION Berlin, Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin

Beginn: 11.16 Uhr

Eröffnung

Andrea Nahles, Generalsekretärin:

Verehrte Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Draußen vor dem schönen Gebäude, in dem wir uns hier befinden, sind 1 Million Menschen auf der Straße. Wir haben Berlin-Marathon, und ich finde, wir sollten von hier aus unsere sozialdemokratischen Läuferinnen und Läufer, die im SPD-Trikot mitlaufen, anfeuern.

(Beifall)

Diese Läuferinnen und Läufer sind mittendrin, und auch unser heutiger Parteitag ist mittendrin. Wir sind mittendrin im Erneuerungsprozess unserer Partei. Dazu passt es übrigens auch ganz gut – das habt Ihr ja sicherlich schon gemerkt –: Wir sind nicht im Estrel, und wir müssen auch keine Katastrophen bewältigen. Nein, wir sind einfach hier zum Diskutieren und Arbeiten, und Ihr alle seid gekommen. Herzlich willkommen in Berlin.

(Beifall)

Ich möchte zunächst jemanden begrüßen, der leider heute hier nicht sein kann und den wir ganz besonders vermissen: Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mit Frank gesprochen, und er hat mich gebeten, Euch herzliche Grüße von ihm und von seiner Frau Elke auszurichten. Beide machen gute gesundheitliche Fortschritte, und beide haben sich sehr über die vielen Genesungswünsche und die große Anteilnahme gefreut, die ihnen entgegengebracht wurde. Lieber Frank-Walter, wir wünschen Dir und Deiner Frau Elke von ganzem Herzen gute Genesung.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben als Partei turbulente Zeiten hinter uns. Wir wissen, dass viele Anhänger an uns gelitten haben. Vor knapp einem Jahr haben wir bei der Bundestagswahl einen Weckruf erhalten, der uns in den Ohren wehgetan hat, und seit einem Jahr sind wir deswegen nicht nur dabei, uns zu kurieren. Wir wollen uns besser aufstellen als jemals zuvor. - Ich darf sagen: Nach einem Jahr haben wir auch schon ein paar Dinge geschafft. Wir stehen geschlossen da, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben gemeinsam Positionen entwickelt, und wir lassen uns nicht mehr auseinanderdividieren. Ich verspreche Euch: Das wird in Zukunft so bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das Zweite, was wir geschafft haben: Wir haben auch für uns kritische und schwierige Fragen solidarisch miteinander geklärt. Ich nenne das Beispiel Rente mit 67. Viele von uns treibt bei diesem Thema ja die Sorge um, dass aufgrund des steigenden Lebensalters die Rente nicht

mehr finanzierbar bleibt. Das kann ich gut nachvollziehen. Andere fragen aber: Wo gibt es denn die gute Arbeit für Ältere in Deutschland überhaupt?

Kürzlich ging ein Fall einer 49-jährigen Rechtsanwaltsgehilfin aus Heidelberg von der Uniklinik Heidelberg durch die Presse. Sie wurde mit ihren 49 Jahren intern als zu alt abgemeiert. Da sage ich einmal klipp und klar: Solange es in Deutschland noch Arbeitgeber gibt, die so etwas denken, und solange nur 20 Prozent der über 60-Jährigen eine Vollzeitarbeit wahrnehmen können, ist die Erhöhung des Rentenalters schlichtweg eine Rentenkürzung, und deswegen kann sie nicht wie geplant beginnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Mit dieser Entscheidung, die wir hier getroffen haben, knüpfen wir an die konkreten Erfahrungen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und ich freue mich deswegen ganz besonders, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften hier heute so zahlreich vertreten sind. Herzlich willkommen, lieber Michael Sommer.

(Beifall)

Herzlich willkommen, lieber Uli Freese, lieber Alexander Kirchner, lieber Franz-Josef Möllenberg, lieber Konni Freiberg, lieber Dietmar Schäfers und nicht zuletzt liebe Margret Mönig-Raane. Ihr seid uns alle sehr willkommen.

(Beifall)

Der Dresdner Parteitag hat übrigens auch einen Startschuss für einen Kulturwandel in unserer eigenen Partei gegeben. Ich will deswegen heute hier nicht nur prominente Gäste begrüßen, sondern auch Genossinnen und Genossen, die durch ihre Arbeit das eigentliche Kraftzentrum unserer Partei sind. Und die diesen Kulturwandel verkörpern.

Deswegen begrüßen wir den Abteilungsvorsitzenden aus Berlin-Friedrichshain, Sven Heinemann. Lass Dich mal sehen.

(Beifall)

Da lohnt es sich, zu klatschen, liebe Genossinnen und Genossen. Im vergangenen Jahr hat seine Abteilung 60 neue Mitglieder aufgenommen. Insgesamt sind es jetzt 350, und das Beste kommt noch: Das Durchschnittsalter ist 35 Jahre. Das ist wirklich einen Applaus wert.

(Beifall)

Das kommt nicht von selbst, sondern die Friedrichshainer sind wirklich vorbildlich. Sie machen originelle Veranstaltungen, zum Beispiel Politik und Kino – daran habe ich selber auch einmal teilgenommen -, mit vielen Hunderten von Zuschauern. Sie haben sich auch an unserem Wettbewerb „Zukunftswerkstatt faires Deutschland“ beteiligt, wo wir neue Veranstaltungsformen ausprobieren, weg vom Hinterzimmer, hin zum lebendigen Austausch.

Sven hat mir gesagt: „Wir müssen raus zu den Menschen. Sie müssen merken, dass wir es ernst mit ihnen meinen und sie wirklich gewinnen wollen“. – Danke, Sven.

(Beifall)

Ich möchte auch Jorge Lopez ganz herzlich begrüßen. Er ist in die SPD eingetreten, und zwar nach unserer ersten Bürgerkonferenz. Lieber Jorge, herzlich willkommen auf dem Parteitag und herzlich willkommen in der SPD.

(Beifall)

Jorge ist Jugendvertreter bei der Berliner Stadtreinigung. Zur Begründung, warum er jetzt eingetreten ist, hat er mir gesagt: Die Bürgerkonferenz hat mir gezeigt, dass sich die Politiker der SPD wirklich für mich interessieren und dass sie auf meine Stimme hören. Das ist auch das Motto für unsere weitere Arbeit. Vielen Dank, Jorge.

(Beifall)

Ich begrüße Inka Damerou aus Hamburg. Inka, lass Dich mal sehen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Inka war die Vertreterin bei unserem Bündnis „Ketten-Reaktion“ unter dem Motto: „Atomkraft abschalten“. Sie hat geholfen, die Menschenkette am 24. April vorzubereiten, an der 120 000 Menschen teilgenommen haben. Sie war mit ihrem Mann natürlich auch hier auf der Demo in Berlin.

Ich sage: Dieser Schulterschluss zwischen der Anti-Atomkraft-Bewegung, den Umweltverbänden und den Parteien gegen die schwarz-gelbe Energiepolitik war wichtig und hat Spaß gemacht.

Inka hat mir gesagt, für Themen, die uns wichtig sind, müssen wir wieder auf die Straße gehen und Flagge zeigen. So ist es. Vielen Dank, Inka!

(Beifall)

Ich begrüße den Genossen Herbert Weißbrod-Frey. Du hast Dich bei uns ganz maßgeblich für die Anti-Kopfpauschalen-Kampagne engagiert, bei der wir schon 135 000 Unterschriften gesammelt haben. Herbert hat mir gesagt: Gewerkschaften können Dampf machen, aber wenn sie wirklich etwas bewegen wollen, brauchen sie eine starke Volkspartei. Und das sind wir, liebe Genossinnen und Genossen. Vielen Dank, Herbert!

(Beifall)

Wir alle sind gefragt. Wir müssen wissen, wo Menschen der Schuh drückt, wir müssen diskussionsfreudig und Lernpartei sein. Diese Haltung müssen wir - das kündige ich auch an - angesichts der im nächsten Jahr anzugehenden Parteireform in unserer Partei stärker verankern. Vieles in unserer Partei ist eingespielt; das meine ich im guten Sinne. Aber manches ist auch eingestaubt. Mit den Strukturen der 70er-Jahre können wir im Jahr 2013 nicht mehr bestehen, liebe Genossinnen und Genossen. Mir geht es dabei nicht nur um Satzungsänderungen, sondern mit geht es um ein neues Organisationsverständnis. Deshalb schlage ich vor, dass wir beim Parteitag im nächsten Jahr ein organisationspolitisches Grundsatzprogramm diskutieren, das ähnlich wie das Hamburger Programm breit in der Partei debattiert wird.

Ein Programm, das Mitglieder und Nicht-Mitglieder ermuntert, sich einzubringen. Denn schließlich sind wir - anders als Klientelparteien - im wahrsten Sinne des Wortes Volkspartei, nämlich *die* linke Volkspartei in Deutschland.

(Beifall)

Ich darf an dieser Stelle ganz herzlich Werner Faymann begrüßen, den österreichischen Bundeskanzler und Parteivorsitzenden unserer Schwesterpartei SPÖ. Herzlichen willkommen!

(Beifall)

Lieber Werner, wir wissen das besonders zu schätzen; denn Du hast heute Landtagswahl in der Steiermark. Dass Du trotzdem hier bist, freut uns besonders. Wir freuen uns auch, dass Du nachher das Wort an uns richten wirst.

Liebe Genossinnen und Genossen, herzlich begrüßen möchte ich auch Hans-Jochen Vogel.

(Beifall)

Lieber Hans-Jochen, ich möchte Dir für Deine wirklich beeindruckende Rede gestern danken. Wir haben gestern über die friedliche Revolution vor 20 Jahren gesprochen. Damals wurde Demokratie erkämpft. Heute geht es darum, sie zu leben. Und lebendig geht es derzeit überall in Deutschland zu. Immer mehr Menschen allen Alters und aller Schichten gehen auf die Straße. Wir erleben in nie gekanntem Maße Volksentscheide in den Ländern - zum Beispiel Bayern: Nichtraucherschutz, Hamburg: Schulreform - und sehr bunte Proteste in Stuttgart. Es sind dafür sehr schnell Etiketten gefunden worden. „Die Dagegen-Republik“ hat ein großes Nachrichtenmagazin dazu gesagt. Aber ich frage Euch: Ist dagegen sein nicht der Anfang von vielem? Auch für viele von Euch war doch dagegen sein - mit Verlaub - der Anfang, sich politisch zu engagieren. Ich glaube, deswegen muss es darum gehen, aus dem Dagegen-sein ein Dafür-sein zu machen. Wo hätten wir das besser gesehen als bei der Begeisterung für die Kandidatur von Joachim Gauck in diesem Jahr? Ich bin froh, dass Joachim Gauck nachher zu uns ein Grußwort sprechen wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Natürlich sind viele dieser aktuellen Proteste ein Tritt gegen das Schienbein der Parteien. Aber das kann doch kein Grund für uns sein, diese Menschen nicht zu uns einzuladen und sie nicht zu beteiligen. Das wäre im Übrigen auch gegen unsere demokratische Tradition. Wir, die SPD, müssen wieder die Heimat sein für demokratisch engagierte Bürgerinnen und Bürger überall im Lande. Ich erinnere daran, dass die starke Zeit der Sozialdemokratie genau die Zeit war, in der sich das aktive und aufgeklärte Bürgertum innerhalb der SPD engagiert hat. Nicht wahr, lieber Erhard Eppler? Schön, dass Du heute bei uns bist.

(Beifall)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch Gesine Schwan begrüßen und ihr herzlich danken für das, was sie geschafft hat, nämlich die Mobilisierung und das Stärken des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern weit über die SPD hinaus. Herzlich willkommen, Gesine Schwan.

(Beifall)

Manche werden vielleicht denken: Gut gesagt, Andrea, das mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Aber was ist denn mit Thilo Sarrazin? Wieso macht ihr denn ein Parteiordnungsverfahren gegen den? - Ja, Genossinnen und Genossen, wir wollen offen diskutieren. Ja, wir begrüßen unterschiedliche Meinungen, auch kritische. Aber wenn eine Partei ihre Grundwerte nicht mehr verteidigt, wird sie beliebig.

(Beifall)

Es gibt einen Kern von Wertvorstellungen, die in der SPD nun einmal nicht zur Disposition stehen. Meinungsfreiheit: ja. Aber ein reaktionäres Menschenbild im Namen der SPD: Dazu sagen wir Nein. Das müssen wir auch, wenn wir uns selber ernst nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben auf dem Weg, wieder die Bundesregierung zu stellen, schon einiges erreicht. Hättet Ihr Euch vor einem Jahr in Dresden vorstellen können, dass wir jetzt ernsthaft darüber reden, dass wir die Bundesregierung 2013 stellen können? Bei den Umfragen von Allensbach und im Rahmen des Polit-Barometers liegen wir mittlerweile bei 30 Prozent. Das ist noch lange nicht das, was wir wollen. Aber es ist schon mehr, als wir vor einem Jahr zu hoffen gewagt hätten. Viele sagen, dass es nur die Schwäche von Schwarz-Gelb sei. Das mit der Schwäche möchte ich nicht bestreiten, wie könnte ich?

Aber ich behaupte, dass es auch unsere eigene Stärke ist. Die SPD ist wieder eine wachsende Kraft in Deutschland. Darauf müssen wir in den nächsten Monaten setzen.

(Beifall)

Ich habe deswegen Zuversicht, weil wir eine Idee vom Fortschritt haben für unser Land. Deswegen interessieren sich auch wieder mehr Menschen für uns. Die SPD hat Fortschritt übrigens nie nur als materiellen Fortschritt verstanden, sondern sie hat Fortschritt als umfassenden Begriff verstanden. Mehr Geld ist vielen wichtig, liebe Genossinnen und Genossen. Aber anderes wird zunehmend wichtiger für die Menschen. Den Leuten fehlt zum Beispiel schlichtweg Zeit - Arbeitszeit und Lebenszeit. Hört Euch einmal um bei Euren Kollegen und Freunden, das passt oft nicht mehr zusammen.

Deswegen haben wir Langzeitarbeitskonten und Elterngeld auf den Weg gebracht. Aber wir wollen mehr. Wie wäre es zum Beispiel, wenn beide Eltern in den Jahren, in denen sich Erziehung und Karriere knubbeln, weniger arbeiten, ohne davon Nachteile zu haben, und später dann wieder mehr? Ja, ich sage: beide Eltern, nicht nur Frauen. Das ist fortschrittliche Politik à la SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage auch: Fortschrittlich heißt, weiblicher zu werden.

(Beifall)

- Ja, die Jungs können auch einmal klatschen. - Wir sind ja dabei, insbesondere in den letzten Monaten, mit unseren Shootingstars Hannelore Kraft und Manuela Schwesig. Aber ein bisschen mehr geht noch.

(Beifall)

Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir es sind, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die endlich das überholte Modell, Mann arbeitet, Frau verdient ein wenig dazu, abschaffen. Wir haben lange genug Ehegatten gesplittet, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auch die jungen Menschen erwarten von der SPD fortschrittliche Lösungen. Die SPD kümmert sich um die, die schon in der Schule aufgeben. Aber wir kümmern uns auch um die Jungen, die ambitioniert und ehrgeizig sind. Wahr ist doch, dass in Deutschland auch diejenigen, die alles richtig machen - gute Ausbildung, Auslandsaufenthalt -, am Ende abgespeist werden mit unbezahlten Praktika, Kettenverträgen und anderen Sauereien. Das können wir und wollen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Deswegen haben wir das Verbot der sachgrundlosen Befristung oder die Bekämpfung des Missbrauchs der Leiharbeit heute in unserem Leitantrag. Aber das ist nur der erste Schritt. Ich denke, wir dürfen uns als SPD von keiner anderen Partei übertreffen lassen, um die Zukunftschancen der jungen Menschen in diesem Land zu sichern. Deswegen muss das ein Schwerpunkt der nächsten Jahre für unsere Arbeit werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Fortschrittliche Politik, das ist Bürgerversicherung statt Zweiklassenmedizin, Mindestlohn durchsetzen mit den Gewerkschaften. Eine Bürgerinitiative für eine europäische Spekulationssteuer mit der SPÖ zu starten. Das ist fortschrittliche Politik. Aber es ist noch nicht alles geschafft. Deswegen meinen wir diesen Arbeitsparteitag heute sehr ernst. Wir wollen weiter wachsen. Deswegen lasst uns hart arbeiten, damit wir 2013 wieder da sind, wo wir hingehören, Genossinnen und Genossen, in die Bundesregierung. Vielen Dank.

(Beifall)

Konstituierung

Andrea Nahles, Generalsekretärin:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke Euch. Wir wählen jetzt das Parteitagspräsidium. Ihr findet in Euren Unterlagen die Tischvorlage 1. Für das Parteitagspräsidium sind vorgeschlagen: Barbara Hendricks, Nils Schmid, Manuela Schwesig, Heiko Maas und Hannelore Kraft. Gibt es Gegenstimmen gegen das so vorgeschlagene Parteitagspräsidium? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann bitte ich das Tagungspräsidium, die Arbeit aufzunehmen. Der Parteitag ist eröffnet.

(Beifall)

Barbara Hendricks, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, Andrea. Ich danke Euch für das Vertrauen, das Ihr dem Präsidium, das hier schon sitzt, entgegenbringt. Wir hätten ja sonst alle noch einmal umziehen müssen. Aber irgendwie waren dahinten auch keine Plätze. Also, danke, dass Ihr so pragmatisch damit umgegangen seid.

Als Erstes wollen wir jetzt über die Geschäftsordnung Beschluss fassen. Sie liegt Euch in den Unterlagen vor. Wer mit der vorliegenden Geschäftsordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

Dann stimmen jetzt über die Tagesordnung ab. Da machen wir es anders herum. Wer ist gegen die Tagesordnung? - Enthält sich jemand? - Das ist nicht der Fall. Einstimmig so beschlossen.

Dann gehen wir jetzt über zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Der Vorschlag liegt Euch vor. Das sind Genossinnen und Genossen aus allen Landesverbänden und -bezirken. Wer mit dem Vorschlag der Zusammensetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, sich jetzt unmittelbar hier vorne - von Euch aus gesehen, links von der Bühne - zu versammeln, und zwar unter dem Transparent von „gut und sicher leben“. Dort werdet Ihr in Empfang genommen. Findet Euch dort ein. Herzlichen Dank.

Dann darf ich einigen zum Geburtstag gratulieren, die gestern oder heute Geburtstag haben. Da sind auch zwei runde Geburtstage dabei. Der Genosse Otto Marburger ist gestern 70 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Außerdem hatten gestern Geburtstag der Genosse Ralf Pohl aus Bayern und die Genossin Karin Löhr. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Heute gratulieren wir in besonderer Weise der Genossin Kirsten Riedel aus dem Bezirk Hannover, weil sie heute 50 Jahre alt geworden ist.

(Beifall)

Iris Berben sagt ja, 60 wäre die neue 40. Also kann man jetzt 50. Geburtstage von Frauen durchaus nennen. Herzlichen Glückwunsch!

Außerdem gratulieren wir heute den Genossen Mark Rackles, Norbert Spinrath und Isa Marie Grossmann. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir wollten jetzt eigentlich um 11.45 Uhr den Antragsschluss verkünden. Das wäre jedoch nicht ganz fair. Aber da Ihr ja eigentlich schon alle wisst, was Ihr machen wollt und wir auf dem heutigen Parteitag tatsächlich wenig Zeit haben, verlegen wir den Antragsschluss auf 11.55 Uhr. Wer also noch etwas machen will, der sollte sich jetzt beeilen. Aber ich glaube, Ihr habt es alle in der Hand. Ihr seid alle erfahrene Parteitagshasen und habt das vorher schon vorbereitet. So. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission fängt jetzt an. Ihr habt also noch ungefähr zehn Minuten Zeit, um noch Änderungsanträge vorzulegen. - So weit zu den Vorsprüchen, die man so machen muss, wenn der Parteitag beginnt.

Jetzt freue ich mich besonders, ankündigen zu dürfen, dass unser Freund, der Bundeskanzler der Bundesrepublik Österreich, Werner Faymann, zu uns sprechen wird. Lieber Werner Faymann, Du hast das Wort.

(Beifall)

Grußwort

Werner Faymann, Bundeskanzler der Bundesrepublik Österreich:

Lieber Sigmar! Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Freunde! Mir ist während der Reise zu Euch in Erinnerung gekommen, dass auf dem ersten Parteitag in Österreich, an dem ich teilgenommen habe, vor etwa 30 Jahren, Willy Brandt und Bruno Kreisky gesprochen haben. Liebe Freunde, wisst Ihr, warum sich das bei mir so eingepägt hat? Weil ich schon damals sehr stolz darauf war, dass unsere Genossinnen und Genossen für Verteilungsgerechtigkeit, für über Arbeitnehmerrechte gesprochen haben und dabei für Wertehaltungen gestanden haben, die bis heute nichts an Aktualität eingebüßt haben.

(Beifall)

Willy Brandt und Bruno Kreisky, die sich bekanntlich sehr gut verstanden haben, haben auch immer zur Geltung gebracht, dass man auf diese Sozialdemokratie stolz sein kann, weil sie eine europäische, eine internationale Bewegung ist. Liebe Freunde, das müssen wir wieder stärken, in einer Zeit, in der wir alle genau wissen: Antworten sind unverzichtbar im eigenen Land in sozialen Fragen, in Fragen der Fairness und Gerechtigkeit! Der Kampf im eigenen Land für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit ist eine vordringliche Aufgabe. Aber ohne diesen europäischen und internationalen Geist hat die Sozialdemokratie keine Chance, das auch wirklich umzusetzen.

(Beifall)

Wenn wir uns in der Europäischen Union zu einer Vorbesprechung der regierungsverantwortlichen Sozialdemokraten treffen, dann sind wir fünf von 27. Liebe Freunde, das kann doch nicht sein in einer Zeit, in der die Gier, die Spekulation die internationalen Finanzmärkte zusammen brechen haben lassen, was uns in die größte Wirtschaftskrise seit 1945 in Europa geführt hat, in einer Zeit, in der die Armut angestiegen ist, während andere noch ihren Bonus in Sicherheit gebracht haben, in einer Zeit, in der die prekären Arbeitsverhältnisse von Menschen rasant mehr werden, in der Menschen den ganzen Tag arbeiten, aber nicht davon leben können! Dann müssten doch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Wahlsieg zu Wahlsieg eilen! Denn das haben doch schon unsere Mütter und Väter gesagt, dass eine Wirtschaftsordnung, die auch nicht Regeln kennt, eine Wirtschaftsordnung, die nicht Verteilungsgerechtigkeit kennt, von uns erkämpft werden muss und eine Wirtschaftsordnung, die nur mehr die Spekulation kennt, von uns bekämpft werden muss!

(Beifall)

Daher stellt sich doch die Frage: Wieso eilen wir nicht überall in Europa von Wahlerfolg zu Wahlerfolg, wenn die Mehrheit in der Bevölkerung sagt „Jeder Mensch ist gleich viel wert, jeder muss dieselben Chancen bekommen“ Chancengerechtigkeit beginnt bei der Bildungspolitik im Vorschulalter, zieht sich durch die Fragen der gemeinsamen Schule in der Bildungspolitik bis hin zu den Chancen auf den Universitäten. Es zieht sich durch alle Themen der Gesundheitsreform, wobei niemand vom Fortschritt ausgeschlossen sein darf, den wir alle so preisen, und jeder unabhängig von seiner Brieftasche die besten Leistungen bekommen soll, bis hin zu einem respektvollen Umgang mit Menschen im Alter, die nicht davor Angst haben sollen, wie sie sich im Alter ihren Lebensunterhalt leisten können oder eine Pflegeeinrichtung bezahlen? Das alles sind doch Wertehaltungen, die eine breite Mehrheit in der Bevölkerung in Europa haben.

Wir werden mit glaubwürdiger Politik, mit gemeinsamer Anstrengung und mit Geschlossenheit Erfolg haben. Das heißt nicht, dass man innerhalb einer gesellschaftskritischen Partei nicht unterschiedlicher Meinung sein darf. Aber die Leute müssen es wahrnehmen, so dass jeder, den du fragst, egal ob in Deutschland, in Österreich, in Frankreich oder Italien, sagt „Ja, es sind die Sozialdemokraten, die nicht zuschauen, dass jetzt - die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei - wieder dieselben mit den gleichen Sprüchen das gleiche an Spekulation errichten. Wir werden nicht dabei zuschauen, wenn wieder all jene Mechanismen, die uns in die Krise geführt haben, neu aufgebaut werden. Wir werden nicht zuschauen, dass die, die uns erklären: „Den Staat braucht man nicht“, uns vergessen lassen wollen, dass es der Staat und die Steuerzahler waren, die Banken retten mussten, Finanzmärkte wieder in Ordnung zu bringen hatten und als Erster da war, als die Wirtschaft Hilfe benötigt hatte. Ja, wir sind für einen Staat, der sparsam wirtschaftet. Wir sind für eine Leistungsgesellschaft, in der gemeinsam etwas erwirtschaftet wird. Aber wir sind auch dafür, dass das alles dann gerecht verteilt wird - und nicht: gemeinsame Leistung mit Gewinnen für ein paar wenige!

(Beifall)

Wir sollten deswegen auch unser Volksbegehren, unsere Bürgerinitiative, eine Entscheidung der Bürger vorbereiten, die sagt: Am Ende dieser Wirtschaftskrise können doch nicht die Trümmer weggeräumt werden, indem Budgetkonsolidierung bedeutet, dass die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher werden! Das kann doch nur der falsche Weg in die Zukunft sein!

(Beifall)

Nachhaltige Wirtschaftspolitik, die auch einen sozialen Ausgleich kennt, muss doch spürbar für den Einzelnen die gleichen Chancen in einer Gesellschaft ermöglichen, in der die Schlüsselemente Bildung und Forschung das Wachstum unterstützen. Wenn wir gemeinsam etwas erwirtschaften, dann sollten auch alle das Gefühl haben: Es geht fair zu.

Aber Reich und Arm klaffen auseinander. Die Mittelschichten werden stärker bedroht, die Armen werden mehr, und es ist unsere Aufgabe, liebe Freundinnen und Freunde, das umzudrehen. Das ist eine harte Arbeit! Wir stehen Hunderten von Lobbyisten gegenüber, die das Gegenteil vorhaben. Wir stehen einer klaren Mehrheit konservativer Regierungschefs in Europa gegenüber, die das Gegenteil vorhaben. Und die haben auch - ich kenne eure Parteikasse nicht, aber ich kenne meine - ein bisschen mehr in der Kasse als wir. Aber, liebe Freunde, was wir haben, ist eine Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf fairen Chancen aufbaut!

(Beifall)

Was wir haben, ist das Bild einer Gesellschaft, die gerecht ist. Daraus, liebe Freunde, müssen wir auch die Kraft schöpfen, stärker zu werden als die Lobbys, die nur auf Geldmittel in ihren Wahlkämpfen setzen oder die Tausende Lobbyisten bezahlen, um Europaparlamentarier zu beeinflussen. Liebe Freunde, unsere Lobbys sind jene Menschen, die auch über die Parteigrenzen hinweg einfach nicht zuschauen, dass diese Gesellschaft nichts aus der Krise lernt, die nicht zuschauen, dass diese Welt, die in vielen Bereichen ungerechter nicht sein könnte, noch ungerechter wird. Nein, wir sind hier in einem Bündnis mit vielen NGOs und vielen Menschen der Zivilgesellschaft, die unzufrieden sind und sagen: Ändert die Regeln, schafft mehr Gerechtigkeit!

(Beifall)

Das zieht sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche hindurch. Die Atomenergie ist ein Beispiel dafür, wo wir Seite an Seite - SPÖ, SPD und viele andere - zu Recht sagen: Die Atomenergie ist doch keine nachhaltige Energienutzung für die nächsten Generationen!

(Beifall)

Das einzig Nachhaltige an der Atomenergie ist doch das nachhaltige Risiko.

(Beifall)

Denjenigen, die uns gesagt haben „Das alles kann man technisch beherrschen, Endlager von Tausenden, ja Zigtausenden von Jahren sind gar kein Problem“, haben wir gerade bei der so genannten Beherrschbarkeit zugeschaut, als sie nicht einmal gewusst haben, wie sie eine Ölkatastrophe wieder in den Griff bekommen! Das sind doch dieselben Leute, die uns von der Sicherheit der Atomkraftwerke erzählen!

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, halte ich mich an die vorgegebene Redezeit, weil ich so gerne bei euch eingeladen werde und wieder zu euch kommen möchte - als Freund, als jemand, auf den ihr euch verlassen könnt, so wie ich mich auf euch verlasse und euch alles erdenklich Gute in eurer Arbeit wünsche!

Lieber Sigmar, wir gemeinsam haben eine Menge zu tun. Wir wissen, es ist die richtige Zeit. Man spürt bei euch diesen Aufbruch. Den brauchen wir. Alles Gute, nur das Beste für euch, alles Liebe und Freundschaft!

(Anhaltender Beifall)

Barbara Hendricks, Tagungspräsidium:

Lieber Werner Faymann, wir danken dir als Freund, aber nicht nur, weil du dich so diszipliniert an die Redezeit gehalten hast, sondern weil du uns in deiner Rede unmissverständlich und ganz klar deutlich gemacht hast, wofür die europäische Sozialdemokratie steht und wie wir österreichischen und deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in Zukunft in Europa gut zusammenarbeiten werden. Noch einmal herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich will jetzt noch Anke Pörksen gratulieren, die gestern als Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen gewählt worden ist. Anke, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ganz kurz noch ein Hinweis: Auf euren Tischen habt ihr kleine Tüten mit getrockneten Streifen von Mangos gefunden. Die Mangos schmecken gut. Das hat natürlich etwas mit einer Aktion zu tun, die aber leider nicht ganz vollständig fortgesetzt werden kann. Die Fotoaktion, die eigentlich damit verbunden ist, kann nicht stattfinden, weil der Genosse Hermann Reeh leider

erkrankt ist. Das ist der Initiator dieser Aktion. Aber trotzdem: Nehmt diese Mangos für die Aktion Schutzengel zur Kenntnis, esst sie auf. Sie sind übrigens von Air Berlin gesponsort.

(Beifall)

Mit dieser kleinen humoristischen Einlage bereiten wir uns jetzt auf die Rede von Sigmar Gabriel vor. Unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel hat das Wort.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Werner, auch von mir noch einmal herzlichen Dank. Wir drücken dir in den nächsten Wochen die Daumen. Wir können jetzt nicht schnell die doppelte Staatsbürgerschaft einführen, damit es noch ein paar Stimmen für euch gibt: Heute ist Wahl in der Steiermark. Und in ein paar Wochen ist eine ganz wichtige Wahl in Wien. Wien muss rot bleiben, das ist doch klar! Darum alles Gute für euch in Österreich!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vor genau einem Jahr war Bundestagswahl, und vor zehn Monaten war der Dresdener Parteitag. Was ist uns damals alles vorausgesagt worden von den Wahl- und Meinungsforschern, den Kommentatoren und den Leitartiklern? – Zerrissenheit und Flügelkämpfe, Agonie und Apathie. Die medialen Hellseher schwankten in ihren Prognosen zwischen Mauerblümchen-Dasein und Müllhaufen der Geschichte.

Und wie ist die Lage heute? Die gestern veröffentlichten Umfragen des ZDF-Politbarometers und von Allensbach - Andrea hat darauf hingewiesen - sehen uns bei 30 Prozent. Und die, die uns vor einem Jahr ganz abgeschrieben und nichts mehr zugetraut hatten, fragen uns jetzt: Sagt mal, warum seid ihr eigentlich noch nicht bei 35 Prozent?

Ich finde, solche Fragen, wie sie heute gestellt werden, zeigen doch einen wunderbaren Meinungswandel unter den medialen Hellsehern hier im Lande. Ich finde, das ist die beste Botschaft, die wir kriegen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zehn Monate nach dem letzten Bundesparteitag in Dresden können wir selbstbewusst feststellen: Nichts von dem, was uns prophezeit wurde, ist eingetreten! Lasst uns das eine Lehre sein: Nicht die Leitartikler bestimmen die politische Lage im Land. Das können wir nur selber tun, liebe Genossinnen und Genossen. Auf uns kommt es an, und auf sonst niemanden!

(Beifall)

Wir haben auch wieder gezeigt, dass wir Wahlen gewinnen können. In Nordrhein-Westfalen regieren wir wieder, und Hannelore Kraft ist unsere Ministerpräsidentin. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg!

(anhaltender Beifall)

Liebe Hannelore, ich habe selbst gesehen, wie unermüdlich ihr gearbeitet und gekämpft habt. Zu Beginn dieses Jahres – manchmal ist es ja ganz gut, wenn man sich mal erinnert -, da saß Rüttgers in Düsseldorf fest im Sattel. Und die Journalisten haben von Schwarz-Grün geträumt. Heute sitzt Rüttgers daheim auf dem Sofa. Und Grüne wie Renate Künast entdecken letzte Woche im SPIEGEL wieder ihr Herz für das linke Lager. Ich sage: Herzlich willkommen, liebe Renate, zurück im Basislager!

(Beifall)

Jeder darf mal einen Ausflug machen, und wenn Frau Merkel Renate Künast jetzt die kalte Schulter gezeigt hat, dann kann sie sich bei uns wieder aufwärmen kommen. Ich finde, so gelassen sollten wir damit umgehen.

Die Kanzlerin übrigens hat die politischen Lager wieder schön sauber getrennt mit ihrer Atompolitik und ihren harten Angriffen auf SPD und Grüne. Die Union zeigt im Herbst 2010 wieder ihr wahres Gesicht. Sie ist nicht sozialdemokratisiert, wie viele gedacht haben. Sie ist übrigens auch nicht ostdeutsch, weiblich und liberal, sondern westdeutsch, männlich und rechts. Das ist die Union, die wir heute wieder erleben!

(Beifall)

Und deshalb bedient die Kanzlerin nun wieder die Rechtsausleger in der Partei. Selbst, dass Polen 1939 angeblich einen Angriffskrieg gegen Hitler-Deutschland geplant habe, darf man als Spitzenfunktionärin der CDU heute wieder laut sagen. Helmut Kohl wird sich der Magen umgedreht haben bei solchen Sprüchen aus seiner Partei.

Für uns Sozialdemokraten, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Richtungswechsel der Union eine Chance. Denn Merkel macht Platz in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft. Das sind die, die sich für Aufstieg, Bildung und Leistung interessieren, aber auch für sozialen Ausgleich, Umwelt- und Verbraucherschutz. Die sind bitter enttäuscht vom Chaos und den seltsamen Regierungsformen dieser Regierung.

Wenn heute Bundestagswahl wäre – und das ist doch die gute Botschaft, und zwar seit Wochen und Monaten -, dann hätten SPD und Grüne eine eigene Mehrheit. Und die Linke ist dabei, sich überflüssig zu machen, weil sie nicht politikfähig ist. Das hat sie bei der Bundespräsidentenwahl doch ausdrücklich gezeigt. Das ist die Lage, die wir heute in Deutschland haben!

(Beifall)

Wo konnte man das besser merken als bei der Wahl des Bundespräsidenten - mit den zwei heimlichen Vorsitzenden der Grünen und den zwei gequälten? Ich hatte euch in Dresden versprochen: Wir werden zeigen, dass nicht wir uns ändern müssen, um mit denen regieren zu wollen, sondern dass die ganz viel an sich arbeiten müssen, damit sie mit uns regieren dürfen, liebe Genossinnen und Genossen. So herum muss es sein, und so muss es bleiben in den nächsten Jahren in Deutschland.

(Beifall)

Und was die Grünen angeht: Ich freue mich, dass wir endlich wieder eine echte liberale Partei in Deutschland haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist doch etwas Gutes: Wir haben nichts gegen richtige, gute Liberale. Denn die alte FDP ist das doch schon lange nicht mehr. Die Grünen sind jetzt gerade das, was die FDP 2009 war, nämlich eine Projektionsfläche für alle möglichen, sich auch widersprechenden Wünsche. Ich sage euch ganz ehrlich: Lasst uns doch froh darüber sein, dass jetzt die Grünen diese Projektionsfläche sind und nicht diese alte FDP mit Westerwelle. Das ist doch eine gute Entwicklung in Deutschland. Dagegen haben wir nichts.

(Beifall)

Wir wollen 2013 eine eigene Mehrheit mit den Grünen. Das ist unser Ziel. Deshalb rate ich zu viel Freude und Gelassenheit, und zwar über die eigenen Umfragen und durchaus auch über die bei den Grünen. Kein Grund zur Aufregung, liebe Genossinnen und Genossen!

Politik besteht am Ende nicht nur aus Projektionen. Dort, wo Grüne und FDP regieren, verlieren sie nämlich ziemlich schnell ihre unbefleckte Empfängnis - und auch Wählerstimmen. Deutschland kann nicht nur nach den Wünschen einer gebildeten Oberschicht gestaltet werden.

(Beifall)

Es geht auch in Zukunft um gewerblichen und industriellen Erfolg, der Dienstleistungen, Kultur und Sozialpolitik überhaupt erst möglich macht. Industriepolitik, die Integration von Zuwanderern, Haushalt und Finanzen, Kriminalitätsbekämpfung, äußere Sicherheit, die Arbeits- und Lebenswelt vieler Menschen, die weder im Prenzlauer Berg noch auf der Stuttgarter Halbhöhe wohnen, das sind die harten Themen, um die es in den kommenden Monaten in Deutschland gehen wird.

(Beifall)

Einer, der weiß, wie man eine Stadt regiert - und dies seit zehn Jahren zeigt -, in der alle Herausforderungen, die wir in Deutschland kennen, wie in einem Brennglas zu sehen sind und angepackt werden müssen, das ist der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit. Der weiß, dass Politik mehr ist als Projektion.

(Beifall)

Klaus, ich bin absolut sicher: Die Berlinerinnen und Berliner werden im kommenden Jahr wissen, dass man die Zukunft einer Stadt nicht nur mit Bionade und Latte Macchiato gestalten kann. Dazu gehört mehr Arbeit. Das zeigst du in deiner Regierung auch gut, finde ich.

(Beifall)

Wir haben doch gemerkt, Genossinnen und Genossen, dass es viel Grund für Mut und Selbstbewusstsein gibt. Mehrheiten links von der Mitte brauchen ein starkes und verlässliches Zentrum. Das weiß am Ende auch das aufgeklärte Bürgertum. Und deswegen kämpfen wir nicht gegen andere Parteien, sondern um ein neues gesellschaftliches Bündnis zwischen Arbeitnehmern und ihren Familien, aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern, Selbstständigen und kritischen Intellektuellen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass unser Land zusammengehalten und nicht immer mehr auseinander getrieben wird. Das ist die Politik der SPD, die im Zentrum dieses Bündnisses steht. Dafür wird sie gebraucht.

(Beifall)

Aber klar, es geht uns besser, weil die anderen so schlecht sind. Das war schon öfter so in Deutschland. Wer von uns hätte denn gedacht, dass die in zwölf Monaten aus der Regierung eine schlagende Verbindung und aus dem Kanzleramt ein Hinterzimmer für Lobbyisten machen? Nicht einmal wir haben denen das zugetraut. Da kann man mal sehen: Wir sind zu gutmütig, wenn wir sie beurteilen.

Und wenn sie regieren, wie regieren sie? In der Unternehmenssprache heißt das „outsourcen“, und das geht so: Die Steuerpolitik machen Großbanken und Hoteliers. Die Pharmakonzerne schreiben für die Bundesregierung die Gesetzentwürfe in der Gesundheitspolitik. Und die Atomlobby wird von der Kanzlerin persönlich eingeladen, sich am Gemeinwesen zu bedienen. Angela Merkel ist die Kanzlerin der Konzerne geworden. Ihre Politik ist nun wirklich ein Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit in Deutschland. Das ist es, was die dort abliefern.

(Beifall)

Wenn ihr fragt, ob das der einzige Grund für die wachsenden Zustimmung zur SPD ist, dann sage ich: Damit eng verbunden ist die Erinnerung der Menschen, dass man besser regieren kann als diejenigen, die das gerade ableisten.

Die Leute erinnern sich an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Sie wissen, wie man ein Land gut durch die Krise steuern kann, weil sie sich an Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Olaf Scholz erinnern.

Das ist der Grund, warum sie sich uns wieder zuwenden: Sie wissen, man kann es besser machen, als die anderen es derzeit treiben.

(Beifall)

Es ist wahr: Wir sind gut durch die Krise gekommen, Gott sei Dank! Das ist vor allen Dingen der Erfolg vieler verantwortungsbewusster Unternehmerinnen und Unternehmer und kluger Gewerkschaften. Die haben uns gut durch die Krise gebracht. Die Arbeitnehmer haben auf Viel verzichten müssen. Aber zur Wahrheit gehört eben auch: Es sind diese drei Sozialdemokraten - Frank-Walter, Peer und Olaf -, die gegen die FDP, gegen die Grünen und auch gegen viele in der CDU/CSU die Bankenrettung, die Konjunkturpakete, die Abwrackprämie und die Kurzarbeiterregelung durchgesetzt haben. Das ist der Grund, warum wir so erfolgreich sind hier im Land - gegen die anderen und für die Unternehmen.

„Flickschusterei“ haben Westerwelle und Brüderle das genannt, was uns durch die Krise gebracht hat. Ich habe gesagt, Brüderle sei der größte Abstauber in der deutschen Politik. Ich muss mich bei allen fußballerischen Abstaubern dafür entschuldigen. Denn ein Abstauber im Fußball steht wenigstens am richtigen Platz. Die hingegen waren im Abseits oder im Zuschauerraum. Die Abstauber sind fleißiger als das, was Brüderle da hingelegt hat.

(Beifall)

Schwarz-Grün, Kauder und Künast, waren gegen die Abwrackprämie. Am Ende haben wir uns durchgesetzt. Angela Merkels wirkliche Leistung bestand damals ja nicht in eigenen intellektuellen Beiträgen, sondern darin, uns ihre Truppe vom Hals zu halten. Am Ende haben wir uns durchgesetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Na klar, die war so lange eine gute Kanzlerin, wie sie von Sozialdemokraten bewacht wurde. Das ist es, was da stattgefunden hat.

(Beifall)

Wir freuen uns über den Aufschwung. Dazu gibt es allen Grund; denn er hilft den Menschen, er hilft unserem Land. Aber wir sagen genauso selbstbewusst und stolz: Dieser Aufschwung ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte für Deutschland und die Menschen, die bei uns wohnen. Die SPD ist stolz auf das, was sie da geleistet hat, liebe Genossinnen und Genossen.

Andrea hat schon darauf hingewiesen, dass einer, der den größten Anteil hatte, heute nicht unter uns sein kann: Frank-Walter Steinmeier. Frank hat sich für einige Wochen aus der Politik zurückgezogen, weil es Dinge gibt, die uns zeigen, wie unwichtig manchmal all unser Streit und all unsere Rituale sind. Frank hat, und zwar ohne dass er das beabsichtigt hätte, das andere Gesicht eines sehr politischen, aber eben auch verantwortungsvollen Menschen gezeigt. Er hat aus Liebe gehandelt. Und er hat damit sehr vielen Menschen ein Beispiel gegeben, wie man zusammenleben kann.

Deshalb: Lieber Frank, liebe Elke, wir wünschen euch beiden weiter Genesung und vollständige Gesundheit. Kommt schnell wieder zu Kräften. Und dann, lieber Frank - ich finde, das müssen wir ihm jetzt auch einmal zurufen -, wirst du bei uns wieder dringend gebraucht. Er ist einer der besten, die die deutsche Sozialdemokratie zu bieten hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vor einem Jahr in Dresden haben wir uns auf den Weg gemacht. Keine Frage: Auch nach zwölf Monaten liegt noch eine Menge Arbeit vor uns, aber wir haben auch schon vieles geschafft.

Drei große Themen haben wir im vergangenen Jahr aufgearbeitet: unsere Haltung zu Afghanistan, unsere Arbeitsmarktpolitik und die Diskussion über die Rente mit 67. - Da wir zur Afghanistanpolitik auf Antrag des SPD-Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, demnächst eine eigene Veranstaltung machen werden und da wir nachher zur Arbeitsmarktpolitik und unserem Antrag noch mit Olaf Scholz diskutieren, lasst mich hier nur zum letzten Thema, der Rente mit 67, ein paar Bemerkungen machen:

Genossinnen und Genossen, die Debatte um die Rente mit 67 war und ist nicht ganz leicht. Ich lese Euch einmal aus zwei Briefen vor, die ich in diesen Tagen von SPD-Mitgliedern bekommen habe.

Aus Köln schreibt mir ein Genosse: „Lieber Sigmar, ich bin seit 55 Jahren Mitglied der SPD. (...) Ich finde es unverantwortlich, die von Münte eingeleitete Reform der gesetzlichen Rentenversicherung in Frage zu stellen.“

(Vereinzelt Beifall)

Aus Hamburg habe ich einen Brief bekommen, in dem es heißt: „Lieber Genosse Sigmar Gabriel, als Genosse, der seit mehr als fünf Jahrzehnten der SPD angehört, möchte ich Dir gern einmal meine Meinung zum Thema „Rente mit 67“ schreiben: Wir haben uns damals mit der Verlängerung der „Rente auf 67“ sehr schwer beschädigt. Das müsst Ihr wieder rückgängig machen.“

(Beifall)

Nun hilft es aber nichts, wenn wir jetzt bei dem einen oder dem anderen Beifall klatschen,

(Vereinzelt Beifall)

weil die Aufgabe schwieriger ist, als zu sagen: „Jetzt wollen wir uns durchsetzen!“ – Damit löst man keine Probleme. Das ist ja etwas, was wir öfter einmal versucht haben, nämlich die anderen in der Partei niederzustimmen und zu glauben, dass es uns hinterher besser geht. Wir haben festgestellt: Das ist ein Irrtum.

(Beifall)

Warum ist das ein Irrtum? – Weil, so gegensätzlich, wie die Meinungen hier in der SPD sind, so gegensätzlich sind sie auch in der ganzen Gesellschaft - und das nicht etwa, weil die Menschen die Herausforderungen des demografischen Wandels nicht begreifen, sondern weil ihre Lebenserfahrungen sehr, sehr unterschiedlich sind.

Deshalb sage ich Euch: Ja, wir sind auf dem richtigen Weg; denn wir ignorieren weder den demografischen Wandel noch die unterschiedlichen Lebenserfahrungen in Deutschland. Viele in unserer Gesellschaft können und werden länger arbeiten. Wir machen auch nicht mal eben die Rente mit 67 rückgängig, aber wir als SPD sind eben mehr als ein Rentencomputer, der mal eben ausrechnet, wie lange man theoretisch arbeiten muss, damit wir die Beiträge der Versicherung stabil halten. Oder noch klarer ausgedrückt: Es reicht nicht, auszurechnen, auf wie viele Prozente diejenigen verzichten müssen, die es nie und nimmer bis 67 und meistens noch nicht einmal bis 65 schaffen.

Politik, Genossinnen und Genossen, ist mehr, als ein Versicherungsmathematiker tut. Wir müssen uns mehr Mühe geben: Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Menschen länger im Arbeitsleben stehen können. - Ja, da hat sich auch einiges getan. Aber wenn vor ein paar Jahren 10 Prozent der Menschen zwischen 60 und 64 gearbeitet haben und es heute 20 Prozent sind, dann ist das zwar eine ordentliche Steigerung, das heißt aber: 80 Prozent sind nicht mehr in ordentlicher Arbeit zwischen 60 und 64 oder können es nicht mehr.

Deshalb ist es richtig, Genossinnen und Genossen, dass wir uns an das halten, was im Gesetz steht. Aber scheinbar gucken nur wir in dieses Gesetz hinein, und die CDU/CSU ignoriert es völlig. Da steht nämlich, dass wir im Jahr 2010 prüfen müssen, ob wir mit der Einführung der Rente mit 67 anfangen können; denn die Arbeitsmarktbedingungen – das fordert das Gesetz – müssen das erst einmal hergeben.

Ich sage Euch eindeutig: Wenn 80 Prozent der Menschen zwischen 60 und 64 nicht mehr arbeiten, dann, finde ich, sind die Arbeitsmarktbedingungen für die Einführung der Rente mit 67 nicht gegeben. Das ist doch die einfache Aussage.

(Beifall)

Aber Achtung: Das ist kein Formelkompromiss - jedenfalls für mich nicht. - Die eigentliche Aufgabe der SPD kommt jetzt erst. Wir müssen realistische Vorschläge erarbeiten, wie wir mehr Ältere in Arbeit halten oder auch wieder bringen und wie wir vor allen Dingen denjenigen, die es gar nicht schaffen – nicht einmal bis 65 -, flexible Übergangsmöglichkeiten in die Rente geben, ohne dass sie dafür massive Renteneinbußen zu erleiden haben.

Eine Bemerkung an die, die am lautesten nach der Rente mit 67 rufen, nämlich die Arbeitgeber: Von denen erwarte ich allerdings, dass nicht die am lautesten schreien, die immer noch die Leute mit 59 nach Hause schicken, liebe Genossinnen und Genossen. Ich finde, das gehört dann auch dazu.

(Beifall)

Am Ende der Debatte, Genossinnen und Genossen - da bin ich mir sicher -, wird es nicht darum gehen, die Rente mit 67 abzuschaffen, und auch nicht darum, sie für alle ohne Ausnahme zu verordnen. Wir wissen: Die Lebens- und Arbeitsrealitäten sind eben unterschiedlich geworden, und unsere Rentenpolitik muss dieser Unterschiedlichkeit wesentlich mehr Rechnung tragen. Den Schutz vor Altersarmut muss die SPD dabei in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

Wer sich mit der Rentenstatistik beschäftigt, der merkt doch, dass die Altersarmut wieder als neue Welle auf unser Land zurollt. Schon heute gehen viele Beschäftigte, weil sie entweder nicht mehr können oder weil sie von Unternehmen nicht mehr beschäftigt werden, in Rente, obwohl sie Abschläge hinnehmen müssen. Bei Chemiearbeitern, die im Schnitt mit 62 Jahren in Rente gehen – mit 62 im Schnitt -, beträgt die Durchschnittsrente 865 Euro. Das ist übrigens eine Bruttorente. Davon muss man in Zukunft steigende Krankenversicherungsbeiträge bezahlen. 71 Prozent von denen, die mit in Rente gehen, nehmen Abschläge in Kauf.

Im Reinigungshandwerk beträgt das Rentenzugangsalter ebenfalls knapp 63, aber die Beschäftigten, überdurchschnittlich Frauen, beziehen nur 444 Euro durchschnittliche Rente - und nehmen zu 53 Prozent immer noch Abschläge in Kauf.

Liebe Genossinnen und Genossen, manchmal wünschte ich mir, die, die uns hier schlaue Ratgeber sind – aus dem Kreis der Professoren und auch der Journalisten -, müssten einmal vor Augen haben, im Alter mit diesen Rentenhöhen klarzukommen. Das würde ich mir manchmal wünschen.

(Beifall)

Übrigens: Die, die wenig verdienen, sind auch die, die kürzer leben und so von ihrer Rente weniger haben. Wenn die jetzt auch noch später in Rente gehen dürfen, dann heißt das: Die Zeit, die sie die Rente genießen können, ist noch kürzer, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung niedriger als bei anderen ist.

In den USA und der Schweiz – beide bekanntermaßen nicht dadurch ausgezeichnet, dass sie sozialistische Gleichmacherei betreiben – erhält deshalb ein Geringverdiener einen höheren Prozentsatz seines früheren Einkommens als Rente ausgezahlt als ein Besserverdiener. So können sich kleine Renten dort sogar verdoppeln, während die Rentenhöhe am oberen Ende um ein Viertel sinkt. Auf diesem Weg kann man Menschen übrigens auch eher zumuten, mit Abschlägen in Rente zu gehen.

Dieser Vorschlag stammt nicht von einem Sozialdemokraten, sondern von einem Kritiker der SPD – Friedrich Breyer –, der in der FAZ gerade darauf hingewiesen hat, dass die Rente mit 67 allein völlig unzureichend ist. Und darum, liebe Genossinnen und Genossen, geht es mir.

Ich will mit dem Beispiel nur zeigen: Die Debatte ist nicht zu Ende, weil wir jetzt die Partei auf eine Linie gebracht haben. - Gewiss: Die SPD darf und wird sich vor den Herausforderungen des demografischen Wandels nicht drücken, aber eines tun wir auch nicht, nämlich Menschen massenhaft nach einem langen Arbeitsleben auf Sozialhilfe oder Grundsicherung zu verweisen.

(Beifall)

Die SPD muss immer die Wirklichkeit im Blick haben, und das ist eben nicht nur eine demografische, sondern auch eine soziale Wirklichkeit. Unsere Aufgabe ist es jetzt, Vorschläge für flexible Übergänge in die Rente zu machen und Altersarmut zu vermeiden.

Ich danke deshalb sehr Kurt Beck, Elke Ferner, Olaf Scholz und Ottmar Schreiner, die sich für die damit verbundenen Aufgaben zur Verfügung gestellt haben und die bis zu unserem nächsten Parteitag Vorschläge dafür erarbeiten wollen. Herzlichen Dank an alle vier, dass sie sich dieser schwierigen Arbeit widmen wollen.

Kurt Beck und Ottmar Schreiner können heute aus gesundheitlichen Gründen leider nicht hier sein. Deswegen schicken wir den beiden vom Parteitag herzliche Genesungswünsche. Alles Gute und gute Besserung!

(Beifall)

Wenn jetzt einige sagen, ihr rückt ja ab von eurer Position in der Regierung, dann sagt denen: Quatsch, im Gegenteil: Wir lesen bloß die Gesetze, die wir beschlossen haben. Wenn Euch wieder einer sagt, die SPD ist ja unmodern, dann guckt mal nach, wer das ist. Das sind meistens die Gleichen, die noch vor nicht allzu langer Zeit die Freiheit der Märkte, die Abschaffung des Kündigungsschutzes, die Abschaffung der Mitbestimmung und der Tarifverträge als ganz modern erklärt haben. Alle, die daran festgehalten haben, fanden sie ganz unmodern. Ich sage Euch: Das sind oft dieselben, die selber noch in der Vergangenheit stecken und nicht in die Zukunft gucken. Was von denen als Zukunft beschworen wird, das - finde ich - muss endlich der Vergangenheit angehören. Nicht wir sind die Unmodernen, sondern diejenigen, die diesen Quatsch immer noch für modern halten.

(Beifall)

Es geht in der Politik nicht um die Luftthoheit über dem Reichstag oder über ein paar Redaktionsstuben in Berlin. Es geht um Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihre Familien und auch um Millionen von Rentnern, die alle in diesem Land hart gearbeitet haben und die deshalb auch sicher leben wollen. Dafür ist die SPD da. Dafür kämpfen wir, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zwölf Monate nach Dresden ist natürlich noch nicht alles geschafft. Es ist noch viel zu tun. Ich will Euch vorstellen, wie aus meiner Sicht Richtung und Ziel unserer gemeinsamen Arbeit jetzt weiter aussehen soll. Viele Menschen - das wissen wir - stehen dem rasanten Wandel unserer Zeit ratlos gegenüber und akzeptieren ihn auch nur widerwillig. Sie wollen Sicherheit und Stabilität in einer Welt, die irgendwie aus dem Lot geraten scheint – ja, geraten ist.

Die Daten, die wir täglich präsentiert bekommen, bestätigen ja, dass es Gründe für diese Unsicherheit gibt. PISA-Test, OECD-Studien, Armutsberichte: Überall steht drin, dass Arm und Reich auseinanderdriften, dass wir weit davon entfernt sind, Chancengleichheit zu haben, und dass der gelungene Aufschwung dann, wenn wir so weitermachen, nicht allen nutzt.

Im Arbeitsleben gibt es inzwischen mehrfache Benachteiligungen: Die Hälfte unserer jungen Leute heute - das müssen sich einmal die vorstellen, die ein bisschen älter sind, auch diejenigen, die in meinem Alter sind - kommt nach einer guten Berufsausbildung oder nach

einem Studium nicht in einen sicheren Job, sondern muss sich mit Zeit- und Leiharbeit, mit Praktika und mit schlechten Löhnen herumschlagen. Das konnten wir uns nicht vorstellen, dass in Deutschland so etwas einmal zur Regel und nicht zur Ausnahme wird. Das sind übrigens die gleichen, zu denen wir sagen, wir hätten da noch ein paar Wünsche an Euch: Ihr sollt Familien gründen, Kinder kriegen und partnerschaftlich erziehen, und wenn es geht, sollt ihr an die Gesundheit denken und etwas für das Alter zurücklegen. Dass diese jungen Menschen uns für ziemlich abgehoben halten, wenn sie solche Sprüche hören, das - glaube ich - muss uns nicht wundern.

(Beifall)

Die Reallöhne vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind schon seit vielen Jahren rückläufig. Zudem gibt es eine wachsende Distanz zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen. Besonders bemerkenswert ist: Frauen erhalten immer noch ein Viertel weniger Stundenlohn als Männer für vergleichbare Arbeit. Und ihr Anteil in Führungspositionen stagniert bei 27 Prozent. Von Gleichberechtigung, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir weit entfernt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und endlich mehr Frauen in Führungspositionen auch in der Wirtschaft und in der Politik: Das ist überfällig in Deutschland! Das ist etwas, was wir herbeiführen müssen.

(Beifall)

Noch immer sind die sozialen und die gesellschaftlichen Unterschiede, die Ungleichheit und Unfairness in Deutschland die wichtigsten Herausforderungen für die SPD.

Liebe Genossinnen und Genossen, Anti-AKW-Demonstrationen machen wir auch, und aus großer Überzeugung. Neben vielen anderen Themen gehört Umwelt- und Klimaschutz längst zum festen Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik. Aber es gibt etwas, da werden wir besonders gebraucht, weil wir davon mehr verstehen als alle anderen in Deutschland oder in Europa: sich darum zu kümmern, dass Leistung und Arbeit sich wirklich wieder für alle in unserer Gesellschaft lohnen.

Dass Bildung und Aufstieg für alle möglich sind - für Deutsche und Ausländer, für Männer und Frauen, für Jüngere und Ältere, egal aus welchen Elternhäusern sie kommen. Dass technologischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum mit fairen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verbunden sind - übrigens nicht nur bei uns, sondern überall auf der Welt. Und dass dabei die natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Enkelkinder nicht ruiniert werden, auch dafür treten wir an. Dass die Bedingungen für Alleinerziehende ebenso besser werden wie für partnerschaftliche Familien. Und dass Menschen unabhängig von Einkommen und Geschlecht in unserer Gesellschaft sicher aufgehoben sind, wenn sie in Not geraten oder Hilfe brauchen.

Das ist der Kern der deutschen Sozialdemokratie seit fast 150 Jahren. Seit fast 150 Jahren streiten wir für den Zusammenhalt in der Gesellschaft: von Jungen und Alten, von Wohlhabenden und Ärmeren, von Besserverdienenden und denen, die nicht so gut verdienen, von Starken und Schwächeren, von Gesunden und Kranken. Sie alle gehören zu einer Gesellschaft, zu unserer Gesellschaft. Und im Zentrum stehen Bildung und Arbeit - gute Bildung und gute Arbeit - und fairer Lohn: Das ist das, was Sozialdemokraten in Deutschland in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen müssen.

(Beifall)

Der Sozialstaat ist dabei nicht nur eine große zivilisatorische Errungenschaft in der europäischen Geschichte. Er ist das Instrument für die Verbindung von Freiheit und Verantwortung. Er ist das Instrument für eine gerechte Gesellschaft und für Fairness. Wer nach dem Markenkern der SPD fragt: Da ist er. Niemand anderes kümmert sich darum.

Das ist unser Alleinstellungsmerkmal. Hans-Jochen Vogel hat uns gestern aufgefordert: Stellt den Kampf für soziale Gerechtigkeit und ein freies Leben für alle Menschen, egal woher sie kommen, wieder in den Mittelpunkt! Recht hast du, Hans-Jochen! Darum geht es in den nächsten Monaten.

(Beifall)

Wenn wir das wollen, werden auch wir uns verändern müssen. Es gibt zwei Veränderungen in unserer Haltung, in der Strategie, und auch in der Art und Weise, wie wir kommunizieren, von denen ich glaube, dass sie nötig sind.

Erstens: Wir müssen wieder mehr Partei ergreifen, wir müssen parteiischer werden.

Zweitens: Wir müssen europäischer werden.

(Beifall)

Die SPD muss Partei ergreifen. Das ist übrigens der Grund, warum es überhaupt Parteien gibt. Partei bedeutet: Teil vom Ganzen. Wir müssen die Frage beantworten: Wie wollen wir das Ganze nach vorne bewegen und wen haben wir dabei besonders im Blick?

Wir Sozialdemokraten waren einmal die einzige Partei, die in der Lage war, ein scharfes Bild von einem anderen, von einem emanzipierten Leben zu entwerfen. Eine Partei, die in der Lage war, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Eine Partei, die den Entrechteten ihre Rechte wiedergab. Eine Partei, der man vertraute, wenn sie der Gesellschaft das Versprechen auf Aufstieg und auf gerechte Teilhabe gab. Darum geht es. Dafür müssen wir wieder parteiischer werden.

Heute werden wir meistens wie alle anderen Parteien zu „der Politik“ gezählt, zu „denen da oben“. Viele fühlen sich selber als „die da unten“.

Die größte Gefahr für die Demokratie ist ihre Verachtung. Wir erleben derzeit eine wachsende Verachtung von oben und von unten. Teile der Wirtschaftselite glauben, politisches Engagement nicht mehr zu benötigen. Im Gegenteil: Demokratisch legitimierte Politik ist für die meisten von denen, die sich da äußern, nur ein Hemmschuh für Interessen. Noch problematischer ist die andere Seite der wachsenden Skepsis gegenüber allen demokratischen Institutionen, Politikern und Parteien - auch der SPD -: Die Menschen spüren in Wahrheit - darauf hat Werner Faymann hingewiesen - die Ohnmacht der nationalen Politik gegenüber der Macht entfesselter und globalisierter Kapitalinteressen und sind enttäuscht von einer Politik, der sie nicht mehr vertrauen.

Sie glauben eher denen, die Politik gering schätzen oder als opportunistisches Theater entlarven wollen. Sie kreiden der Politik die aktuelle Hilflosigkeit an. Ich danke übrigens deshalb Joachim Gauck so sehr dafür, dass er für uns kandidiert hat, weil er gerade diese Entfremdung zwischen Regierung und Regierten zu einem Thema seiner Präsidentschaftskandidatur gemacht hat. Deshalb wäre es auch gut, wenn er gewonnen hätte, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Viele Menschen haben längst nicht mehr den Eindruck, dass wir in der Politik, in den Regierungen und in den Parteien – also auch wir Sozialdemokraten – wissen, wie das Leben wirklich ist. Viele glauben, wir interessieren uns auch gar nicht dafür. Für sie sind wir „die da oben“ und sie selbst „die da unten“.

Liebe Genossinnen und Genossen, die meisten von denen, die sich abgewandt haben, sind aber nach wie vor aufrechte Demokraten. Ganz viele von denen haben früher SPD gewählt. Wir haben ihnen nämlich eine Stimme gegeben. Wir haben für sie Partei ergriffen. Und das müssen wir wieder tun. Es wenden sich vor allem jene ab, die selbst jeden Tag merken, wie viel sie zu leisten bereit und in der Lage sind und wie wenig das in der Politik – auch in unserer– Beachtung findet.

Ich will Euch ein Erlebnis schildern - das ist erst vor kurzem passiert -, das ganz schön deutlich macht, wie die Stimmung so ist: In Dessau habe ich eine junge Mutter getroffen, die mit 32 Jahren noch einmal die Schulbank drückt in einer Berufsschule, die eine zweite Berufsausbildung macht, weil sie nämlich mit ihrer ersten Berufsausbildung als Kosmetikerin in der Apotheke lediglich 3,60 € verdient. Sie hat nicht gejammert. Sie wollte auch nicht immer zum Sozialamt gehen und sich etwas dazu holen, sondern sie hat gesagt: Okay, dann mache ich noch eine zweite Ausbildung.

Weil sie ein Kind hat und derzeit natürlich auch nicht arbeiten kann, ist sie hingegangen und hat gesagt: Ich brauche Hartz IV, ich brauche sozusagen Sozialhilfe, damit ich das schaffen kann. - Die haben gesagt: Nein, dafür sind wir nicht zuständig. Da Sie in die Berufsschule gehen, müssen Sie zum BAföG-Amt gehen. - Dann ist sie zum BAföG-Amt gegangen, und die haben gesagt: Ja, hier sind sie richtig. Wir sind dafür zuständig. Aber leider sind Sie schon 32, und wir zahlen nur bis 28.

Sie fragt mich: Sagen Sie mal, Herr Gabriel, Sie quatschen in der Politik immer vom lebenslangen Lernen und von Ihren Vorstellungen vom Sozialstaat. Aber was tun Sie eigentlich für mich? - Ich finde, sie hat recht, liebe Genossinnen und Genossen. Für sie müssen wir etwas tun.

(Beifall)

Das ist keine Klientelpolitik à la CDU/CSU und FDP. Das richtet sich auch nicht an die oberen Einkommensschichten wie bei den Grünen. Es reduziert Sozialpolitik eben nicht auf Hartz IV wie bei der Linken.

Diese Politik richtet sich an die, von denen der frühere amerikanische Präsident, Bill Clinton, einmal gesagt hat: „People, who work hard and play by the rules.“ - Leute, die hart arbeiten und sich an die Spielregeln halten.

Das ist die Mehrheit, liebe Genossinnen und Genossen! Wir waren früher immer für sie da. Die wussten auch, wir kennen uns in ihrem Leben aus. Der Wohnungsbauausschuss, den wir einmal eingeführt haben, die Wohnungsbauförderung, die diente doch nicht nur dazu, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern eine preiswerte Wohnung zu geben. Sie diente einmal dazu, dem Handwerksgehilfen, demjenigen, der irgendwo Facharbeiter war und nicht genug verdient hat, die Chance zu geben, in eine Wohnung zu ziehen, in der es Zentralheizung gab, oder sich ein eigenes Haus zu bauen. Es war klar, dass wir uns um deren Leben kümmern.

Ich sage Euch, die Lehre von damals gilt auch heute: Wir müssen eine Politik machen, die die Mehrheit der Bevölkerung im Blick hat. Dann wird die Mehrheit der Bevölkerung auch akzeptieren, wenn wir uns um Minderheiten kümmern. Und die umgekehrte Regel lautet: Die Summe der Politik für Minderheiten, liebe Genossinnen und Genossen, ergibt keine Mehrheit.

Es geht um die, die hart arbeiten, die Steuern und Sozialabgaben zahlen, die sich kümmern, die aufsteigen wollen, die Kinder haben, die ihre Eltern pflegen und die wissen wollen, dass sie gut aufgehoben sind. Wenn sie merken, das sind sie bei uns, dann verstehen sie auch, wenn wir sagen: Leute, es geht nicht nur um Euch. Es geht auch um die, die gar nicht mehr arbeiten können. Es geht um die, die nicht mithalten können. Die müssen in Deutschland auch menschenwürdig leben können. Das müssen die anderen akzeptieren. Das tun sie auch, wenn sie merken, dass wir uns auch um ihr Leben kümmern. Also, darum geht es in den nächsten Jahren.

(lebhafter Beifall)

Wenn wir wieder mehr Partei ergreifen, dann geht es doch um ein ganz altes Thema der SPD, das an Aktualität nichts verloren hat. Es geht um die Freiheit. Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wissen wir doch: Die Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können, ist bedroht.

Nicht durch Diktatoren oder Unrechtsregime in Deutschland oder Europa, sondern dadurch, dass immer mehr Menschen der Willkür anonymer Märkte unterworfen werden.

Drei Jahrzehnte war doch das Credo: Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht. Politik braucht man nur da, wo es Regeln braucht, die das Gemeinwohl herbeiführen können. Wenn man der Meinung ist, das können die Märkte alleine, na klar, dann braucht man keine Politik. So war doch die herrschende Lehre seit drei Jahrzehnten.

Der blinde Glaube an den freien Markt wurde zur Wissenschaft erklärt und zur herrschenden Meinung. Zu schön war einfach der Traum vom Geld, das sich wie von selbst vermehrt, ohne Arbeit und ohne Anstrengung.

Heute wissen wir: Die Wirtschaftswissenschaften lagen falsch in ihren Annahmen, und sie wühlen sich gerade durch die Trümmer ihrer Theorien.

(Beifall)

Die Krise lehrt uns, dass jeglicher Marktfundamentalismus uns teuer zu stehen kommt. Und sie hat uns auch gelehrt, dass es weder unsichtbare Hände noch dritte Wege gibt.

(Vereinzelt Beifall)

- Es hat ein bisschen gedauert. Das ging mir aber auch so, als ich die Rede dreimal umgeschrieben habe.

(Heiterkeit)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ja nicht die Globalisierung selbst, die uns Schwierigkeiten macht.

Die Öffnung der Grenzen, die Beendigung des Blockdenkens und des Wettrüstens, die schrittweise Durchsetzung eines freien Welthandels haben auf der Welt mehr Freiheit, mehr

Demokratie und eine gewaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für viele Millionen Menschen geschaffen. Die Globalisierung bietet die Chance auf wachsenden Wohlstand und Gerechtigkeit für alle weltweit. Zurzeit aber schafft sie nicht Gerechtigkeit für alle, sondern Reichtum für wenige. Und sie zerstört in einem nie gekannten Ausmaß die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen.

Die Aufgabe der SPD in Deutschland, die Aufgabe der Sozialdemokratie in Europa und - ich sage dazu - die Aufgabe der Linken weltweit ist doch nicht, die Globalisierung aufzuhalten, sondern unsere Aufgabe ist, ihr die richtige Richtung zu geben. Und die lautet: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige. Das ist der Kompass, nach dem wir gehen wollen.

(Beifall)

Und deshalb gilt jetzt: Wir werden dafür eintreten und – ja, auch kämpfen müssen, dass der Kapitalismus fair, sozial und gerecht gestaltet wird. Nicht allein, sondern mit vielen anderen zusammen - übrigens nicht nur mit Gewerkschaften, Umweltverbänden und Attac, sondern auch mit den Arbeitgebern, vor allem mit dem Mittelstand. Sie sind doch genauso negativ vom entfesselten Finanzmarkt betroffen wie alle anderen.

Übrigens: Die Mittelständler, die ich kenne, verfolgen durchaus ähnliche Ziele wie wir. Sie wollen, dass sich Leistung und Anstrengung lohnen. Sie achten die Gewerkschaften und die Mitbestimmung. Und sie wollen Fairness und Nachhaltigkeit, vor allen Dingen auch für ihre eigenen Kinder.

Ich wiederhole, was ich in Dresden gesagt habe: Diese Mittelständler und verantwortungsbewussten Manager und Unternehmer, von denen es viel, viel mehr gibt als vom Gegenteil, das ist nicht der Klassenfeind, Genossinnen und Genossen. Die müssen wir - gemeinsam mit vielen anderen - zu Partnern, zu Bündnispartnern machen für eine andere Richtung der Globalisierung. Damit schützen sie auch sich selbst.

(Beifall)

Noch immer ist richtig, was vor 50 Jahren in Godesberg beschlossen wurde: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig. Wir Sozialdemokraten wollen keine staatlich gelenkte Wirtschaft. Aber wir wollen uns eben auch nicht mit einem entfesselten Kapitalismus abfinden, in dem die Arbeitnehmer, die Familien und alle Schwachen unter die Räder kommen. Nicht die Abschaffung von Wettbewerb, Marktwirtschaft und Privateigentum ist unser Ziel, aber die Einbindung in Spielregeln, die dafür sorgen, dass sich die Menschen in ihrem Freiheitswunsch, aus ihrem Leben etwas zu machen, nicht immer wieder erneut unterordnen müssen unter die Interessen von wenigen, die ihren Herrschaftsanspruch immer mehr ausweiten wollen. Darum geht es in unserem Kampf, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Daran werden wir aber arbeiten müssen. Denn seien wir ehrlich: Fortschritt und Sozialdemokratie - das war zwar ganz lange Zeit fast deckungsgleich. Wer die Dinge konservieren wollte, der ging nach rechts, und wer zur Sozialdemokratie kam, der glaubte an den Fortschritt. Aber lasst uns nicht darüber hinweghuden: Es ist nicht mehr so, dass SPD und gesellschaftlicher Fortschritt heute automatisch zusammen genannt werden.

Erhard Eppler hat einmal gesagt: „Verantwortliche linke Politik wird immer versuchen, Hilfe für die Schwächeren in Einklang zu bringen mit dem Wohl des Ganzen, also auch einer

florierenden Wirtschaft.“ Sozialdemokratie war immer erfolgreich, wenn sie ökonomisches Vertrauen erhielt und gleichzeitig Kompetenz für soziale Gerechtigkeit zeigte. Dieses Fortschrittsmodell, Genossinnen und Genossen, müssen wir neu entwickeln und dafür Bündnisse schmieden.

Unser Fortschrittsmodell besteht aus drei Strängen: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn jemand fragt „Was ist eine faire Gesellschaft?“, dann ist es eine Gesellschaft, die diese drei Dinge zustande bringt - und zwar nicht von jedem ein bisschen, sondern die diese drei miteinander verzahnt: wirtschaftliche Leistung, soziale Sicherheit und ökologischen Fortschritt. Natürlich geht es auch um technologischen Fortschritt, es geht darum, diesen ökologisch nachhaltig zu gestalten. Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen schon klar machen, dass wir da nicht romantisch sind. Wir reden nicht darüber, dass wir die Probleme der Industriegesellschaft mit den Instrumenten der Agrargesellschaft lösen. Wir wollen keinen Biosprit aus Mais oder Raps, sondern wir wollen Raffinerien, wo man vorne einen Kubikmeter Abfall hineinschiebt und hinten einen Liter Sprit herauskommt.

(Beifall)

Dafür braucht man Forscher, Ingenieure, Meister, Facharbeiter, Angestellte. Greentech ist Hightech. Dazu zählt auch, dass man sich selbst und allen anderen nichts vormacht, liebe Genossinnen und Genossen. Jeder technische Fortschritt, jeder Fortschritt überhaupt enthält auch Risiken. Es gibt keinen risikolosen Fortschritt. Worum es geht, ist die Abwägung von Risiken und sich dann verantwortlich zu verhalten. Man kann nicht gegen alles sein: Gegen Atomkraftwerke, gegen Kohlekraftwerke, gegen Windräder, gegen Biomasseanlagen, gegen Strommasten. Gelegentlich muss man auch das mal den Grünen sagen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Für die SPD muss klar bleiben: Industrie ist die Grundlage unseres Wohlstands in Deutschland, auch wenn sie nur 25 % der Produktion ausmacht. Ohne die Industrie gäbe es viel weniger Forschung, viel weniger Dienstleistungen, viel weniger Wertschöpfung im Land und viel, viel weniger Jobs. Und es gäbe übrigens auch viel weniger Geld für den öffentlichen Dienst, für Bildung, Kultur, Entwicklungshilfe oder Umweltschutz. Deshalb trete ich jedenfalls - und ich hoffe, alle von uns - dafür ein, dass diese Industriegesellschaft erfolgreich bleiben muss. Und dazu gehören Rohstoffpipelines ebenso wie soziale Sicherheit, Kraftwerke genauso wie gute Bildung und Erdgasspeicher genauso wie Mitbestimmung. Das zu verbinden, liebe Genossinnen und Genossen, das ist unsere Aufgabe. Es darf keine Arbeitsteilung geben: Wir hier in Berlin im Parteivorstand oder in der Regierung sind für Industriepolitik und alle anderen können sich heraushalten und sind im Zweifel auf der Seite jeder Bürgerinitiative. Diese Teilung können wir uns nicht länger leisten! Wir müssen dafür kämpfen, dass wir wieder Fortschrittsträger in Deutschland werden!

(Beifall)

Noch einmal: Nicht Ignoranz des Risikos, sondern Abwägung. Deshalb sind wir ja gegen Kernenergie und für erneuerbare Energien. Aber diesen Abwägungsprozess müssen wir machen, und dabei muss man sich Mühe geben.

Die zweite Aufgabe, wo wir uns ändern müssen, Genossinnen und Genossen, ist: Natürlich wollen wir den Menschen zeigen, dass die Welt noch politisch zu gestalten ist. Aber dafür müssen wir uns davon verabschieden, dass das noch national ginge. Und deshalb muss die SPD europäischer werden. Und der Kampf um faire, soziale und gerechte Spielregeln wird in Zukunft wieder mehr ein internationaler und ein europäischer werden. Deshalb danke ich Werner Faymann so dafür, dass er mithilft, dass das überall in Europa in den Sozialdemokratien wieder einkehrt. Das ist übrigens gar keine neue Erkenntnis: 1889 hat sich in Paris die Internationale Arbeiterassoziation getroffen und gesagt: Wir wollen den Acht-Stunden-Tag, wir wollen das Frauenwahlrecht, wir wollen Demokratie. Und dann haben sie gesagt: Das schaffen wir nicht, das Kapital ist national organisiert, die werden uns gegeneinander ausspielen. Wir werden international agieren müssen. - Heute stellen wir allerdings leider fest: Das mit dem Kapital ist ziemlich international geworden, und die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften sind manchmal noch ziemlich national. Deshalb ist es gut, dass Michael Sommer Chef der internationalen Gewerkschaften geworden ist. Wir müssen wieder internationaler und wieder europäischer werden, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Aber wir erleben das Gegenteil. Wir erleben in Europa eine Re-Nationalisierung von Politik. Jeder schaut nur auf den eigenen Vorteil. Jeder versucht, das eigene Privileg zu verteidigen und auszubauen. Da, wo Zusammenarbeit gerade nach der Krise nötig wäre, da gibt es nationale Egoismen zuhauf. Und die schlimmsten Beispiele sind Frankreich und Deutschland. In Deutschland tut Frau Merkel so, als sei sie die „eiserne Kanzlerin“ und „Madame No“, und der Sarkozy in Frankreich benimmt sich wie der Springteufel der internationalen Politik. Das ist doch absurd, was da stattfindet: In einer Zeit, in der man zusammenarbeiten muss, da treffen die sich regelmäßig und führen immer wieder das gleiche Märchen auf - „Des Kaisers neue Kleider“ - und alle sehen: Die sind verdammt nackt, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Und ich sage euch: Anstatt die Verantwortlichen für die Krise laufen zu lassen und die Bürgerinnen und Bürger Europas zur Kasse zu bitten, da ist es doch richtig zu sagen: Nein, denen, die uns in die Krise hineingeritten haben, die schon wieder Milliarden verdienen, wollen wir das Geschäftsmodell lahmlegen, und von deren Gewinnen wollen wir etwas abhaben, um die Schulden abzubezahlen. Wir wollen nicht die Kinder, die Jugendlichen und die alten Leute dafür bezahlen lassen! - Darum geht es in den kommenden Jahren!

(Beifall)

Allein Deutschland könnte mit einer Finanztransaktionssteuer weit mehr als 14 oder 15 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir jetzt dafür eintreten, dann haben wir eine große Chance. Zum ersten Mal können wir in Europa überall in allen Ländern ein Thema setzen, das alle verstehen, das in jeder Sprache übersetzbar ist und wo alle wissen, sie sind betroffen. Deswegen wollen Werner Faymann und ich dafür werben, dass wir, wenn das entsprechende Gesetz in Europa fertig ist, eine europäische Volksinitiative starten. Wir wollen in allen Ländern Europas mit den Gewerkschaften, mit den Zivilverbänden, mit den Umweltverbänden Unterschriften sammeln, dass das Thema Finanztransaktionssteuer nicht durch die Regierungschefs weggebügelt wird, sondern dass es auf die Tagesordnung im Parlament in Brüssel und bei der Kommission gehört, und den Leuten wieder zeigen, worum es in Europa wirklich geht, nämlich nicht nur um die Freiheit der Märkte, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Europa ist für uns mehr als ein Markt. Für uns sind die Bürgerinnen und Bürger keine Objekte von Finanzmarktentscheidungen. Die europäische Idee stellt das Gemeinwohl über die wirtschaftlichen Einzelinteressen, die kulturelle Vielfalt über Anpassung, die Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, nachhaltige Entwicklung über rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur, die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung und übrigens auch die universellen Menschenrechte und die Demokratie über das Recht des Stärkeren. Diese europäische Idee von Freiheit und gegenseitiger Verantwortung müssen wir neu beleben. Wirtschaftlich stark, kulturell vielfältig, sozial sicher und ökologisch nachhaltig - das geht nur in einem gemeinsamen Europa. Deshalb wollen wir zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen sozialdemokratischen Parteien jetzt an einem gemeinsamen Programm arbeiten, damit es für die nächste Europawahl nicht 27 sozialdemokratische Programme gibt, sondern eines. Übrigens: Am Ende, finde ich, muss es auch einen Spitzenkandidaten geben.

(Beifall)

Und einer derjenigen, der da Vorreiter ist, der das für uns vorantreibt und der dafür ganz viel leistet, das ist der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, das ist unser Genosse Martin Schulz. Vielen Dank dafür, dass du das machst, lieber Martin!

(Beifall)

Partei ergreifen und europäischer werden: Das müssen wir an ein paar wichtigen Beispielen in der deutschen Politik auch zeigen. Es wäre gut, wenn wir uns in Deutschland nur über politische Inhalte streiten müssten. Aber wir müssen uns auch über Formen von Politik streiten, leider ist das so.

Es gibt zwei aktuelle Beispiele: Am letzten Mittwoch hat Schwarz-Gelb eine sogenannte Gesundheitsreform auf den Weg gebracht, die kein Problem des Gesundheitswesens löst, aber neue schafft. Die Pharmaindustrie schreibt die Gesetzentwürfe, die Lobbyisten der privaten Krankenversicherungen setzen sich durch, die gesetzlichen Krankenkassen werden geschwächt, und Patienten, Pflegepersonal und auch Ärzte spielen keine Rolle. Was die Regierung vorbereitet, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht die Abschaffung des Zweiklassen-Systems in der Medizin. Und wir haben eine Zweiklassenmedizin: Die gesetzlich Versicherten warten fünf, sechs Wochen auf einen Arzttermin, und wenn sie einen bekommen, dann sitzen sie zwei Stunden in der Praxis. Aber der erste, der nach fünf Minuten dran ist, wenn er reinkommt, ist der Privatversicherte.

Die 80 Prozent der Bevölkerung, die in den gesetzlichen Krankenkassen sind, die alles bezahlen im Gesundheitswesen, liegen im Vierbettzimmer, und die, die 20 Prozent bezahlen, liegen im Einbettzimmer oder Zweibettzimmer. Statt damit Schluss zu machen, will man jetzt eine Dreiklassenmedizin machen. Die fangen jetzt an und sagen: Erstens: Wir erhöhen die Beiträge - das übrigens zum Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“. Das Gegenteil ist der Fall.

Dann sagen sie zweitens: Nun ist aber Schluss mit solidarischer Versicherung. Allen Fortschritt der Medizin, alle Herausforderungen des demografischen Wandels, alle Kostensteigerungen, zahlen ab dann nur noch die Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer, die wenig oder durchschnittlich verdienen. Alle anderen sind davon befreit. Und dann wird es drittens Zusatzbeiträge geben - nicht jetzt, macht euch keine Sorgen, so schlau, jetzt noch einmal Geld

reinzuschieben, damit das erst nach 2012/2013 passiert, sind die auch. Aber dann! Dann kann das ganz schnell ein paar hundert Euro kosten.

Aber was werden dann die Krankenkassen machen? - Sie werden nicht bis zum Ende ständig ihre Beiträge für die Versicherten steigern, sondern sie werden anfangen, Leistungen auszugrenzen. Und dann gibt es drei Klassen in Deutschland: Die, die genug Geld haben, gehen in die private Kasse. Diejenigen, die mittlere Einkommen haben, sind in der gesetzlichen Kasse und versichern sich privat. Und die, die nicht genug haben, müssen mit dem klar kommen, was unten übrig bleibt.

Ich sage euch: Darum geht es. Rösler hat nur ein Ziel: Er will einen Teil der gesetzlich Versicherten als Beute in die privaten Krankenkassen bringen. Das ist sein eigentliches politisches Ziel.

(Beifall)

Lasst uns die Bürgerversicherung dagegenhalten, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen für die Alternative der Bürgerversicherung kämpfen.

Lasst uns auch beim zweiten Beispiel zeigen, dass es besser geht. Denn wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass diese Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP nichts als Klientelpolitik betreibt, dann war das der Deal zur Laufzeitverlängerung mit den vier großen Energieversorgern. Den vieren sind erst einmal schlankweg 100 Milliarden Euro zugeschoben worden. Und das übrigens von einer Regierung, die sonst permanent erzählt, sie sei für Mittelstand und Wettbewerb. Brüderle lässt sich ja immer gerne mit dem Buch von Ludwig Erhard fotografieren, sozusagen als sein Nachfolger. Ich glaube, er hat höchstens den Klappentext gelesen: Das hätte Erhard nie zugelassen!

Ich brauche mit denen gar nicht über den Sinn oder Unsinn von Atomenergie zu streiten. Das verstehen die nie. Aber ich habe bisher gedacht, man könnte wenigstens über Arbeitsplätze mit dieser Bundesregierung reden. Denn wir haben 300 000 neue Jobs bei den erneuerbaren Energien geschaffen. Alle wissen, diese Zahl können wir bis 2020 verdoppeln. Aber das geht doch nur, wenn einer, der privat Geld investiert – und man muss investieren, damit sie sich entwickeln -, weiß, dass er seinen Strom ins Netz bekommt. Wenn der Atomstrom bis 2040 läuft, dann werden die Privaten nicht investieren und dann werden nicht aus 300 000 600 000 Jobs.

Ich sage: Es geht dabei nur um eine Sache: Die haben ein wirtschaftliches Interesse bedient. Denn mit einem alten Kraftwerk kann man pro Tag 1 Million Euro verdienen. Darum ging es, um mehr nicht. Und dafür setzen sie die Zukunft Deutschlands in einem der zentralen Leitmärkte und 300 000 Arbeitsplätze aufs Spiel. Das müssen wir ihnen vorhalten; das ist die Aufgabe der SPD in Deutschland! Denn die Leute wollen das nicht.

(Beifall)

- Wir verabschieden jetzt gerade, glaube ich, Werner Faymann. Werner, du musst zurück nach Österreich, mach's gut! Tschüss!

(Beifall)

Ich habe am Beispiel der Laufzeitverlängerung deutlich gemacht: Es bleibt richtig, was die SPD seit vielen Jahren fordert – die Aufnahme von Volksabstimmungen in die Verfassung. Jochen

Vogel hat auch darauf gestern noch einmal hingewiesen. Ich meine, es wäre ganz gut, so ein Instrument zu haben, weil damit auch ein Zynismus der Politik ein Ende hätte, den es ja leider gibt. Der Zynismus lautet: Wenn man gewählt wird, dann soll man nach dem Motto „quick and dirty“ handeln – schnell und schmutzig. Denn in ein paar Jahren, wenn wieder Wahl ist, haben die Leute das vergessen. Das ist das böartige Motto, das, glaube ich, keinem in der Politik völlig fremd ist. Ich glaube, dass Referenden und Volksabstimmungen eine ganz heilsame Wirkung haben können. Denn wenn du nicht sicher bist, ob das, was du machst, über eine Volksabstimmung oder ein Referendum kassiert wird, dann wirst du dir mehr Mühe geben und auch richtig erklären, was du machen willst. Dann kommen natürlich einige und sagen: Volksabstimmungen gehen auch schief. - Das kann aber nur einer sagen, der glaubt, im Parlament ginge nichts schief, liebe Genossinnen und Genossen. Da gibt's das auch.

(Beifall)

Ich finde, man kann auch als Regierung ein Referendum nutzen, um Entscheidungen besser zu legitimieren. Deshalb ist der Vorschlag der SPD in Baden-Württemberg auch richtig, jetzt ein Referendum über Stuttgart 21 abhalten zu wollen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist ein richtiger Vorschlag.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen aus Baden-Württemberg, wenn Frau Merkel und die CDU nicht wollen, dass die Bürger über Stuttgart 21 entscheiden können, sondern die Landtagswahl zur Volksabstimmung machen will, dann sage ich: Okay, das ist doch mal eine ordentliche Kampfansage, dann machen wir das mal in Baden-Württemberg! Lasst uns mal darum kämpfen, dass die Bürger in Zukunft darüber entscheiden können und nicht von Frau Merkel, Herrn Mappus und anderen bevormundet werden, die sich da rumtreiben.

Glaubt mir, ich weiß auch, dass Volksabstimmungen kein Allheilmittel gegen die Müdigkeit der Demokraten sind. Und sie bergen auch Risiken. Aber wir sind eine gewachsene parlamentarische Demokratie. Und wer den Menschen nicht traut, der traut am Ende auch sich selbst nicht. Deswegen, glaube ich, hat Jochen Vogel recht: Das alte Motto „mehr Demokratie wagen“ sollte wiederentdeckt werden. Das hat der SPD noch nie geschadet, liebe Genossinnen und Genossen. Lasst uns das mal wieder ein bisschen deutlicher in der Öffentlichkeit machen.

(Beifall)

Ein zweites Thema, bei dem wir zeigen müssen, was für uns wichtig ist, ist das Thema Aufschwung für alle, gute Arbeit für guten Lohn. Es ist auch fair, dass die Gewerkschaften jetzt sagen: „Wir wollen wieder höhere Lohnabschlüsse.“ Denn sie haben doch auf Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Lohnbestandteile verzichtet, damit wir durch die Krise kommen. Dann ist es doch nur fair zu sagen: Wenn es jetzt nach vorne geht, dann müssen die Arbeitnehmer davon auch etwas haben, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist doch nichts, wofür man sich schämen muss.

(Beifall)

1,3 Millionen Menschen gehen jeden Tag hart arbeiten und müssen danach zum Sozialamt, weil sie ihre Miete nicht bezahlen können. Aufschwung für alle heißt: Ja, auch wir wollen, dass Leute, wenn sie arbeiten, mehr verdienen, als wenn sie nicht arbeiten. Aber wir wollen nicht die Hartz IV-Sätze dafür senken, sondern wir wollen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland haben! Das ist der richtige Weg, auf dem wir vorangehen wollen.

(Beifall)

CDU und FDP wollen das sogar noch umdrehen und Harz IV-Empfängern mehr Zuverdienstmöglichkeiten geben. Was wird denn dann passieren? Das ist doch ganz einfach: Der anständige Handwerksmeister, der Tariflohn hat, hat immer mehr Wettbewerber neben sich, die sagen: Nein, meine Leute kriegen Armutslöhne, den Rest können sie sich beim Sozialamt holen. – Nur: wer das alles bezahlen soll, ist die Frage. 11 Milliarden Euro gehen uns dadurch verloren, dass der Staat Niedriglöhne subventioniert. Ich weiß nicht, wo die liberalen Wettbewerb gelernt haben, aber ein Buch, in dem steht, der Staat soll mit 11 Milliarden Euro Armutslöhne finanzieren, habe ich auch bei Neoliberalen noch nicht gesehen. Aber das machen die dort. Und davon wird es immer mehr geben.

Wenn wir schon bei Hartz IV sind: Die Tickermeldungen sagen: Um 5 Euro will die Regierung die Hartz IV-Sätze erhöhen. Und der Grund dafür ist ganz einfach, liebe Genossinnen und Genossen. Die Merkel lässt sich gerade von Westerwelle erpressen, das Bundesverfassungsgericht zu missachten. Denn die Richter haben ja nicht dazu aufgefordert, den Hartz-IV-Satz nach Kassenlage zu berechnen, sondern ihnen ging es darum, was ein Mensch in Deutschland für ein Minimum an Teilhabe braucht, für ein würdiges Leben, und vor allem um die gute und vernünftige Förderung der Kinder. Das ist der Auftrag des Verfassungsgerichts. Aber weil Westerwelle zu Beginn des Jahres eine wirklich schamlose Debatte über Hartz-IV-Empfänger geführt hat, kann er jetzt natürlich einer Erhöhung von Hartz IV im Kabinett nicht zustimmen. Und Merkel macht dieses schäbige Spiel mit.

Wir Sozialdemokraten sagen: Wir wollen das Verfassungsgericht ernst nehmen. Wir werden das Existenzminimum weder nach Kassenlage bestimmen noch nach der Gefühlslage von Herrn Westerwelle. Wir wollen auch nicht über Schnaps und Zigaretten diskutieren, sondern darüber, dass eine Mutter auch einmal ein zweites Paar Schuhe für ihre Kinder kaufen können muss. Darüber wollen wir in Deutschland reden!

(Beifall)

Faire Arbeit und fairer Lohn! Es ist nicht das sozial, was Arbeit schafft, sondern sozial ist das, was Arbeit schafft, von der man leben kann, Genossinnen und Genossen. Das ist das Motto der deutschen Sozialdemokratie.

(Beifall)

Drittes Thema: Es wird viel zu wenig in die Zukunft unserer Kinder, in Bildung und in gute Chancen investiert.

20 bis 25 Milliarden Euro weniger gibt Deutschland jährlich aus als der Durchschnitt der Industrienationen. Wir sind nicht mal Durchschnitt der Industrienationen, obwohl wir zu den reichsten gehören. 70 000 Schülerinnen und Schüler verlassen jedes Jahr unsere Schulen, ohne einen Schulabschluss zu haben, mit dem man einen Beruf lernen kann. Das sind fast 20 Prozent aller Schüler. 40 Prozent der ausländischen Jugendlichen - wir haben eine Integrationsdebatte - schaffen keinen berufsqualifizierenden Schulabschluss. Und übrigens nicht, weil sie zu blöd sind, sondern weil sie nicht von Anfang an gefördert werden.

(Beifall)

Statt da mehr Geld reinzugeben, macht die Bundesregierung das Gegenteil: Sie kürzt den Städten und den Ländern die Steuergelder weg, allein 2,8 Milliarden durch ihr seltsames

Hoteliersgesetz. Für dieses Geld hätte man 280 000 Kindergartenplätze schaffen oder 70 000 Lehrer einstellen können, und die schmeißen es für Steuergeschenke an Leute raus, die es nicht nötig haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wer, wie die, auf die Idee kommt, ein Programm zu machen, das anderthalb Milliarden kosten soll, und bei dem jede Familie, die ihr Kind nicht in den Kindergarten schickt, 150 Euro bekommen soll, der soll sich bitte in Zukunft in der Debatte zu Bildung und Integration am besten gar nicht mehr äußern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Worum es wirklich geht, ist, aus Kindertagesstätten Familienzentren zu machen, aus Schulen Ganztagschulen und in den Ganztagschulen Bedingungen dafür zu schaffen, dass jedem einzelnen Kind geholfen werden kann - wo kein Kind übersehen wird, wo Kinder sich auch dann angenommen fühlen, wenn zu Hause wenig oder auch gar nichts in Ordnung ist.

Heute sortieren wir Kinder im Zweifel schnell aus. Es gibt ja immer irgendeine Institution, die noch dafür zuständig ist. Ich habe gerade einen Schulpsychologen getroffen, der mir Folgendes erzählt hat:

Ein 16-jähriger Junge ist irgendwie außer Rand und Band. Schwänzt dauerhaft die Schule und verweigert sich jeder Hilfe. Als der Schulpsychologe zufällig mit einem Grundschulleiter spricht, sagt der: „Ach, den kenne ich. Der war mit sechs Jahren auch schon so.“ Der Schulpsychologe fragt: Wie kann das eigentlich sein? Ein Blick in die Schulakte des Kindes zeigt, was da passiert ist in zehn Jahren Schule. Aussortiert worden ist der Junge, bis er endlich ganz unten angekommen ist, bei genauso verirrt und verwirrt Kindern und Jugendlichen, wie er selbst einer ist.

Mit diesem Aussortieren, Genossinnen und Genossen, muss endlich Schluss sein. Kümmern statt aussortieren! Kümmern ist unser Motto.

(Beifall)

Mir kann keiner erzählen, dass mit Kindern im Alter von sechs Jahren nichts mehr zu machen ist. Aber dazu braucht man Ganztagschulen, die auch genug Lehrer haben, Erzieher, Sozialpädagogen, Krankenschwestern, Psychologen, Musik- und Theaterpädagogen, Sportpädagogen. Bei uns in Deutschland sind die Eltern froh, wenn die Schulen mal eine halbe Sozialarbeiterstelle bekommen haben. Wir wollen wissen, was die Skandinavier anders machen? Ja, das machen sie anders. Die leisten sich das alles an den Schulen. Warum wollen wir uns das nicht leisten, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Wenn es um oben geht, dann haben wir immer Geld, demnächst wieder 5 Milliarden Euro für Spitzencluster und Exzellenzforschung. Dagegen habe ich gar nichts. Aber warum ist es eigentlich so schwierig, auch einmal für unten Geld zu haben? Wir wissen doch aus dem Sport: Ohne Breitensport gibt es keine Leistungsspitze. Da unten muss schon richtig was los sein. Wenn wir 150 Prozent des heutigen Personals in den sozialen Brennpunkten einstellen würden, dann kostet das nicht mehr als 2 Milliarden Euro.

Wer sehen will, wie viel Erfolg man haben kann, der muss nicht weit fahren. Wer eine gute Bildungspolitik sehen will, die weiß, wofür man richtigerweise Geld ausgibt und wofür nicht, der muss nach Rheinland-Pfalz fahren, wo Doris Ahnen Kultusministerin ist und Kurt Beck regiert. Vielen Dank für das gute Beispiel in Deutschland!

(Beifall)

Woher wir das Geld nehmen sollen? Wir müssen den Mut haben, den Peer Steinbrück hatte. Weil er es kurz vor der Wahl gesagt hat, haben wir ihn zurückgepfiffen. Es ist doch Quatsch zu glauben, dass das Leben besser wird, wenn wir das Geld für Mini-Kindergelderhöhungen ausgeben. 10, 20 Euro im Monat bessern doch die Situation der Familien nicht. Hinzu kommt, dass die oben wegen der Freibeträge meistens noch viel mehr bekommen. 4,6 Milliarden Euro hat uns die letzte Kindergelderhöhung gekostet. Hat irgendeiner den Eindruck, das habe das Land gerechter oder klüger gemacht oder bessere Aufstiegschancen geschaffen? Wir müssen dafür sorgen, dass wir in die Infrastruktur für Bildung investieren. Darüber müssen wir reden.

(Beifall)

Und weil ich auch weiß, dass die 20 bis 25 Milliarden nicht nur darüber entstehen können, sage ich: Wir brauchen auch mehr Einnahmen. Egal, wie sich manche öffentlich über die SPD ereifern - wenn wir mehr in Bildung und, so füge ich hinzu, auch mehr in Städte und Gemeinden investieren wollen, dann brauchen wir auch einen höheren Spitzensteuersatz und eine neue Besteuerung von Vermögen. Auch das gilt als anständig.

(Beifall)

Das ist übrigens kein Sozialneid. Jeder weiß doch: Menschen werden wohlhabend durch eigene Leistung, aber eben auch dadurch, dass viele andere dazu beitragen. Wenn es dem Land nicht gut geht, wenn das Land Hilfe braucht, dann ist es doch kein Sozialneid, dass man sagt: Hör mal, du hast selber viel geleistet, aber das Land, in dem du aufgewachsen bist, hat auch viel dafür getan, dass du wohlhabend geworden bist. Jetzt musst du mehr helfen als andere. Das ist doch nichts anderes als sozialer Patriotismus, aber doch kein Sozialneid, liebe Genossinnen und Genossen.

Bildung ist das eine, worum wir uns kümmern müssen. Aber Andrea hat zu Recht gesagt: Es geht auch um die Fortsetzung unserer Familienpolitik, die wieder mehr Partnerschaft, Kinder und Beruf ermöglichen soll.

Das Elterngeld war doch keine Erfindung von Frau von der Leyen oder Frau Schröder, sondern von Renate Schmidt, die, glaube ich, heute leider nicht unter uns ist, und vielen anderen Frauen, die dafür lange gekämpft haben. Die anderen beiden – in der CDU – kürzen das gerade wieder. Daran zeigt sich übrigens die wahre Leidenschaft der beiden Damen.

Aber ich finde, wir können mehr als die Finanzierung der Elternzeit anpacken, denn in der Wahrheit passiert doch Folgendes: Du hast zwischen Mitte 20 und Ende 40 so etwas wie die „rush hour“ des Lebens. In der Zeit sollst Du beruflich viel leisten und Karriere machen, Familie gründen, Kinder bekommen und sie partnerschaftlich erziehen, und etwas für das Alter und demnächst für die Gesundheit zurücklegen, und manchmal kommt auch noch die Pflege der eigenen Eltern dazu. Alles zugleich und alles unter hohem Druck! - Und wir wissen: Es gibt nicht wenige, die diesem Druck nicht standhalten.

Lasst uns dieses ursozialdemokratische Thema wieder aufgreifen, nämlich die Verbindung von Familie und Beruf. Früher haben wir gesagt: die Verbindung von arbeiten und leben. - Ich weiß nicht, ob Ihr Euch noch an die Kampagne der Gewerkschaften aus den 60er-Jahren erinnert: Samstags gehört Vati mir.

(Zuruf)

Was sagst Du? „Heute gehört Opi der Partei“, meinst Du?

(Vereinzelt Heiterkeit)

„Samstags gehört Vati mir“, hieß es, und ein kleiner Junge war abgebildet. Wenn Ihr alte Gewerkschafter reden hört, dann hört ihr, dass sie Euch erzählen, dass es die Fabrikarbeiter und Facharbeiterinnen, die Angestellten, damals als eine ungeheure Befreiung und Bereicherung ihres Lebens empfunden haben, am Wochenende einmal zwei Tage gemeinsam mit der Familie, der Frau und den Kindern ganz normale Dinge teilen zu können, wie den Haushalt, den Besuch auf dem Sportplatz.

(Zuruf: Haushalt? – Heiterkeit)

Täuscht Euch nicht. Wenn das bei Dir anders war, dann heißt das doch nicht, dass das richtig gewesen ist.

(Heiterkeit)

Wo sitzen die Baden-Württemberger? Schickt ihm einmal den Film von Willi Bleicher. Willi Bleicher war Bezirksleiter der IG Metall in Nordbaden-Nordwürttemberg. Er hat einen Film gemacht: „Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“. Das war sein Lebensmotto. Darin erzählt er, dass es gut war, dass sie am Samstag einmal mit der Frau einkaufen gehen und sich endlich einmal etwas teilen konnten. Es ist nicht so, dass das alles Patriarchen waren, wie Du einer gewesen bist.

(Heiterkeit)

Ich nehme das mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und behaupte das Gegenteil. Ich sage Dir aber: Es geht darum, arbeiten und leben wieder besser miteinander in Verbindung bringen zu können, und das nicht zu teilen. - Ich finde, das ist ein schönes Thema für die SPD.

Stellt Euch einmal vor: Wenn die Arbeitszeitkonten, die die Gewerkschaften eingerichtet haben, und die jetzt dazu dienen, die Firmen zu retten, irgendwann auch dazu dienen, dass Männer und Frauen die Arbeitszeit anders über ihr Leben verteilen können, damit sie in der Familienphase nicht alles Geld verlieren und trotzdem Zeit für die Kinder haben. Und damit sie, wenn sie älter sind, später aussteigen können: Dann wäre das doch wirklich eine Revolution in der Kultur des Zusammenlebens mit partnerschaftlichen Familien, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht viertens natürlich auch um Steuern, und vor allen Dingen um Städte und Gemeinden. Ihr wisst: Sie sind chronisch unterfinanziert und oftmals pleite. Lasst uns das am Anfang aber nicht als Finanzdebatte führen, sondern lasst uns noch einmal darüber verständigen, was Städte und Gemeinden eigentlich sind.

Politisch zu handeln, ist etwas anderes, als technokratische Vorstellungen davon zu haben. Sie sind nämlich etwas anderes als nur eine Organisationsform der Abwasserbeseitigung. Sie sind Orte der gesellschaftlichen Integration. Ob Deutsche und Ausländer gut zusammenleben, ob Kinder gut gefördert werden, ob Menschen, die in Not sind, Hilfe erhalten, das steht zwar manchmal in den Bundesgesetzen. Aber ob das gelingt, Genossinnen und Genossen, hängt davon ab, ob die Städte und Gemeinden so ausgestattet sind, dass sie das auch wirklich anpacken können, und darum müssen wir uns in der SPD wieder kümmern.

(Beifall)

Wir haben doch auch bei uns eine Hierarchie eingeführt: Ganz wichtig ist der Bund, ein bisschen weniger wichtig sind die Länder, und die Letzten, die die Hunde beißen, waren die Städte und Gemeinden. - Deswegen sage ich Euch: Das ist falsch, das müssen wir umdrehen. - Im Mittelpunkt unserer Steuerdebatte muss stehen: Wie schaffen wir es, dass wir die Städte und Gemeinden wieder so ausstatten können, dass sie das, was wir ihnen auf die Schultern packen, am Ende auch tragen können? Das muss im Mittelpunkt unserer Steuerdebatte stehen.

(Beifall)

Fragt Euch doch einmal, warum die Menschen sich immer dann engagieren, wenn es um „zu Hause“ geht. Das ist doch klar. Wenn die Welt, wenn Europa, wenn alles immer wichtiger wird, dann wird meistens auch das Kleine wichtiger.

Die aktuelle Shell-Studie sagt: Für junge Leute sind Familie und Freundschaft wieder von großer Bedeutung. Menschen brauchen auch Orte, wo sie sich sicher und aufgehoben fühlen. Es gibt einen altmodischen Begriff dafür. Das ist der Begriff „Heimat“. – Eine gute Heimat zu haben: Dafür sind Gemeinden, Städte und Kreise die besten Orte.

(Beifall eines Delegierten)

Bist Du der einzige Kommunalpolitiker hier? - Nein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde übrigens: Auch bei der anstehenden Debatte über den Kinderregelsatz dürfen wir nicht zu kurz springen. Es ist doch einigermaßen absurd, dass wir hier in Deutschland eine Debatte darüber führen, dass in Zukunft die Jobcenter der Arbeitsagenturen oder der ARGEn darüber entscheiden, ob einer Nachhilfe bekommt oder nicht. Ich meine, das ist doch eine absurde Nummer, die wir hier gerade erleben.

(Beifall)

Vielleicht geht das ja im ersten Schritt nicht, aber ich sage Euch: Lasst uns einmal ein bisschen mutiger sein. Lasst uns sagen: Nein, wir wollen das so wie beim Kindertagesstättengesetz machen. Wir haben nämlich ein Gesetz, in dem steht, wer für Kinder und Jugendliche zuständig ist. Lasst uns dafür kämpfen, dass ein Rechtsanspruch auf Bildung und auf Teilhabe für Kinder und Jugendliche ins Kinder- und Jugendhilfegesetz geschrieben wird. So haben wir auch einmal bei der Debatte über die Kindertagesstätten angefangen.

(Vereinzelt Beifall)

Hier wollen wir hin, aber lasst uns den Städten und Gemeinden vorher auch das Geld dafür geben – und nicht umgekehrt, wie wir es beim letzten Mal gemacht haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, weil sich das in einer Oppositionsrede so leicht sagen lässt, muss man Sorge dafür tragen, dass wir alle uns an den heutigen Tag erinnern, wenn wir wieder regieren.

(Beifall)

Deshalb freue ich mich, dass der Oberbürgermeister von Hannover, Stephan Weil, mit anderen gemeinsam diesen Kommunalbeirat begründet hat – da vorne ist der Stephan -, den ich in Dresden zugesagt habe. Das soll nicht ein Beirat nach dem Motto sein: Da hören wir einmal hin. – Wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir sie zu jeder Initiative fragen. Sie müssen ein Zutritts-, Rede- und Antragsrecht im Parteivorstand und im Präsidium bekommen, und sie müssen hier auf dem Parteitag berichten, ob wir uns an unsere Zusagen gehalten haben: Ja oder Nein. So wollen wir das auch in der Satzung verankern. Vielen Dank, Stephan, dass Ihr dabei mitmachen wollt.

(Beifall)

Stephan, ich konnte hier ja nicht diesen Rechtsanspruch auf Teilhabe versprechen, ohne darauf hingewiesen zu haben, sonst hättest Du mich hinterher nicht mehr begrüßt, und ich wollte verhindern, dass Du Dich nachher deshalb zu Wort meldest.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich am Ende noch zu einem Thema kommen, das uns natürlich bewegt hat und zu dem ich ein paar Anmerkungen machen will. Ich meine die Debatte um Thilo Sarrazin und den Beschluss des Parteivorstandes, ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn einzuleiten.

Ich sage Euch: Wir haben uns das wirklich nicht leicht gemacht, und ich will es mir auch heute nicht leicht machen. – Wir haben als Parteivorstand auch viel Kritik erfahren – auch von SPD-Mitgliedern. Ich jedenfalls rede das nicht klein, weil ich weiß, dass gerade eine Volkspartei wie die SPD natürlich ein großes Meinungsspektrum ihrer Mitglieder haben und aushalten muss. Doch Meinungsfreiheit ist das eine. Eine andere Frage ist, ob eine Partei jede Meinung bei sich dulden soll und dafür öffentlich in Anspruch genommen werden will.

Thilo Sarrazins Buch beinhaltet eigentlich zwei Bücher. In einem wird Kritik am Integrationsversagen geübt, und es werden auch Vorschläge gemacht, wie man dem entgegenzutreten kann. Manches davon mag umstritten sein, aber nichts davon wäre ein Grund, ihn auszuschließen. Aber im zweiten Teil seines Buches, liebe Genossinnen und Genossen, fordert er eine Unterscheidung zwischen – so drückt er sich aus – sozioökonomisch wertvollem und in der Konsequenz sozioökonomisch weniger wertvollem Leben. Thilo Sarrazin verbindet in seinem Buch soziale Fragen mit der Unterscheidung von genetisch erwünschtem und unerwünschtem Leben.

Und die Politik, der Staat, soll Maßnahmen ergreifen, um das sozial und genetisch Gewünschte zu fördern und das Unerwünschte zu reduzieren oder mindestens in ein besseres Verhältnis zu bringen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, hatten wir schon einmal in Europa. In Schweden zum Beispiel wurden 60 000 Menschen Anfang des 20. Jahrhunderts sterilisiert, weil sie zum Teil als asozial galten und ihre Fortpflanzung nicht erwünscht war. Bitter für uns: Es waren schwedische Sozialdemokraten, die dafür die Verantwortung getragen haben.

Und ganz besonders schrecklich wurde es in Deutschland. Denn die Nazis haben das pervertiert und sich übrigens auf diese bürgerliche und durchaus auch sozialdemokratische Debatte, die es Anfang des 20. Jahrhunderts gab, bezogen. Das Grundgesetz, liebe Genossinnen und Genossen, ist gegen die Verbindung von sozialen mit genetischen Fragen geschrieben worden.

(Beifall)

Weil sich auch manche Ältere in der Partei gemeldet haben und gesagt haben: „Macht den nicht zum Märtyrer!“, will ich einen andern, leider vor langer Zeit verstorbenen Sozialdemokraten zitieren, nämlich Carlo Schmid, den großen sozialdemokratischen Intellektuellen und Mitverfasser des Grundgesetzes. Er hatte den Nürnberger Ärzteprozess vor Augen, als er für unsere heute noch geltende Verfassung Folgendes gesagt hat:

„Können wir denn bestreiten, dass all das, was den Nationalsozialismus und alles andere, das die Würde der Menschenwelt verkehrte, nur deswegen möglich wurde, weil wir uns alle an die falsche Lehre gewöhnt hatten (...) (Der Lehre,) der Mensch sei nicht für sich ein Wert, sondern nur (...)für bestimmte – vor allem aus der Staatsraison geschöpfte – Zwecke (...) Weil wir uns nicht geschämt haben, in ihm (nur) ein „Material“ zu sehen, (...) ein Wesen ohne eigenen Sinn, etwas nur Zweckdienliches?“

Genau das nie wieder zu tun, nie wieder soziale Fragen mit genetischen zu verbinden, ist eine der wichtigsten Lehren aus der Geschichte Deutschlands und Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie wenig man das Buch von Thilo Sarrazin gelesen haben muss, um die dort erhobene Forderung nach staatlicher Unterscheidung zwischen gewünschtem oder unerwünschtem Leben zu übersehen. Oder wie wenig man von den Folgen der Verirrungen des 20. Jahrhunderts wissen muss, um ein solches Buch überhaupt zu schreiben. Ich gebe freimütig zu: Ich halte die Wiederbelebung der Eugenik für eine unglaubliche intellektuelle Entgleisung.

(Beifall)

Und ich frage mich, was eigentlich einen Sozialdemokraten noch aufregt, wenn nicht das?

Ich verstehe, dass uns viele empfehlen, das einfach nicht so hoch zu hängen, weil sich die Mehrzahl der Menschen für den ersten Teil des Buches sehr interessiert, sich aber mit dem zweiten Teil nicht befasst. Sie sagen uns: Ignoriert ihn und macht ihn nicht zum Märtyrer! Ich weiß, das sind eher gut gemeinte Ratschläge. Aber ich sage Euch - das ist jedenfalls meine Haltung -: Wenn wir das tun, dann werden wir so, wie die meisten Menschen vermuten - dass Parteien und Politiker selbst dann opportunistisch sind, wenn es um ihre wichtigsten Überzeugungen geht.

(Beifall)

Mit der SPD verbindet sich seit 147 Jahren ein aufgeklärtes und emanzipatorisches Bild vom Menschen und seinen Entwicklungsmöglichkeiten. Daran dürfen wir keinen Zweifel aufkommen lassen.

(Beifall)

Es geht aber um mehr als um dieses Buch und um Thilo Sarrazin. Es geht darum, dass wir ein besseres und klareres Bild davon bekommen, welche Erfolge und welche Misserfolge wir in der Zuwanderung und Integration in Deutschland haben, und vor allem darum, was wir aus den Erfolgen lernen können. Denn am guten Beispiel lernt man mehr als am schlechten.

Es gibt unglaublich viele Beispiele für gelungene Integration: In Essen habe ich eine Kindertagesstätte besucht in einem sogenannten „schwierigen Stadtteil“ - hohe Arbeitslosigkeit und hoher Ausländeranteil. Die meisten Kinder kommen dort aus Migrantenfamilien. Erst waren die vielen ausländischen Eltern sehr skeptisch. Dann sind die Erzieherinnen und Erzieher losgegangen und haben im Stadtteil über ihre Arbeit erzählt. Und sie haben vor allen Dingen Migrantinnen als Erzieherinnen und Sozialpädagogen eingestellt. Der Anteil der Kinder, die die Kita heute besuchen, hat sich drastisch erhöht. Die Kinder können viel besser deutsch, wenn sie in die Schule kommen. Mittlerweile haben die ersten die Schule beendet und wollen jetzt selber Erzieher werden. Das ist doch eine echte Erfolgsgeschichte und für uns ein Beispiel, wie man am Guten lernen kann, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In Bremen hat ein 20-jähriger junger Mann, dessen Eltern aus der Türkei kamen, gerade mit 1,0 Abitur gemacht. Er studiert jetzt Jura, wurde in die Studienstiftung des Deutschen Volkes aufgenommen. Er hat bei „Jugend musiziert“ und „Jugend debattiert“ teilgenommen. Er hat bei „Jugend forscht“ einen dritten Platz gewonnen. Er war beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten dabei. Nebenher hat er noch Chinesisch in der Schule gelernt. Und wisst Ihr, was das Beste ist? Er ist stellvertretender Juso-Vorsitzender in Bremen!

(Beifall)

Wo sitzen die Bremer? Ist er eigentlich hier? Habt ihr ihn mitgebracht? - Nein! Dann bestellt ihm einen schönen Gruß. In seinem Alter war ich nicht so gut integriert.

(Heiterkeit)

Ich weiß aber auch, dass es das Gegenteil davon gibt. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen: Die hohe Jugendkriminalität unter bestimmten Zuwanderungsgruppen; Parallelgesellschaften, in der die Scharia mehr gilt als das Grundgesetz; Bildungsferne und Schulverweigerung. Aber die Gründe dafür sind vielschichtig und leider schon ziemlich alt: Deutschland hat sich lange geweigert, Zuwanderer zur Kenntnis zu nehmen und zu begreifen, dass wir natürlich Einwanderungsland geworden sind. Es ist übrigens ein Verdienst von SPD und Grünen, allen voran von Gerd Schröder und Frank Steinmeier, dieses Tabu gebrochen zu haben.

(Beifall)

Vor allen Dingen: Nicht nur die Zuwanderer haben sich in Parallelgesellschaften ohne deutsche Sprachkenntnisse und mit wenig Interesse an Integration eingerichtet, sondern es waren auch wir Deutsche, die das ganz bequem fanden. Wir haben uns doch weder für die Sorgen und Nöte noch für die Hoffnungen und Träume, für Bildungsferne oder religiöse Intoleranz so richtig interessiert. Das war deren Sache. Darum sollten die sich kümmern.

Viele Menschen aus Zuwandererfamilien, die zum Teil längst einen deutschen Pass haben, fühlen sich dennoch immer noch nicht bei uns willkommen geheißen. Und sie haben oftmals gute Gründe dafür. Es ist doch nicht so, dass wir keine gut qualifizierten Menschen mit

Migrationshintergrund hätten, die nicht auch Schulaufsichtsbeamter, Finanzbeamter oder Abteilungsleiter im Ministerium sein könnten. Und trotzdem finden wir sie in unserer öffentlichen Verwaltung nur in homöopathischen Dosen - auch dort, wo wir regieren.

Wir haben jetzt sechs Landtagwahlen vor uns. Dem Landesverband, der als erster eine Migrantin oder einen Migranten für ein ganz normales Ministerium aufstellt - nicht für das Integrationsministerium, sondern für Wirtschaft, für Wissenschaft, für Bildung oder Justiz -, wollte ich eigentlich anbieten: Dann kommt der gesamte Parteivorstand und macht Wahlkampf. Ich weiß aber nicht, ob wir Euch damit eher drohen.

(Heiterkeit)

Also, mein Vorschlag ist: Wir kommen, wenn Ihr das wollt. Wenn Ihr das macht, dann zahlen wir hinterher die Wahlfete, wenn Ihr die auch ins Kabinett geschafft habt, liebe Genossinnen und Genossen. Da müssen wir jetzt ran. Das ist unsere Aufgabe. Wir müssen ihnen bei uns auch richtig zeigen, dass sie dabei sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, manchmal unterschätzen wir auch die Sorgen und Ängste vor dem, was auch wir gerne eine multikulturelle Gesellschaft nennen. Johannes Rau hat im Jahre 2000 dazu das Beste gesagt, was ein Sozialdemokrat dazu bisher gesagt hat. Ich lese es noch einmal vor:

„Es ist nicht schwer, in wohlsituierten Vierteln eine ausländerfreundliche Gesinnung zu zeigen. (...) Im klimatisierten Auto multikulturelle Radioprogramme zu genießen ist eine Sache. In der U-Bahn oder im Bus umgeben zu sein von Menschen, deren Sprache man nicht versteht, das ist eine ganz andere.“

Und weiter heißt es bei Johannes Rau:

„Ich kann Eltern verstehen, die um die Bildungschancen ihrer Kinder fürchten, wenn der Ausländeranteil an der Schule sehr hoch ist. (...) Ich kann auch verstehen, wenn überdurchschnittlich hohe Kriminalität junger Ausländer und Aussiedler vielen Menschen Angst macht. (...) Wer die Sorgen und die Ängste nicht ernst nimmt, redet über die Köpfe der Menschen hinweg und trägt zu einer Haltung bei: Ja, die haben gut reden.“

Genossinnen und Genossen, das hat Johannes Rau auch uns ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall)

Deshalb müssen wir offen darüber reden. Wir verschließen nicht die Augen vor den Problemen der Integrationsverweigerung. Damit ein Missverständnis - weil da vorne unsere Diskutanten sitzen - von heute Vormittag aufgehoben wird: Wissen Sie, wenn ich sage, wer sich dauerhaft der Integration verweigert, der kann in Deutschland nicht bleiben, dann meine ich nicht Kinder und Jugendliche. Aber eines sage ich auch: Ich bin mit Hannelore Kraft nach Nordrhein-Westfalen gefahren und habe gegen rechtsradikale Demonstrationen vor Moscheen demonstriert. Ich wollte die gegen deutsche Rechtsradikale in Schutz nehmen. Ich habe dann hinterher erlebt, dass in einer der Moscheen eine Feier für Herrn Türkesh, einen türkischen Rechtsradikalen, stattfand. Da sage ich: Das ist aber ein Missverständnis.

(Beifall)

Ich habe keine Lust, Euch vor deutschen Neonazis zu schützen, damit dort hinterher türkische gefeiert werden. - Das meine ich mit dem Bekenntnis zum Grundgesetz, gelebt und durchgesetzt. Das, finde ich, müssen wir in Deutschland auch durchsetzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Jemand, der Kind oder Jugendlicher ist, kann Integration gar nicht verweigern, sondern dem kann man nur - das haben Sie heute Morgen richtig gesagt - helfen, die beiden Seelen, die beiden Identitäten, gut zueinander zu bekommen, und uns hier im Land damit zu bereichern. Darum geht es eigentlich.

Genossinnen und Genossen, ich will einfach nur, dass wir offen darüber reden und dass wir nicht das tun, was draußen stattfindet. Immer, wenn der eine ein kritisches Wort über die jeweils andere Seite der Debatte sagt, dann zucken alle zusammen. Ich finde, das muss in der SPD gar nicht sein. Wir haben nämlich wunderbare Beispiele dafür, was wir alles richtig gemacht haben und was wir an Beiträgen geleistet haben. Für den Umgang mit den vorhandenen Integrationsproblemen wird es nämlich keine Bilderbuchlösung geben. Es wird auch nicht gelingen, irgendeinen Schalter schnell umzulegen. Wir sollten ehrlich sagen: Nicht alle Probleme werden wir in den Griff bekommen, wie wir auch in der deutschen Gesellschaft nicht alle Probleme in den Griff bekommen haben.

Fördern – vor allem bei Kindern und Jugendlichen – ist das Wichtigste. Forderungen gehören dazu. Aber die Menschen müssen auch gewiss sein, dass sie sich trotz aller Anstrengungen und Integrationsbereitschaft hinterher nicht doch schlechtere Chancen in unserem Land einhandeln. Dort, wo alles fördern und fordern nicht hilft, da brauchen wir keine neuen Gesetze. Aber die bestehenden, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir schon anwenden, und zwar bei Deutschen wie bei Ausländern.

Auch dafür gibt uns Johannes Rau in seiner Rede unter der Überschrift „Ohne Angst und Träumereien“ den richtigen Rat:

„Zu den schädlichen Folgen von Ghetto- und Cliquenbildung, von misslungener Integration, von Aussichtslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt, von sozialer Randständigkeit gehören Gewalttätigkeit und Kriminalität. (...) Es stimmt (...), dass vor allem jüngere, männliche Ausländer und Aussiedler überdurchschnittlich an Straftaten und Gewalttaten beteiligt sind. Sie müssen, wie alle anderen Straftäter auch, nach Recht und Gesetz – und möglichst schnell – bestraft werden. Die Statistik zeigt aber auch ganz deutlich: Wo Integration – durch Bildung, Ausbildung und Arbeit – gelungen ist, da sind Gewalt und Kriminalität bei jungen Ausländern nicht stärker verbreitet als bei jungen Deutschen.“

Und als Letztes fügt er hinzu:

„Übrigens: ein Skinhead mit Springerstiefeln wirkt auf mich auch dann nicht weniger gefährlich, wenn er womöglich einen deutschen Pass hat.“

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das ist eine gute Entwicklung.

(Beifall)

Lasst uns dem Rat von Johannes Rau, und übrigens guten Beispielen für Integration bei Heinz Buschkowsky, folgen. Das sind Ratgeber, die weit besser sind als das Buch von ... - na, Ihr wisst schon!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben nach elf Jahren Regierungsverantwortung unsere Rolle gefunden, schneller, als es viele gedacht haben. Das heißt aber nicht, dass wir zufrieden wären. Die SPD ist wieder da: Das haben wir bewiesen. Wir können nicht nur opponieren, sondern auch Wahlen gewinnen. Aber, Genossinnen und Genossen, da geht noch mehr im nächsten Jahr.

Das ist gelungen, weil Ihr alle mitgemacht habt. Stellvertretend für alle, die mich dabei aushalten müssen, möchte ich Andrea Nahles und Frank Steinmeier für - Andrea, ich sage das einmal zurückhaltend - eine ziemlich große Geduld bei Euch und bei allen anderen herzlich bedanken.

(Beifall)

Bei Andrea sollten wir uns dafür bedanken, dass sie jetzt auch ganz persönlich dem Mitgliederschwund in der SPD entgegenarbeitet. Liebe Andrea, herzlichen Dank!

(Beifall)

Apropos Mitgliederzahlen: In den letzten zwölf Monaten sind über 17 000 Mitglieder neu in die SPD eingetreten. Davon sind 50 Prozent unter 35, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Die meisten treten über das Internet ein. Das zeigt übrigens, dass die Ortsvereinsstruktur oft nicht die ist, die sie an uns bindet. Darüber werden wir reden. Wir wollen ein paar Tausend von denen nach Berlin einladen, und wir wollen sie zu Botschafterinnen und Botschaftern der SPD machen. Wenn sie dann ein Jahr später wiederkommen und jeder nur zwei neue Mitglieder geworben hat, dann sind wir wieder auf dem richtigen Pfad. Wir brauchen wieder Botschafterinnen und Botschafter für die Mitgliedschaft in der traditionsreichsten, demokratischsten und freiheitlichsten Partei, die Deutschland je hatte, in der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben uns noch viel vorgenommen. Ich hatte Euch ja versprochen, dass es anstrengend wird. Aber in Wahrheit ist das Einzige, was wir für all dies brauchen, liebe Genossinnen und Genossen, Mut! Mut und Konzentration auf das Wesentliche.

Es stimmt nicht, dass die Politik ganz allgemein weniger zu entscheiden hätte. Früher haben wir uns nur mehr getraut. Und das müssen wir jetzt auch wieder tun. Zur Politik gehört auch der Mut, etwas zu wagen. Dann übrigens macht Politik auch wieder mehr Spaß, gerade in der SPD. Unsere Politik besteht darin, sozialdemokratische Werte und Prinzipien, von denen die ganze Gemeinschaft lebt, wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Mit Klarheit, mit Konsequenz und übrigens auch mit Leidenschaft. Machen wir uns wieder an die Arbeit! Alles Gute und Glück auf für Euch.

(lang anhaltender Beifall)

Aussprache

Beratung Resolutionen Atomkraft und Integration

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Lieber Sigmar, wir danken dir für diese engagierte, eindrucksvolle und klare Rede.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir treten jetzt in die Aussprache ein. Im Rahmen der Aussprache beraten wir auch die vorliegenden Resolutionen zum Thema Atomkraft und Integration.

Da mir jetzt schon einige Wortmeldungen vorliegen, bitte ich vorsichtshalber darum, dass wir sehr diszipliniert mit den Redezeiten umgehen; denn es gibt viele Wortbeiträge. Und ihr wisst: Das ist ein Arbeitspartitag. Es gibt noch viele interessante Themen, viele wichtige Diskussionen. Deshalb bitte ich euch hier herzlich um Disziplin, was die Länge der Wortbeiträge angeht.

Mir liegen zum Bereich Resolution Atomkraft im Moment insgesamt sechs Wortbeiträge vor. Ich darf zunächst Michael Müller aus dem Landesverband Berlin bitten. - Er ist gestrichen.

Zweiter ist Uli Kelber aus Nordrhein-Westfalen. Lieber Uli, du hast das Wort. Ihm folgt dann Thorsten Schäfer-Gümbel.

Ich darf noch darauf hinweisen: Die Antragskommission trifft sich jetzt. Der Raum ist bekannt. Insofern bitte ich, dass die Antragskommission jetzt zusammentritt.

Ulrich Kelber, Nordrhein-Westfalen:

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Es war etwas schwierig durchzukommen. Es ist natürlich auch schwierig, nach einer solchen fulminanten Rede als Erster hier nach vorne gehen zu müssen, lieber Sigmar. Aber wir müssen heute auch über das Thema Atom sprechen und unsere Position deutlich machen, weil die Menschen spüren, dass dieser Atomdeal, dieser Deal mit Lobbyisten über 100 Milliarden Euro, in einer Reihe steht: angefangen mit den Hotelkonzernen, danach kamen die Top-Millionenerben, danach die Bedienung der Finanzjongleure, die erst die Mittel aus dem Steuersäckel bekommen, dann aber nichts dazu beitragen sollen, und im Augenblick versucht im Windschatten des Atomdeals die Pharnalobby bedient zu werden, und sie hat ja auch schon die ersten Erfolge bei Schwarz-Gelb gehabt.

Wir haben erlebt, dass ein Energiekonzept, das angeblich eine wissenschaftliche Grundlage haben sollte, die Laufzeitverlängerung als Zentralgestirn bekommen hat, dass man die Gutachter seltsam ausgewählt hat - darunter welche, die von RWE und E.ON bezahlt werden -, dass man dann die Gutachten mit manipulierten Vorgaben versehen hat, Geheimverträge abgeschlossen hat, die nur herauskommen, weil sich ein Vorstand von RWE verplappert hat, dass man die Sicherheitsausgaben gedeckelt hat - das heißt, wenn Biblis A oder Biblis B

nachgerüstet werden müssen, dann zahlen das indirekt die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, weil die Konzerne das von ihren Abgaben schon absetzen können -, und wir haben letzte Woche gemerkt - das ist leider gar nicht so nach oben gekocht -: Es gibt noch weitere Nebenabsprachen mit den Atomkonzernen, als dann versucht werden sollte, den Betrieb und die Erkundung der Endlager zu privatisieren, also das Parlament von seiner Kontrolle zu entmachten, die Fachbehörde, das Bundesamt für Strahlenschutz, zu entmachten. Der Regierungssprecher hat sogar gelogen, als er gesagt hat, es gehe nur um eine Verlagerung der Fachaufsicht. Nein, wir wissen aus dem Entwurf: Die Fachaufsicht sollte an ein Privatunternehmen abgegeben werden, in dem die Versager von Asse und Morsleben die Geschäftsführer sind, die dort die Fässer mit falschen Deklarationen hineingebracht haben!

(Unruhe)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf euch herzlich bitten, die Gespräche jetzt außerhalb dieses Raums zu führen, die dringend geführt werden müssen. Ich glaube, ein bisschen Respekt vor denen, die sich hier mit Wortbeiträgen zu Wort melden, stünde uns auch gut an.

(Beifall)

Lieber Uli, du hast das Wort!

Ulrich Kelber, Nordrhein-Westfalen:

Wir haben vor einer Woche gemerkt, dass 100 000 Menschen - vielleicht waren es sogar mehr - aufgestanden sind und gegen diesen Atomdeal demonstriert haben. Aber wir wissen auch, dass viele zu Hause sitzen und nach diesem Fall von Lobbybedienung eher enttäuscht sind von Parlamentarismus und Demokratie. Deswegen wird es unsere Aufgabe in den nächsten Monaten sein, nicht nur gegen falsche Politik zu kämpfen, sondern diese Menschen wieder für demokratisches Engagement zurückzugewinnen, ihnen zu sagen, dass die Sonntagsreden des netten Herrn Röttgen und der Klimakanzlerin, wenn sie an einem solchen Redepult stehen, um die Lösungen ringen - die haben ja alle eine ganz besondere Art der Körpersprache, indem sie sich nach vorne beugen und einladen -, keinen Pfifferling wert sind, sondern dass sie sich zum Büttel der Atomkonzerne haben machen lassen.

Es ist übrigens nicht nur bei dem Atomdeal so, sondern auch in dem restlichen Energiekonzept werden die RWEs und E.ONs bedient. Alle ihre Wünsche werden erfüllt. Die mittelständische, dezentrale Energieerzeugung dagegen wird aufgehalten. Es wird so getan, als sei die Förderung der Erneuerbaren teuer. Schaut eigentlich keiner mehr auf die Gewinne der großen Energiekonzerne aus ihrem Monopol? - RWE und E.ON machen mehr Gewinn als alle anderen börsennotierten deutschen Unternehmen zusammen. Jeder hier im Saal zahlt 200 Euro pro Kopf in diese Konzerngewinne hinein. Da sind die erhöhten Energiepreise, die auch unserer Industrie und den vielen Privatpersonen heute schon Probleme bereiten!

(Beifall)

Wenn wir Sozialdemokraten über den Atomdeal sprechen - das ist mein letzter und, ich glaube, auch der wichtigste Punkt -, dann sollten wir nicht nur über den Lobbyismus, über die mangelnde Sicherheit der Atomenergie sprechen. Wir sollten auch über Arbeitsplätze sprechen. Zehn Jahre sozialdemokratischer Regierungspolitik haben 300 000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen lassen. Unsere neue Stärkung der Stadtwerke hat dort Arbeitsplätze entstehen lassen. Jetzt geht eine Regierung hin und gefährdet diesen Ausbau, diesen Technologievorsprung, den wir weltweit hatten. Die anderen werden schneller, Deutschland wird durch Schwarz-Gelb ausgebremst, und die Arbeitsplätze der Zukunft sind gefährdet. Hier haben wir weitere Bündnispartner in unserem Kampf gegen den Atomdeal. Das ist die besondere sozialdemokratische Botschaft dieses Streites. Da bitte ich um eure Unterstützung für die Resolution und in den nächsten Wochen und Monaten im Widerstand gegen diesen Atomdeal. - Vielen Dank.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Thorsten Schäfer-Gümbel verzichtet auf die Wortmeldung.

Ich darf jetzt Michael Müller aus Nordrhein-Westfalen aufrufen. Da hat es leider ein Versehen gegeben. Michael, du hast das Wort!

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch am Anfang danken als der Veranstalter der Großdemonstration der letzten Woche. Das waren nämlich die Naturfreunde. Die Naturfreunde haben die Großdemonstration angemeldet und zusammen mit sechs anderen Gruppen organisiert. Deshalb sage ich auch: Seid selbstbewusst! Es gibt auch grüne Rote. Es sind nicht immer nur die Grünen, die das ökologische Thema nach vorne bringen.

(Beifall)

Allerdings ist auch klar: Die Verpflichtung dieser Demonstration heißt, dass die SPD dieses Thema offensiv behandeln muss. Ich will das hier auch ergänzen: Aus meiner Sicht spiegeln sich in den Demonstrationen der letzten Wochen ein zutiefst sitzendes Unbehagen und eine tief sitzende Unsicherheit der Gesellschaft wider. Das geht sehr viel tiefer als die einzelnen Themen. Wir erleben tatsächlich eine Wendezeit. Das ist der kritische Punkt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Denn - das ist der eigentliche Punkt - wir können nicht mehr wie bisher nur glauben, über Wachstum jedes Problem lösen zu können. Diese Zeit ist vorbei. Wir erleben einen ganz tiefen Einschnitt. Ich sage euch: An der Auseinandersetzung an diesem Thema wird sich entscheiden, ob es in der Zukunft Schwarz-Grün oder Rot-Grün geben wird. Macht euch nichts vor: Eine Mehrheit der Grünen ist emotional im Augenblick sehr wohl auf dem Dampfer Schwarz-Grün, weil es auch leicht ist, sich gegen diese CDU in einem Bündnis zu

profilieren. Es ist für sie ungleich schwieriger, sich in einem rot-grünen Bündnis zu profilieren. Macht euch da nichts vor!

Aber politisch ist die Entscheidung Rot-Grün, und zwar aus dem ganz einfachen Grund: Es wird keine Neuorientierung in Deutschland geben, wenn man das Thema Neuordnung und das Thema Wachstum nicht mit sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung der Wirtschaft verbindet, also mit den ursozialdemokratischen Themen. Das ist die Auseinandersetzung, um die es geht. Es wird entweder sozusagen ein bürgerliches Unbehagen geben, das sich in einer wachsenden schwarz-grünen Orientierung in der Bundesrepublik manifestiert, oder eine Rückkehr der Politik, die in der Tat die ökologische Verträglichkeit mit Demokratisierung der Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist es Unsinn, wenn Manfred Güllner im „Stern“ schreibt, die SPD soll zurückhaltend bei dem Thema Anti-Atom-Demonstrationen sein. Das ist schlichter Unsinn.

(vereinzelt Beifall)

Im Gegenteil: Die Erfahrung der letzten 20 Jahre ist: Die SPD hätte mehr auf ihre grünen Roten hören sollen, dann wäre uns manche Entwicklung erspart geblieben. Das ist die eigentliche Wirklichkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Meine These ist: Die Grünen sind im Augenblick noch sehr konventionalisiert in den Denkweisen der 1980er-Jahre, die im Augenblick mehrheitsfähig sind. Aber es sind nicht die Denkweisen zu den Fragen von morgen. Die Frage von morgen ist: Wie erreiche ich soziale Gerechtigkeit sozusagen verbunden mit den Grenzen des Wachstums? - Das ist die Debatte, die wir führen müssen. Die SPD hat nur eine Chance, wenn sie vor diesem Hintergrund ein neues Verständnis von Fortschritt und Zukunft entwickelt. Da haben wir noch viel Arbeit zu leisten, aber das ist auch unsere Chance.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. - Stefan Bolln aus Schleswig-Holstein hat seine Meldung zurückgezogen, damit liegen noch drei Wortmeldungen zum Thema Atom vor. Danach würden wir das Grußwort von Joachim Gauck vorziehen, weil er sonst zeitliche Probleme hätte. Ich darf euch herzlich bitten, wieder in den Saal zurückzukehren, nachdem ihr euch draußen kurz mit Getränken gestärkt habt.

Es folgen jetzt Heike Wiegel aus Braunschweig, dann Jo Leinen von der SPD Saar und zum Schluss Jan-Henner Putzier aus Hannover.

Heike Wiegel, Braunschweig:

Haben wir nicht schon viel zu viel Atommüll? Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke - mal so nebenbei, acht bis 14 Jahre, bis zum Jahr 2040, nur damit sich einige wenige die Taschen vollstopfen.

Dem Bürger wird immer wieder nur die halbe Wahrheit erzählt. Die Subventionen für die Atomindustrie umfassen bisher ca. 220 Milliarden Euro. Ich wiederhole: 220 Milliarden Euro. Das steht nicht in eurer Stromrechnung. Das bezahlen wir doppelt und dreifach über die Steuern.

Brückentechnologie: Wohin führt die Brücke der CDU-FDP-Regierung? In die Vergangenheit! Das ist ein Rückschritt. Heute schon könnten wir sieben bis acht Atomkraftwerke abschalten. Denn die standen gleichzeitig still. Und keiner hat es gemerkt. Abschalten! Es muss endlich Schluss sein mit dieser Atomindustrie! Warum gehen fast 100 000 Menschen auf die Straße? Es ist ihr Thema, es ist unser Thema! Jetzt nicht nachlassen! Schaut ihnen auf die Finger! Die Speicherung von Energie ist in Europa nicht das Problem. So berichtet die Uni Flensburg: Nur wer die Augen vor den Möglichkeiten verschließt, der kann diese natürlich auch nicht sehen. - Die CDU/CSU-FDP-Regierung verkauft die Zukunft unserer Kinder. Sie hat skrupellos mit den Energiekonzernen um das schnelle Geld gezockt. Das ist ein kurzfristiges Denken, und am Ende wird alles noch viel teurer. Was sind denn eigentlich einige wenige Milliarden Euro gegenüber 220 Milliarden Euro? Was soll das? Auf Kosten der Bürger, auf Kosten der Sicherheit, auf Kosten der Gesundheit, auf Kosten deiner Gesundheit.

In der Endlagerung von Atommüll ist nichts wirklich geklärt und schon gar nicht wissenschaftlich gelöst. Die Atommüllendlagerung ist gescheitert. Das Konzept der unterirdischen, unbeobachteten Endlagerung bringt mehr Unsicherheiten als Sicherheiten. „Aus den Augen, aus dem Sinn“ funktioniert nicht. Die Erde lebt, sie bewegt sich. Es gibt keinen Stillstand. Die Probleme werden durch die CDU-FDP-Regierung nur verstärkt und weiter in die Zukunft verlagert. Es reicht eben nicht, irgendein Endlager zu bestimmen und zu glauben, damit wären die Probleme gelöst. Dieses Verhalten ist skrupellos. Unsere Enkel und Urenkel sind nicht zu beneiden: Das können ja später andere regeln. - Klar, wir werden 2013 wieder an die Regierung kommen. Aber bis dahin vergehen noch einige Jahre. Deshalb müssen wir jetzt den Blick schärfen und am Ball bleiben. Das heißt, wir müssen gegensteuern, wir müssen Atomkraft abschalten.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Schönen Dank. Der Nächste ist Jo Leinen, dann kommt Jan-Henner Putzier.

Jo Leinen, Saarland:

Liebe Genossinnen und Genossen, die Atomdebatte und im weiteren Sinne auch die Energiedebatte sind schon über 30 Jahre alt. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren von Anfang an dabei: Erhard Eppler, eine Gallionsfigur, Michael Müller, viele

Landesverbände, wenn ich nach Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg schaue. Wir haben überhaupt keinen Grund, uns in der Debatte zu verstecken. Im Gegenteil: Unsere Leistung war, dass sich der Protest nicht nur gegen etwas gerichtet hat, sondern dass wir eine positive Vorstellung von einer Alternative hatten, einer besseren Energieversorgung, einer sichereren und umweltfreundlicheren Energieversorgung. Einiges davon haben wir erreicht - Stück für Stück in den letzten Jahren. Wir lassen uns diese Arbeit von 30 Jahren nicht durch einen nächtlichen Atomdeal von Angela Merkel mit vier Atomkonzernen kaputt machen. Das nehmen wir nicht hin, dagegen werden wir uns wehren!

(Beifall)

Unsere Alternative ist: von Monopolisierung hin zur Demokratisierung der Energieerzeugung - jeder, der das kann, soll das auch tun können -, von der Zentralisierung hin zu mehr Dezentralisierung der Energieversorgungsstrukturen und von den endlichen Energiequellen zu den unendlichen erneuerbaren Energien.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist der Weg in eine dritte industrielle Revolution. Wir singen oft das Lied: „Mit uns zieht die neue Zeit“. Die Sozialdemokratie muss der Bannerträger dieser neuen Zeit sein. Wir brauchen gar nicht auf andere zu warten. Die können das erstens nicht besser und haben das zweitens auch nicht so tief durchdacht. Von daher finde ich es auch richtig, dass wir Flagge zeigen. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sigmar Gabriel und viele andere bei der Großdemo in Berlin dabei waren. Wir müssen den außerparlamentarischen Protest unterstützen und die parlamentarische Debatte anführen und bestimmen. Das ist unsere Aufgabe als Volkspartei bei diesem großen Thema der Energiewende.

Dieser Atomdeal wirft uns um Jahre zurück, wenn er denn gelingt. Er verstopft die Netze, er verschiebt oder erledigt Investitionen in Milliardenhöhe. Deutschland würde zurückfallen im Trend zur Erneuerung, zur Innovation. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen diesen Deal. Deshalb, glaube ich, haben wir auch eine Chance, ihn noch zu stoppen - mit allen Mitteln, die wir haben, mit juristischen Mitteln - mit Klagen beim Verfassungsgericht -, aber vielleicht auch mit politischen Mitteln, mit Mehrheiten in den Parlamenten mit der Rückendeckung der Bevölkerung. Liebe Genossinnen und Genossen, was wir hier in diesem Antrag beschließen, hat Bedeutung für Europa, aber insbesondere auch für unser Land. Deshalb bitte auch ich um Unterstützung für den Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. – Wir kommen jetzt zur letzten Wortmeldung zur Resolution „Atom“. Ich darf noch einmal daran erinnern: Im Anschluss wird das Grußwort von Joachim Gauck folgen. Ich darf diejenigen, die noch draußen vor der Halle sind, bitten, jetzt wieder in die Halle zurückzukommen. – Danke schön.

Jan Henner Putzier, Hannover:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus dem Unterbezirk Uelzen, Lüchow-Dannenberg. Da haben wir noch ein ganz anderes Problem mit der Atomkraft – ganz unabhängig von der Laufzeitverlängerung. Der Standort, den CDU und FDP favorisieren, um hoch radioaktiven Abfall zu lagern, liegt in unserem SPD-Unterbezirk. Wie die Bevölkerung dazu steht, konnte Ute Vogt vor zwei Wochen feststellen, als sie als Obfrau im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema Gorleben bei einer Podiumsdiskussion war.

Die politische Lage in Gorleben ist so, dass die Bevölkerung ganz klar gegen dieses Endlager ist. Das weiß jeder, der an der Podiumsdiskussion teilgenommen hat; das weiß auch jeder, der die Medien verfolgt hat. Gut, die geologischen Kriterien sind immer wieder in der Debatte. Manche sagen, es passe, andere sagen, es passe nicht. Meine persönliche Auffassung ist: Es passt nicht. Aber das Hauptargument für den Weiterbau ist, so glaube ich, nicht die Geologie, sondern sind die bereits investierten Milliarden. Das ist schlimm. Denn so etwas darf nicht zum Argument werden. Bei der Endlagerung müssen wir Atommüll für Millionen von Jahre sicher abschließen. Da können wir Entscheidungen nicht danach ausrichten, wo wir schon Milliarden verbuddelt haben, sondern wir müssen in ganz Deutschland das bestmögliche Endlager für hoch radioaktiven Abfall suchen. Dazu brauchen wir keine Politik, die nur auf ein Endlager setzt - wie in Gorleben -, sondern eine Politik, die bundesweit nach dem bestmöglichen Standort sucht, und zwar unabhängig von politischen Kriterien. Denn die haben damals bei der Standortwahl in Gorleben einen gewissen Einfluss gehabt; das ist vielfach durch die Medien gegangen. So viel zu Gorleben.

Ich möchte euch noch herzlich einladen. Wie ihr alle wisst, findet im November wieder ein Castor-Transport statt. Da es ja einen Schulterschluss mit den Bürgerinitiativen, mit Umweltgruppen usw. gibt, möchte ich euch bitten: Kommt alle vorbei und schaut euch das an, nicht nur bei der Auftaktdemo, sondern auch in den folgenden Tagen. Denn es ist immer wieder eine wirklich spannende Erfahrung, die zeigt, wie an gewissen Tagen mit demokratischen Werten umgegangen wird, aber auch, wie sich Bevölkerung solidarisieren kann. Das ist eine wirklich schöne Sache. Schaut euch das an, ich würde mich freuen, euch zu sehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Wir unterbrechen an dieser Stelle die Aussprache zu den Initiativanträgen. Ich rufe jetzt mit großer Freude das Grußwort von Joachim Gauck auf, unserem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten.

(Beifall)

Wie hat Sigmar vorhin gesagt: eine Kandidatur gegen die Entfremdung zwischen Regierung und Regierten.

(Beifall)

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:

Eine Sekunde! Ich weiß, nach meiner Rede sind viele rausgegangen. Meine Bitte ist: Kommt wieder rein! Sich Joachim Gauck anzuhören, lohnt sich immer - im Zweifel mehr als beim Parteivorsitzenden. Also los, rein hier!

(Beifall)

Es geht nicht, dass er hier vor halbleerem Saal redet, er kann besser reden als ich!

Grußwort

Joachim Gauck:

Lieber Herr Vorsitzender, das ist ja alles reizend, aber wir wollen es ja nicht so treiben wie bei der SED, dass Zwangsanwesenheit verordnet wird, das brauche ich ja nun gar nicht. Aber es ist schön, dass Sie mir helfen wollen, ein paar Zuhörer zu finden.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich bin heute in einer ganz beneidenswerten Lage: Ich muss keine Grundsatzrede halten. Es wäre einladend, einfach als normaler Bürger auf einige Debattenbeiträge zu reagieren. Ich erlaube mir aber den Luxus, vor Ihnen zu sprechen, auch ohne einen Grundsatzdebattenbeitrag zu halten.

Ich habe Sie eben als Mitbürgerinnen und Mitbürger angeredet, also ohne eine Rangfolge zu beachten. Aber ebendieser Punkt verbindet mich in ganz besonderer Weise mit Ihnen. Ich beginne nämlich mit einem Dank. Auch in dieser besonderen Veranstaltung möchte ich all denen Dank sagen - in den Gremien habe ich das schon getan -, die im Juni bereit waren, einen parteilosen Kandidaten für das höchste Amt unserer Republik vorzuschlagen. Ich habe mich über diesen Vertrauensbeweis außerordentlich gefreut.

(Beifall)

Dabei habe ich vor allen Dingen jenen zu danken, mit deren Positionen ich eben nicht in jedem Einzelfall übereingestimmt habe. Es war für mich ein Stück neu erlebter, vertrauter Demokratie, dass ein Parteichef sagen konnte, es sei nicht erforderlich, dass der Kandidat in allen Positionen mit der Mehrheitsmeinung übereinstimme. So ist also mein erstes Wort ein Dank. Er geht an die ganze Partei, besonders an die, die Probleme hatten mit mir.

Ich verbinde diesen Dank mit einer Bitte. Und diese Bitte verbinde ich mit einer kurzen Rückschau - sie hat eben schon begonnen - auf den Juni, die Zeit, als ich Kandidat mit Ihrem Auftrag sein durfte:

Erstens. Sie haben erlebt, dass es Ihnen nicht wirklich geschadet hat, sich auf einen Parteilosen einzulassen. Es hat Ihnen nicht wirklich geschadet.

(Beifall)

Zweitens. Wir haben alle - ganz besonders ich selber - mit Überraschung vermerkt, welche Bewegung diese Kandidatur in unserer Bevölkerung ausgelöst hat. Es hat uns stutzig gemacht und natürlich gefreut, wie viele Leute plötzlich Interesse für ihr Gemeinwesen gezeigt haben, dass sie plötzlich imstande waren, zu einem politischen Thema Stellung zu nehmen, und zwar nicht in Form eines Contra, sondern eines Pro. Da haben wir etwas bekommen, was weit über die Kandidatur von Joachim Gauck hinausgeht, nämlich ein Interesse von Bürgern, die zeitweilig oder überhaupt noch nicht mit dem Politischen befasst waren. Diese Suchbewegung der Vielen dürfen die etablierten Parteien doch verstehen als einen Auftrag an uns: Ausschau zu halten nach Möglichkeiten, den Dialog mit den Teilen zu suchen, die eben nicht in den Parteien organisiert sind.

(Beifall)

Wir sollten nicht dem Frust der vielen folgen, welche die Parteiendemokratie gänzlich auf dem absteigenden Ast sehen. Wir wollen keinen Paradigmenwechsel weg von der Parteiendemokratie. Aber es könnte doch sein, dass wir eine Paradigmenergänzung brauchen, dass wir uns mehr bemühen müssen, auch diejenigen einzubeziehen, die sich für Politik interessieren, auch wenn sie nicht unserer oder gar keiner Partei angehören. Deshalb ist nicht nur der Parteienverdross unser Thema. Es sollte die intensive Suche danach sein, wie in einer Bevölkerung, die sich nicht mehr gerne auf Dauer bindet, der Teil zur Mitwirkung eingeladen werden kann, der kurzzeitig und eher in Initiativen oder Bewegungen aktiv wird. Da brauchen alle etablierten Parteien mehr Fantasie. Meine Bitte ist, dieser Fantasie einen politischen Raum zu geben.

Ich habe neulich ganz interessiert gehört, wie Peer Steinbrück das Element der Vorwahlen in den Vereinigten Staaten erwähnt hat. Dort geht es darum, dass Menschen, die nicht zu einer Partei gehören, einbezogen werden in die politische Willensbildung. Mir fehlen Foren und Kanäle, wo sich dieser Teil der nicht organisierten Bürgerschaft mit denen verbinden kann, die in der Partei seit Jahren und sehr intensiv ihre Arbeit tun. Also, es geht mir nicht um eine Veränderung oder Ablehnung dieser Parteienlandschaft, sondern um eine Integration derer, die zu integrieren sind. Es schadet der Parteiendemokratie nämlich nicht, wenn es Aktivisten außerhalb der politischen Parteien gibt.

(Beifall)

Ich habe mich gefreut, dass in Ihrer Partei viele junge Leute wieder aktiv sein wollen und Mitglieder werden, selbstverständlich, aber das Potenzial der politisch Aktiven ist größer als das, was wir als Mitglieder gerade gewinnen können.

Daraus ergibt sich drittens ein Erfordernis. Diese Aktivierung der Vielen und zum Teil Abständigen wird nur gelingen, wenn der politische Diskurs ausgeweitet und mit größerem Ernst geführt wird.

Ich meine dabei nicht nur die Fachdiskurse - ich steige auch heute da nicht ein -, sondern es geht mir darum, die Kommunikation insgesamt zu wollen, zu verbessern und zu fördern. Politiker, die mit ihren Wählern nicht mehr sprechen können, sondern sich nur in ihren Kreisen verständlich machen können, werden die Zukunft des Politischen eher beschädigen als fördern.

(Beifall)

Viertens. Dabei dürfen wir keine Angst vor substanziellen Debatten und sehr grundsätzlichen Auseinandersetzungen haben.

Der Vorsitzende hat eben im Schlussteil seiner Rede einen dieser Debattenbereiche eröffnet, und es ist mir völlig klar, dass er als Parteichef dieser Partei genau wie die Bundeskanzlerin als Regierungschefin dieser Regierung anders über den Fall sprechen muss als ein Kulturchef eines großen Magazins oder einer Fernsehstation. Hier müssen Positionen verteidigt und ganz besonders deutlich gemacht werden, auch wenn wir noch nicht am Ende der Debatte sind. Es ist aber ein gutes Zeichen, wenn wir in ernsthafte und auch schmerzhaftige Kontroversen eintreten.

Ich sage Ihnen eines: Es gibt eine coole Feigheit, bei der man überhaupt nicht mehr debattieren will, sondern bei der man einfach nur danach Ausschau hält, wo der Zeitgeist gerade hinweht.

(Beifall)

Das geht manchmal in die richtige Richtung, die wir denken, und manchmal in die falsche. Es ist aber eben nicht nur diese coole Feigheit, die uns in der Politik Ansehen und Anerkennung verschafft, sondern zu unseren Debatten gehören Sachverstand und ein Wort, das der Vorsitzende am Schluss gesagt hat, nämlich Mut. Mut!

(Vereinzelt Beifall)

Zu diesem Mut gehört es, zu begreifen, dass ich den Leuten, die mich wählen, eine klare Botschaft schuldig bin - keine populistische, sondern eine klare Botschaft.

(Beifall)

Dabei kann es passieren, meine Damen und Herren, dass eine klare Botschaft nicht den Nerv der Zeit trifft, sondern dass es populistische Bedürfnisse und Strömungen gibt, die uns zeigen: Ob wir die nächste Wahl gewinnen können, wenn wir das jetzt laut sagen, wissen wir nicht. - Es hat sich aber gezeigt, dass das Schielen auf die allernächste Wahl die Chancen für die übernächste ganz maßgeblich und nachhaltig verringert und verhindert.

(Beifall)

Deshalb ist es mitunter mutig, einen zeitweiligen Verlust zu ertragen und sehenden Auges einzukalkulieren, einfach, um die Zukunftsfähigkeit und Glaubwürdigkeit nicht einzuschränken und anzugreifen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gehöre zu den Menschen, die seinerzeit, als aus Ihrer Partei heraus eine Politik des Forderns und Förderns gemacht wurde, gesagt haben: Ja, genau so ist es, auch wenn phasenweise dieses Fordern in einen Generalverdacht gestellt wurde, als seien die, die es täten, Knechte des Kapitals oder einer irgendwie überholten Ordnung.

Meine Damen und Herren, es ist sehr leicht, wenn wir das Fördern alleine propagieren. Dann aber erzeugen wir die Erwartung, als ob die Demokratie darin bestünde, möglichst bald in einem erhofften Schlaraffenland oder in einer ganz sicheren Zone zu landen.

Der Vorteil einer Politik, die auf die Potenzen jedes Einzelnen setzt, ist der, dass sie in uns abrufte, was in uns angelegt wird, nämlich Verantwortungsfähigkeit,

(Vereinzelt Beifall)

und die ist nicht nur von einer bestimmten Schicht, sondern von allen Schichten der Bevölkerung zu verlangen. Sie ist vor allen Dingen nicht nur von ausländischen Randgruppen, sondern von hier altgeborenen und altgedienten Randgruppen zu verlangen, und das mit dem Fordern hilft diesen Menschen. Es belastet sie nicht, sondern es hilft ihnen. Deshalb habe ich besonders aufmerksam zugehört, als hier von der Förderung von Abgehängten auf dem Wege der Integration durch Bildung und dem Geldausgeben an dieser Stelle und nicht an der Stelle einer paternalistischen Befürsorgung gesprochen wurde.

(Beifall)

Ganz zum Schluss möchte ich Ihnen sagen, dass ich manchmal unglücklich darüber bin, dass ich nicht in der ausübenden Politik und der Parteimitgliedschaft bin, und manchmal ganz glücklich, weil ich nicht jeden Tag vor der Alternative stehe, das Interesse meiner Partei und die Loyalität zu meiner Partei gegenüber der Loyalität mit dem Ganzen, dem Gemeinwesen,

abzugrenzen. Das ist eine ganz besonders schwierige Aufgabe für jeden von Ihnen, der führend in Ihrer Partei tätig ist.

Aber immer wieder einmal brauchen wir den Mut, von dem Partikularinteresse der Fürsorge für unsere ureigenen Parteiinteressen abzusehen, weil die Interessen des Ganzen es erfordern. Deshalb ist es eben wichtig, dass wir begreifen, dass die Verantwortung der politisch Agierenden – konkret: Ihrer Partei – nicht einfach darin bestehen kann, die Politik der Gewerkschaften zu kopieren oder identisch mit ihr zu sein.

Ich selber halte unendlich viel von freien Gewerkschaften, weil ich aus einem Land komme, in dem es nie eine gegeben hat. Deshalb werde ich immer für ihre Existenz und für ihre Freiheit kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Politik ist aber mehr als Sozialpolitik. Es hat gute Gründe, dass es die Schwerpunkte der Gewerkschaften gibt. Es hat ebenso gute Gründe, dass führende Sozialdemokraten gelegentlich auch sagten: Jetzt schauen wir aber nicht nur auf partikuläre Interessen in der Gesellschaft, sondern auf gesamtgesellschaftliche Interessen. - Hier ist es gut, Mut zu haben, meine Damen und Herren.

Vor allen Dingen kann ich eines nicht ab: die Angst, dass uns von der linken Seite her politische Vorhaltungen gemacht werden, durch die uns das Wasser abgegraben wird. – Ja, wer sind sie denn?

(Beifall)

Wo in Europa und wo irgendwo in der ganzen weiten Welt haben diese linkssozialistischen bis kommunistischen Adepten des Volkswohls jemals eine Gesellschaft geschaffen, in der sowohl Wohlstand als auch Freiheit als auch Rechtssicherheit für die arbeitenden Menschen existiert hat? Nirgendwo auf der Welt!

(Beifall)

Warum will ausgerechnet die deutsche Sozialdemokratie diesen Schatz an Erfahrungen, diese politische Weisheit und diese Kraft beständig verleugnen, indem sie immerzu nach links schießt, wo von irgendwelchen Populisten Heilsversprechungen gemacht werden, die nirgendwo auf der Welt eingelöst worden sind? Das bringt nichts!

(Beifall)

So, nun habe ich ja doch etwas getan, was ich eigentlich nur als Parteimitglied tun dürfe, aber nehmen Sie das einmal als eine Einrede eines engagierten Bürgers. Es kann Ihnen nicht wirklich schaden, wenn Sie ihm einen Augenblick zuhören.

Jetzt wünsche ich Ihnen einen guten Verlauf Ihres Parteitages und bei dem Bemühen, Fairness für Deutschland zu erringen.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Lieber Joachim Gauck, wir danken für diese mahnenden Worte, die uns aber auch wieder ein Stück bereichert haben. Auch heute konnten wir wieder feststellen: Wir hatten den richtigen Kandidaten. - Vielen, vielen Dank für dieses Grußwort.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zurück zu der Aussprache. Es geht jetzt um die Resolution zum Thema Integration. Ich habe hier insgesamt acht Wortmeldungen und auch hier noch einmal die Bitte, sich diszipliniert an die Redezeiten zu halten. - Erster Redner ist Klaus Wowereit.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Wowereit, stellvertretender Vorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zur Resolution komme, möchte ich auf ein aktuelles Ereignis eingehen. Nach Agentur-Meldungen hat es heute einen ganz tragischen Unfall am Schöneberger Kreuz gegeben. Ein polnischer Reisebus mit 46 Insassen ist dort verunglückt. Es hat mindestens 10 Tote gegeben und sehr viele Schwerverletzte und Verletzte. Die Rettungskräfte aus Brandenburg sind unermüdlich im Einsatz, um Menschenleben zu retten. Ihnen gelten unsere guten Wünsche. Wir hoffen, dass die Rettungskräfte sehr erfolgreich sind, Leben zu retten. Unser Gedenken gilt den Toten und unser Mitgefühl den Angehörigen. Hoffentlich können die 250 Rettungskräfte, die gerade versuchen, dieses schreckliche Unglück zu beherrschen, etwas erreichen. Unsere besten Wünsche gehen an Matthias Platzeck und an die Behörden in Brandenburg. Wir sind mit ihnen.

(Beifall)

Der Parteivorstand hat eine Resolution vorgelegt zum Thema sozialdemokratische Integrationspolitik. „Herkunft darf kein Schicksal sein - ohne Angst und Träumereien gemeinsam in Deutschland leben“, so lautet die Überschrift dieser Resolution.

Der erste Absatz lautet: „Die SPD steht für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft, für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen, unabhängig von Herkunft und

Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst. Nichts anderes ist der Maßstab für sozialdemokratische Integrationspolitik.“ So die Einleitung. Ich glaube, das sagt im Kern schon alles aus.

Die SPD steht seit ihrer Gründung für Teilhabe durch Bildung, Qualifizierung und Aktivierung. Dabei gilt: Herkunft darf kein Schicksal sein. Das ist der Kern der deutschen Sozialdemokratie. Das ist soziale Gerechtigkeit; das war und ist und bleibt Maßstab für unsere Integrationspolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir verstehen Integrationspolitik nicht nur als ein begrenztes Thema im Bereich der Ausländerpolitik oder Migrationspolitik. Nein, Integration ist viel umfassender; denn Integration heißt Teilhabe für alle. Es sind Menschen in unserer Gesellschaft ausgegrenzt, weil sie eine soziale Schieflage erleiden müssen, weil sie in Armut leben, weil sie mit ihren Problemen nicht zurechtkommen. Das ist unabhängig von ihrer Herkunft. Wo das der Fall ist, müssen wir uns darum kümmern, und zwar ganzheitlich für alle Menschen in unserer Republik, egal woher sie kommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Selbstverständlich gibt es noch spezielle Themen, die nur Migrantinnen und Migranten betreffen. Fragen des Wahlrechts beispielsweise, Fragen des Aufenthaltsrechts usw. Diese Fragen müssen besonders behandelt werden. Aber wir haben immer den Ansatz gehabt, Integrationspolitik allumfassend zu sehen und nicht nur auf eine Gruppe in unserer Gesellschaft beschränkt.

Es wird in letzter Zeit aufgrund der aktuellen Debatte eine Kernthese in den Raum gestellt. Viele klatschen dabei Beifall. Die Kernthese lautet: Integration ist in Deutschland gescheitert, Multi-Kulti ist in Deutschland gescheitert. Heute hat eine Zeitung geschrieben: Von Wowereit wird es einen Satz wie „Multi-Kulti ist gescheitert“ nicht geben. Ja, liebe Genossinnen und Genossen, diesen Satz wird es von mir nicht geben. Denn Integration in Deutschland ist eben nicht gescheitert, sondern ist millionenfach erfolgreich gewesen.

(Beifall)

Über Jahrzehnte, in denen das Thema auf der Tagesordnung steht - und nicht erst jetzt, da ein Buch darüber geschrieben worden ist -, haben sich Menschen in dieser Republik darum gekümmert, dass diejenigen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen hierher gekommen sind, bei uns auch aufgenommen werden. Das bezeichnen wir als Willkommenskultur. Es ist die Bringeschuld der Menschen, die hier sind, Menschen mit offenen Armen zu empfangen und ihnen einen Weg zu ebnen in unsere Gesellschaft. Das machen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort seit Jahrzehnten und zum größten Teil erfolgreich. Das machen die Gewerkschaften in Deutschland. Das machen die Kirchen in Deutschland. Das machen die Sportvereine, die Kulturvereine, Stiftungen, Organisationen, Institutionen und sehr viele

einzelne Menschen. Das ist erfolgreich; das ist der richtige Weg, liebe Genossinnen und Genossen. Diesen Erfolg lassen wir uns nicht wegschwatzen durch populistische Parolen, die vielleicht aktuell sein mögen.

(Beifall)

Selbstverständlich kann Integration keine Einbahnstraße sein. Selbstverständlich müssen die beiden Seiten der Medaille betrachtet werden. Wir setzen uns seit vielen Jahren ein mit Integrationsprogrammen, mit Förderunterricht in den Schulen und mit anderen Programmen. Wir können uns zwar den Vorwurf gefallen lassen, dass vielleicht nicht alles richtig war. Wir können uns auch den Vorwurf gefallen lassen, dass man noch mehr tun kann. Man kann sich auch darum streiten, welches bessere Konzept sich denn eigentlich durchsetzen muss. Das machen wir intern und extern seit vielen Jahren. Wer einen Supervorschlag hat, wer uns sagen kann, wie Integration in fünf Wochen - nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt - zu machen ist, den schlagen wir für den Friedensnobelpreis vor.

Aber wir müssen selbstverständlich sehen, dass Integration insgesamt nicht einfach ist. Schauen wir uns in der Welt um, dann werden wir feststellen: Alle Menschen, die woanders hinkommen, haben am Anfang Schwierigkeiten und brauchen Hilfe und notwendige Unterstützung.

Aber ich sage auch: Es muss auch etwas eingefordert werden. Auch das ist keine neue Erkenntnis. Selbstverständlich muss man sich auch integrieren lassen wollen. Auch das ist ein Beitrag, der aktiv geleistet werden kann und soll. Das bedeutet doch auch, die Menschen bei einem Urgefühl abzuholen, das doch ein jeder hat. Viele Deutsche sagen: wir wollen aufsteigen. Dieser Aufstiegs-wille ist doch auch bei Migrantinnen und Migranten zum größten Teil die Motivation für die Auswanderung. Sie gehen doch nicht aus ihren Ländern weg, weil sie sich dort nicht wohl fühlen oder weil sie ihr Land nicht schön finden. Sie gehen weg aus materiellen Gründen, sie gehen weg, weil sie politisch verfolgt werden. Sie wollen eine bessere Zukunft für ihre Kinder haben. Dies motiviert viele Menschen, die hierher kommen. Deshalb gibt es in bestimmten Gruppierungen von Migrantinnen und Migranten einen ganz hohen Anteil von Bildungserfolgen, höhere Abiturquoten und Studienquoten als bei den Deutschen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu: Es gibt diesen Aufstiegs-willen.

Wo der Aufstiegs-wille nicht vorhanden ist, müssen wir sehen, wie wir ihn befördern können. Oftmals ist der Wille da, aber nicht die Möglichkeiten. Wenn Menschen in Armut leben, wenn Sozialhilfe den Alltag prägt, wenn Armut in der Familie vorhanden ist, dann wird man nicht allzu große Bildungschancen haben. Das ist bei Deutschen genauso wie bei Migrantinnen und Migranten der Fall. Da müssen wir helfen.

Selbstverständlich gibt es auch Menschen, die unser System ausnutzen wollen. Das gibt es bei den Deutschen genauso wie bei den anderen. Wer unser System ausnutzen will, der muss sanktioniert werden. Auch das ist überhaupt kein Streitpunkt in unserer Partei oder in der Öffentlichkeit. Wer unser Sozialsystem missbrauchen will - egal woher er kommt -, der muss

entsprechend behandelt werden. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden mit den Gesetzen und mit den Maßnahmen, die schon heute vorhanden und möglich sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Selbstverständlich müssen wir aufklärerisch wirken. Im Übrigen: Missbrauch hat es nicht nur beim Islam gegeben, sondern das gibt es in fast allen Religionen auf dieser Welt. Bis auf vielleicht wenige Ausnahmen hat es immer Missbrauch gegeben im Namen von Religion. Wenn wir uns einmal unsere christliche Geschichte anschauen und sehen, was da alles passiert ist, dann brauchen wir nicht mit dem Finger auf andere Religionen zu zeigen. Dort, wo die Religion missbraucht wird, da muss man herangehen und da muss man aufklärerisch wirken. Da muss man notfalls eben auch mit der entsprechenden Härte des Gesetzes vorgehen.

Zustände wie Ehrenmord, Zwangsverheiratung, Frauenfeindlichkeit, Homophobie oder Hasspredigten müssen in den Herkunftsländern verhindert werden, und sie müssen erst recht in Deutschland verhindert werden, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür gibt es überhaupt keinen Raum in unserer Gesellschaft. Auch da gilt das Grundgesetz.

(Beifall)

Das ist alles, glaube ich, konsensfähig in unserer Partei. Aber wir müssen aufpassen, dass sich nicht etwas umdreht in unserer Gesellschaft. Bislang galt immer, dass führende Persönlichkeiten aus der Politik, aus der Wirtschaft oder aus dem gesellschaftlichen Leben political correct sein sollten. Daran haben wir lange gearbeitet. Ich möchte auch nicht eine Republik haben, in der führende Repräsentanten dieser Republik allein ihrem Bauchgefühl nach schlimmster Stammtischmanier folgen wollen, sondern ich möchte, dass es eine Verantwortung gibt in dieser Republik. Diese Verantwortung bedeutet, dass man Menschen nicht pauschal ausgrenzt, verfolgt und diskriminiert, sondern dass man differenziert und Probleme löst und nicht immer nur anprangert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir alle fordern Menschen auf, aufzustehen, und zwar schon im Kleinen, wo Diskriminierung passiert, wo ausgegrenzt wird. Da erwarten wir, dass eine Schulgemeinschaft parat steht, wenn dort Menschen ausgegrenzt werden. Wir erwarten, dass man, wenn jemand in der Öffentlichkeit verfolgt wird, in der U-Bahn aufsteht und das nicht zulässt. Wir erwarten, dass wir, wenn Neonazis irgendwo demonstrieren und Ausländerfeindlichkeit predigen, Mahnwachen machen oder dass auch - legal oder illegal - Sitzblockaden dort veranstaltet werden. Dazu ruft die Sozialdemokratie auf, liebe Genossinnen und Genossen. Ja, das ist political korrekt, und es soll auch weiter political korrekt bleiben.

(Beifall)

Es kann nicht umgekehrt sein, dass jetzt auf einmal diejenigen, die meinen, des Volkes Sprache zu führen und endlich einmal die Wahrheit zu sagen, auch noch hofiert werden, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Umdrehung darf nicht zugelassen werden. Warum darf sie nicht zugelassen werden? Aus einem ganz einfachen Grund. Es gibt so eine Neigung in einer Bevölkerung, dass immer irgendwo Ausländerhass oder eine Diskriminierung von Minderheiten vorhanden ist. Davor ist keine Gesellschaft gefeit. Auch Sozialdemokraten sind nicht ganz frei davon. Auch sie sind nur normale Menschen. Dies kann immer wieder passieren. Aber wir dürfen dies nicht zulassen. Wir brauchen ein Klima in unserer Gesellschaft, in dem das überhaupt nicht entstehen kann.

Es ist gefährlich, wenn Menschen mit einer gesellschaftlichen Reputation sich da zum Vorreiter machen, weil sich die anderen dann ermutigt fühlen, es ebenso zu tun. Das haben wir in Berichten ja schon gehört. Ich weiß nicht, ob sie repräsentativ sind. Ich hoffe, nicht. Ich hoffe nicht, dass da eine Bewegung entsteht. Aber es werden zunehmend Menschen in der U-Bahn oder in der S-Bahn oder auf der Straße mit ausländerfeindlichen Parolen angesprochen, weil man sich das ja jetzt trauen kann. Wenn das schon ein Banker sagen kann, warum kann ich das nicht sagen, liebe Genossinnen und Genossen? Das ist das Gefährliche an dieser öffentlichen Debatte. Solche Zustände wollen wir in unserer Republik nicht haben.

(Beifall)

Die Sozialdemokratie arbeitet daran, Konzepte zu entwickeln, Hilfestellung für diejenigen zu geben, die vor Ort die Kärnerarbeit machen. Ich wundere mich immer wieder, wie toll es läuft, wenn es irgendein singuläres Ereignis gibt, sei es Rütli-Schule oder sonst was. Vor laufenden Kameras wissen alle, was 30 Jahre lang schief gelaufen ist, und vor allem, was sich sofort morgen ändern muss. Liebe Genossinnen und Genossen, glaubt nicht diesen simplen Parolen. Integration ist eine Kärnerarbeit. Integration muss jeden Tag gelebt werden. Gott sei dank machen das viele Menschen in unserer Republik. Ohne ihre Hilfe wären wir nicht so weit gekommen. Darauf können wir alle miteinander stolz sein.

(Beifall)

Wir haben das Thema auch nicht neu entdeckt. Wir haben bei den wichtigen Themen der Zukunftswerkstätten das Thema Integration in den Mittelpunkt auch unserer Arbeit gestellt. Ich hätte mich gefreut, wenn bei den Veranstaltungen, die wir zum Thema Integration gemacht haben, eine derartige Medienberichterstattung da gewesen wäre. Das wäre wunderbar gewesen. Wie gesagt, kontroverse Debatten über den besten Weg kann man führen. Ich würde mich freuen, wenn diese wunderbare breite Medienberichterstattung, wie wir sie die letzten Wochen hatten, auch die nächsten Jahre noch anhält. Jeden Tag drei Seiten in den Zeitungen zum Thema Integration, bessere Konzepte zum Thema Integration, das wäre eine wunderbare Sache. Ich glaube, wir würden vorankommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Realität wird allerdings anders aussehen. Der Umfang der Berichterstattung wird absinken, und wenn dann ein Ereignis kommt, wird das wieder alles unter demselben Thema laufen.

Wir gehen einen anderen Weg. Deshalb ist die Resolution, die hier heute vorgelegt worden ist, nicht das Ende einer sozialdemokratischen Debatte über die besseren Wege zur Integrationspolitik, sondern es ist ein Zwischenschritt. Es ist auch nicht das Papier der Zukunftswerkstatt, sondern es ist ein gemeinsames Papier. Es muss selbstverständlich auch die Bandbreite der Partei abdecken. Wir müssen es auch ernst nehmen, dass diese fürchterlichen Parolen eine solche Wirkungskraft haben. Das müssen wir ernst nehmen. Das können wir nicht einfach wegdrücken, sondern darauf müssen wir Antworten finden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Antworten können nicht sein, dass wir selber diese Parolen übernehmen.

(Beifall)

Die Antworten müssen sein, dass wir denjenigen, die ausgrenzen wollen, die Stirn bieten. Das ist die Aufgabe, auch die historische Aufgabe für die Sozialdemokratie.

(Beifall)

Dieser Aufgabe fühlen wir uns verpflichtet. Wir werden in den verbleibenden Monaten bis zum Parteitag im nächsten Jahr weitere Konzepte erarbeiten. Ich fordere alle auf, daran teilzunehmen, auch die Ortsvereine, die Gliederungen der Partei. Es ist alles im Internet und in den Dokumentationen nachlesbar. Wir werden vor Ort gehen.

Ich bedanke mich bei Kenan Kolat und den anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der Zukunftswerkstatt, sowohl den internen als auch den externen, die gemeinsam daran arbeiten. Wir werden dann auf dem nächsten Parteitag ein geschlossenes Konzept vortragen, das weitergehend ist als diese Resolution. Insofern: Nehmt diese Resolution auch als ein Zwischenarbeitsergebnis einer gemeinsamen Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen dafür Sorge tragen, dass in dieser Bundesrepublik Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes ein liberales Klima herrscht, wo keiner Angst haben muss, nur weil er eine andere Hautfarbe, eine andere Religion oder eine andere Lebensweise hat, sondern hier muss Sicherheit für jemanden, der hier herkommt, da sein. Wir sind auf Zuwanderung angewiesen. Wir werden den Konkurrenzkampf nur gewinnen, wenn wir als Gesellschaft diese Liberalität garantieren. Alle, die in dieser Republik leben, müssen jeden Tag Integration leben. Das ist eine Frage der Haltung und der inneren Einstellung. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine eindeutige Haltung. Lassen Sie uns das jeden Tag beweisen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich bitte um Zustimmung für die Resolution.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Danke schön, lieber Klaus. Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt noch acht Wortmeldungen vor. Wir sind zeitlich etwas aus dem Ruder. Insofern wäre es sehr schön, wenn der eine oder andere sich jetzt überlegt, dass sich seine Wortmeldung erübrigt. Nichtsdestotrotz rufe ich jetzt den ersten Redner auf: Rüdiger Veit aus Hessen-Süd und Bundestagsabgeordneter.

Rüdiger Veit, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach den Beiträgen zum Thema sowohl von Sigmar als auch eben von Klaus kann ich mich auf einen Aspekt beschränken. Ich will zu Euch nämlich aus der Sicht der Bundestagsfraktion über die wirklichen Integrationsverweigerer sprechen. Die sitzen weder hier im Saal noch leben die, die ich meine, in Kreuzberg. Vielmehr gehen die meisten von ihnen in der CDU-Parteizentrale ein und aus.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, schließlich waren es die CDU-Kolleginnen und -Kollegen im Bundestag und andere Politiker von ihnen, die uns bei Integrationsdebatten haben verkaufen wollen, Integration sei - ich setze noch einmal deutlich hinzu - Assimilation an eine bestimmte Leitkultur. Dem haben wir unser Verständnis entgegengesetzt. Unser Verständnis ist das, was wir von allen hier in Deutschland lebenden Menschen erwarten, mögen sie nun Deutsche sein, einen Migrationshintergrund haben oder Ausländer sein. Von ihnen erwarten wir die Beachtung unserer Verfassung und der in Deutschland bestehenden Gesetze. Dazu gehört im besonderen Fall von ausländischen Mitbürgern auch - das will ich hier der Vollständigkeit halber gerne noch einmal sagen -, dass wir von demjenigen, der nur deswegen keine Arbeit finden kann, weil er Sprachbarrieren hat, eben auch verpflichtend erwarten können, dass er Deutsch- und Integrationskurse besucht. Aber dann ist das im Grunde genommen auch im Wesentlichen und im Kern gewesen, was wir erwarten, was notwendig ist, was Mindestvoraussetzung ist.

Wenn ich davon spreche, dass die Integrationsverweigerer in Wahrheit bei der CDU sitzen, dann ich will das an den Bestrebungen auch der Bundestagsfraktion seit 1998 deutlich machen, zu einem freundlichen Klima in der Gesetzgebung - beim Staatsbürgerschaftsrecht, beim Aufenthaltsrecht - zu kommen.

Ich erinnere daran: 1998, 1999 konnten wir nach einer, wie ich finde, dreckigen Unterschriftenkampagne von Roland Koch das Staatsbürgerschaftsrecht, diesen Paradigmenwechsel überhaupt nur durchsetzen, weil wir Konzessionen im Hinblick auf das Verbot von Mehrfachstaatigkeit gemacht haben, auch im Hinblick auf die Situation mit der Optionslösung. Das ist sicherlich keine glückliche Lösung. Aber gleichwohl haben wir den Paradigmenwechsel angestoßen. Wir haben dann beim Zuwanderungsgesetz - Sigmar hat damals eine hervorragende Rede im Bundesrat gehalten - auch wiederum Konzessionen machen müssen. Wir konnten leider die Duldung nicht streichen. Deswegen kämpfen wir heute immer noch mit dem Phänomen der Kettenduldung. Duldung heißt aber: keine

Perspektive in Deutschland. Wenn ich die jemandem nicht biete, kann ich auch nicht erwarten, dass er sich in der Schule oder andernorts besonders anstrengt.

Wir mussten auch die Integrationskurse gegen den Widerstand der Union durchsetzen, indem wir dann beispielsweise gesagt haben, um Streit aus dem Wege zu gehen, um es im Bundesrat - den wir ja bei dieser Gesetzgebungsmaterie überall brauchen - zustimmungsfähig zu machen: Der Bund allein übernimmt die Kosten.

Sie treten weiter auf die Bremse, sie blockieren weiter. Das ist beim Kommunalwahlrecht so. Das ist aber auch jetzt so, indem die Finanzierung der Integrationskurse gar nicht mehr ausreichend ist. 20 000 werden nicht teilnehmen können. Das ist auch bei einer Reihe weiterer Themen so; ich nenne nur den Widerstand gegen die Finanzierung frühkindlicher Bildung oder die Streichung der Mittel für die „Soziale Stadt“. Überall, liebe Genossinnen und Genossen, saß, sitzt und wird auch in Zukunft die CDU auf der Bremse sitzen. Sie blockiert uns, zwingt uns zu Kompromissen, wenn wir dieses Thema angehen. Das ist die Wahrheit. Wir sind bereits seit Langem unterwegs. Wir lassen uns unsere Erfolge nicht wegreden, unser Bemühen schon gar nicht. Aber wir müssen klar machen, dass es nicht ausreichend ist, nur an eine bestimmte Stelle in einer Regierung eine Person mit Migrationshintergrund zu setzen. Das ist Symbolpolitik. In der Sache sind Veränderungen die Voraussetzung: im Aufenthaltsrecht und wenn es darum geht, Geld etwa zur Durchführung der erforderlichen Integrationskurse in die Hand zu nehmen.

Das jedenfalls muss weiterhin unsere Stoßrichtung sein. Alles andere von der anderen Seite sind Heuchelei und Krokodilstränen ausgerechnet von denen, die am meisten die Integration behindert haben. - Danke.

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Der Nächste ist Serdar Yüksel, Landtagsabgeordneter aus NRW. Danach folgt Thilo Scholle von den Jusos.

Serdar Yüksel, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Als ich 1989 mit 15 Jahren in die SPD eingetreten bin, bin ich in einer schwierigen Zeit auch sozialisiert worden, was das Thema Integration anbelangt. Ich darf uns alle an den Anfang der 90er-Jahre erinnern. Als ich 15, 16 Jahre alt war, hatten wir eine Stimmung im Lande - Hans-Jochen Vogel wird sich an die Probleme erinnern, beginnend mit dem Asylkompromiss; Hans-Jochen, da warst du noch Fraktionsvorsitzender -, die dann zum Teil in ganz schlimmen Gewaltexzessen geendet hat. Ich nenne die Stichworte Mölln, Solingen, Hoyerswerda und viele andere Orte. Da hatten wir in Deutschland eine Atmosphäre, dass sich Menschen ermächtigt gefühlt haben, mit Brandanschlägen und Molotow-Cocktails anders denkende, anders aussehende anzugreifen und zu töten. Durch dieses rechtsradikale Milieu sind seit Anfang der 90er-Jahre - diese Dokumentation der *Frankfurter Rundschau* wird auch gar nicht angezweifelt - 140 Menschen umgekommen. Wir sollten bei allen Diskussionen, die wir führen, nie vergessen, dass jeder und jede und gerade diejenigen in der Gesellschaft und in

der Politik auch Verantwortung für die Atmosphäre tragen, in der wir hier in Deutschland leben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es gehört übrigens nicht viel Mut dazu, andere Menschen zu beschimpfen. Es gehört aber auch keine Träumerei oder Multikulti-Denken dazu, wenn man auf der anderen Seite mutig genug ist, die Probleme zu beschreiben.

Ich höre gerade immer den „Migrationshintergrund“. Mein Hintergrund hier sieht genau so blau aus wie der jedes anderen. Wie reden bei den nicht gelungenen Integrationsbeispielen inzwischen von der dritten Generation! Ich bin das Kind der zweiten Generation. Mein Vater ist 1964 nach Deutschland gekommen. Meine Mutter ist seit 1968 hier. Meine Schwester hat inzwischen einen erwachsenen Sohn, der 20 Jahre alt ist, d. h. der hier geboren ist. Die Probleme, die wir im Bereich Integration haben, haben wir doch nicht mit denjenigen, die vor 30 oder 40 Jahren hierher gekommen sind, sondern die haben wir doch mit denjenigen, die hier geboren sind und schon Eltern haben, die in Deutschland geboren worden sind. Deshalb dürfen wir, liebe Genossinnen und Genossen, die Begrifflichkeiten nicht durcheinander bringen. Wir reden immer von „Herkunftsland“ und „Herkunftssprache“. Wo kommen die denn her? - Die sind doch hier geboren! Es sind unsere Kinder, es sind deutsche Kinder! Deshalb tragen wir auch Verantwortung für sie!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir wollen - wie es gerade gesagt worden ist - dabei nicht in Träumereien verfallen. Aber eines muss auch klar sein: Wir in der deutschen Sozialdemokratie stehen für Grundwerte. Wir haben ein ethisch-moralisches Fundament, eine Corporate Identity, das uns zu Sozialdemokraten macht. Wir haben ein historisches Bewusstsein, ich glaube so etwas wie Verfassungspatriotismus, was das Zusammenleben der Menschen hier in Deutschland auch über die Verfassung organisiert. Da muss auch jedem Zugewanderten klar sein, dass das die Grundlage für das friedliche Zusammenleben hier in Deutschland ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn jemand die Scharia für wichtiger als die deutsche Verfassung erachtet, dann wir müssen dem sagen, dass er sich außerhalb dieser moralisch-ethischen Grundwerte stellt, die gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten teilen.

(Beifall)

Das muss man auch aussprechen. Das spricht auch jeder aus. Da gibt es gar keine Denkverbote. Dafür muss man nicht einmal ein Buch schreiben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme zum Schluss. Ich glaube, wir brauchen, was die Integrationsdebatte anbelangt, endlich die Kraft, die Dinge umzusetzen, die wir brauchen. Die Integrationsfrage ist eine zutiefst soziale und zutiefst bildungspolitische Frage. Ich glaube, wir dürfen in der Zukunft nicht viel zu viel Kraft darauf verwenden, die Probleme zu beschreiben, sondern wir müssen es endlich anpacken, dass wir eine andere Bildungspolitik bekommen wie in Nordrhein-Westfalen, wo wir es angepackt haben und wo wir einen anderen gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren. Dann kann man sogar - darauf bin ich auch stolz; da bin ich auch stolz auf die SPD - auch Landtagsabgeordneter der SPD werden - auch mit „Migrationshintergrund“. - Danke sehr.

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Serdar Yüksel. - Es folgt Thilo Scholle. Anschließend folgt Apostolos Tsalastras aus dem NRW-Landesvorstand.

Thilo Scholle, Jusos:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich möchte es auch relativ kurz machen. Wir haben im Bundesvorstand einen Änderungsantrag eingebracht, der auch als Initiativantrag 7 vorliegt. Darin geht es um drei Punkte.

Es ist gerade sehr viel davon geredet worden, dass es in der Debatte auch um Respekt und um Anerkennung geht, dass es um Chancengleichheit geht, dass es um Teilhabe geht. Ich glaube, wir müssen sehr aufpassen, welches Signal wir mit welchen Formulierungen geben und wie wir es hinkriegen, sowohl eine Debatte darüber zu führen, wie man Anerkennung, Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten herstellen kann, wie man aber auch mit Sorgen und Ängsten der Mehrheitsbevölkerung umgehen kann. Ich glaube, in diesem Antrag sind nach wie vor Passagen enthalten, die sehr problematisch sind. Ich möchte das noch einmal aufzeigen.

Zum einen geht es für uns darum, dass in der ganzen Diskussion oft vergessen wird - Serdar hat gerade die Geschichte seiner Eltern angesprochen -, auch einmal Respekt für die erste Generation auszudrücken, für diejenigen, die hierher gekommen sind und nicht nur Kinder, die kein Deutsch können, erzogen haben, sondern die verdammt viel für dieses Land, für diese Gesellschaft geleistet haben, und dies zu respektieren und anzuerkennen.

(Beifall)

Es gibt noch einen zweiten Punkt, den ich sehr wichtig finde: Wir tun in der Integrationsdebatte manchmal so, als gebe es eigentlich eine sehr große Gruppe derjenigen, die keinen Hauptschulabschluss schaffen, die keine Berufsausbildung machen etc. Die gibt es. Dann tun wir manchmal so, als gebe es ein paar, die man auch als leuchtende Gegenbeispiele vorführen kann, die gilt es dann zu fördern und zu unterstützen. Ich glaube, es gibt viele

Gegenbeispiele. Ich glaube, die Gegenbeispiele sind die Realität und nicht umgekehrt. Deswegen geht es auch darum, einmal davon wegzukommen, Integration immer mit einer Defizitperspektive und mit einem Defizitblick zu diskutieren. Deswegen möchten wir gerne auch streichen, dass in diesem Antrag Integration in irgendeinen Kontext mit Schulschwänzerei, Kriminalität und sonstigen Dingen diskutiert wird.

(Beifall)

Es ist mehrfach angesprochen worden: Der Rechtsstaat in diesem Land gilt für alle. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn man es permanent immer wieder formuliert, ist es gerade für die Gruppe derjenigen, die hier studiert haben, die hier eine Ausbildung gemacht haben, die erfolgreich sind, eine permanente Zurücksetzung. Die möchten wir nicht. Deshalb haben wir an zwei Stellen eine Streichung vorgeschlagen. Ich möchte euch bitten, diese Streichung zu unterstützen. Ansonsten, glaube ich, sind wir mit dem Antrag auf einem guten Weg. - Vielen Dank.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Der Nächste ist Apostolos Tsalastras, anschließend Stella Kirgiane-Efremidis.

Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte einmal den Parteivorsitzenden zitieren, der in seiner Rede sehr viel Richtiges gesagt und einen Leitsatz formuliert hat, der eigentlich selbstverständlich sein müsste, aber der uns öfters ein bisschen abhanden kommt, nämlich dass sich die SPD an der Wirklichkeit orientieren soll.

Fürwahr, das sollten wir tun, liebe Genossinnen und Genossen. Die Wirklichkeit ist: Deutschland ist bunt. Es ist ein Land voller Vielfalt, und das ist auch gut so.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Podiumsdiskussion heute Morgen hat sehr eindeutig gezeigt - dafür meinen herzlichen Dank; sie war sehr notwendig -, wie man mit dem Thema umgehen kann: Man muss nämlich darstellen, was in diesem Land alles möglich und was auch nötig ist. Es gibt mittlerweile ganz viele Studien – wir brauchen keine neuen -, die gezeigt haben, dass in unserem Land die Migrantenumilieus genauso vielfältig sind wie die der biodeutschen oder der Aufnahmegesellschaft, wie es von den Grünen genannt wird: Es gibt Uni-Professoren, Arbeiter, Unternehmer, Filmemacher, Künstler, Schauspieler, auch Gemüsehändler - natürlich, warum auch nicht, das ist ein ganz ehrbarer und fantastischer Beruf. Wenn es die Gemüsehändler in Berlin nicht gäbe, dann wüsste ich nicht, wo man abends noch einkaufen gehen kann.

(Beifall)

Aber es gibt auch Arbeitslose und Journalisten und Medienmacher - leider viel zu wenig. Wenn es mehr Journalistinnen und Journalisten mit Migrationshintergrund gäbe, dann hätten wir eine andere Form der Medienberichterstattung – das muss ich hier auch einmal an die Adresse derjenigen sagen, die Thilo Sarrazin in den Medien rauf- und runterreiten mit seinen schrecklichen Thesen -

(Beifall)

und andere Sendungen als die, die wir im Fernsehen leider immer wieder ertragen müssen.

(Beifall)

Die Vielfalt macht auch deutlich, dass wir die Diskussion überwinden müssen, die wir im Augenblick führen – und da ist die Resolution sehr gut, weil die das nicht macht. Wir diskutieren im Augenblick nämlich nur darüber, wie integrationsfähig Muslime sind und ob Christen integrationsfähiger sind. Die Reduzierung von der Integrationsfrage auf eine religiöse Frage ist wirklich fatal und diskriminiert den Großteil derjenigen, die in unserem Land - der Parteivorsitzende hat darauf hingewiesen - hart arbeiten und sich an die Regeln halten. Das ist so. Fast alle Migrantinnen und Migranten machen das, genauso wie fast alle Deutschen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen aber auch diejenigen berücksichtigen, die nicht hart arbeiten können, die Schwierigkeiten haben, die in einer schwierigen sozialen Situation sind oder in schwierigen Stadtteilen leben. Dabei ist es völlig egal, ob es sich um Deutsche handelt oder um Menschen mit Migrationshintergrund. Woher sie auch kommen, wir müssen ihren Aufstieg organisieren. Wir als Sozialdemokraten haben uns aufgestellt, um sie aus der sozialen Not zu befreien und ihren Aufstieg zu organisieren. Dabei ist es völlig egal, woher sie kommen oder woher ihre Eltern oder Großeltern gekommen sind. Sprache, Bildung, Arbeit, Zukunftsperspektive – das brauchen wir an dieser Stelle. Aber wir brauchen auch etwas anderes, was wichtig ist, was die Grundvoraussetzung ist. Wenn Integration gelingen soll, dann brauchen wir auch - und das hat Thilo eben schön gesagt – die Anerkennung der Lebensleistung all derjenigen, die hier leben. Liebe Genossinnen und Genossen, das wird immer wieder vergessen.

(Beifall)

Meine Eltern sind 1963 nach Deutschland gekommen. Mein Vater war drei Jahre in der Schule und meine Mutter sechs Jahre. Sie konnten weder Deutsch lesen noch Deutsch schreiben. Sie haben es geschafft, sich hier eine Existenz aufzubauen und Kinder großzuziehen. Das ist eine Lebensleistung, die überhaupt nicht diskutiert wird, liebe Genossinnen und Genossen. Das gilt es, aufzugreifen.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss und will kurz auf die Resolution eingehen. Sie ist ein wirklich guter Anfang, um in die Diskussion einzusteigen. Sie zeigt aber auch, wie wichtig die

Zukunftswerkstatt ist. Denn wir führen die Diskussion immer noch in dem Geist des „Wir und die anderen“ - „wir“ als Aufnahmegesellschaft und „ihr“ als die Menschen mit Migrationshintergrund. Ich glaube, das müssen wir überwinden. Deswegen ist die Zukunftswerkstatt sehr wichtig. Und ich möchte euch zurufen im Geiste dessen, was gestern gefeiert worden ist: Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind *ein* Volk. Das ist auch gut so. Deshalb möchte ich zum Abschluss das aufgreifen, was Olaf Scholz heute in der Diskussion gesagt hat. Ich möchte mich bei euch verabschieden mit: Liebe Landsleute, ich wünsche euch noch eine schöne Diskussion!

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank Apostolos. – Jetzt kommt Stella Kirgiane-Efremidis und anschließend Hidir Karademir aus Hessen Süd.

Stella Kirgiane-Efremidis, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich werde heute das erste und das letzte Mal zum Thema Sarrazin öffentlich etwas sagen. Danach ist das Thema für mich gestorben. Ich fange ganz einfach an: Integration ist ganz urplötzlich, aus heiterem Himmel ein Thema, das viele selbsternannte Spezialisten bundesweit aus ihren Löchern gelockt hat. Dieser Herr Sarrazin sagt uns, was wir Migranten alles nicht können und, falls man zufällig auch noch ein muslimischer Migrant in Deutschland ist, wahrscheinlich auch nicht wollen. Herr Sarrazin und die „Bild“-Zeitung und viele andere Zeitschriften tun gerade so, als ob wir Migratinnen und Migranten in den letzten Jahren in diesem Land nichts geleistet hätten und als ob die Parteien, allen voran die SPD, das Thema Migration verschlafen hätten. Dass dem nicht so ist, liebe Genossinnen und Genossen, zeigt nicht nur unser neu gegründeter Arbeitskreis Integration und Migration, sondern zeigen vor allem auch die vielen Ortsvereine bundesweit, die ihre AGs haben, die sich mit diesem Thema ganz intensiv befassen.

Außerdem: Wer hat denn die große Integrationsdebatte in der rot-grünen Koalition vorangetrieben und dadurch sogar die Mehrheit im Bundesrat verloren? Wir, die Sozialdemokraten waren es. Aber es ist so: Die meisten Menschen wollen einfach nicht wissen, wie man etwas verbessern kann, vor allem dann nicht, wenn es Geld kostet. Nein, die meisten wollen eigentlich nur wissen, wer Schuld an allem ist. Bewiesen ist es sowieso: Schuld ist immer das schwächste Glied in der Kette. Und dieses Mal ist ja auch wieder jemand gefunden worden. Aber in der Integrationsfrage, liebe Genossinnen und Genossen, geht es nicht darum, wer schuldig und wer unschuldig ist, sondern in der Integrationsfrage geht es darum, sachlich zu hinterfragen, was wir gemacht haben, was wir noch machen können, was wir von unseren Migrantinnen und Migranten vielleicht nicht verlangt haben, und, wenn nicht, wieso nicht, und wie wir das jetzt ändern können.

In der Integrationsfrage geht es nicht darum, Statistiken für seine eigene kranke Sichtweise zu missbrauchen, sondern darum, sie objektiv dazu zu nutzen, etwas zu verbessern. Man kann

wohl die pauschale Behauptung aufstellen, dass Integration von Einwanderern in Deutschland gescheitert sei, und diese These mit selektiven Aussagen und Statistiken belegen. Natürlich kann man auch die Meinung von Herrn Sarrazin teilen, dass bestimmte Religionsgruppen aufgrund ihrer Kultur oder ihrer Erbanlagen dümmere seien. In den USA, wo es unheimlich viele muslimische Akademiker gibt, haben einige Forscher vor einigen Jahren auch behauptet, dass Schwarze aufgrund ihrer Gene dümmere seien als Weiße, weil diese insgesamt niedrigere Schulabschlüsse aufweisen.

Wir sehen also: Jedes Land hat seine Sündenböcke. Ebenso kann man die Behauptung aufstellen, dass Deutschland ausländerfeindlich ist und ein Problem mit anderen Religionen hat. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, alle diese Aussagen sind in ihrer Verallgemeinerung falsch. Sie werden auch nicht richtiger, wenn die Zeitungen sie tagtäglich verbreiten und viele Menschen sie teilen. Deshalb geht es in der Integrationsfrage jetzt darum, Antworten zu finden und sie auch niederzuschreiben. Wir finden, dass der heute vorliegende Antrag eine sehr gute Basis ist. Wir möchten, dass wir uns diese Basis gemeinsam vornehmen und beim nächsten Parteitag eine wirklich gute Grundlage für gute Integrationsarbeit vorzeigen. Aus diesem Grund stimmen wir für den Änderungsantrag und bitten auch euch, ihm zuzustimmen. Denn noch gibt es tatsächlich ein paar Schwachstellen im Antrag. Ich werde auf jeden Fall weiter mitarbeiten, nicht nur, weil ich Migrantin bin, sondern vor allem, weil ich Sozialdemokratin bin.

(Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stella. - Der Nächste ist Hidir Karademir aus Hessen-Süd. Zum Schluss kommt Ralf Stegner. Anschließend hören wir den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission und kommen dann zur Abstimmung über die beiden Resolutionen.

Hidir Karademir, Hessen-Süd:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, ich fange einmal mit dem an, was Klaus Wowereit gesagt hat: Integration in der Bundesrepublik ist nicht gescheitert. Das unterstreiche ich dick. Es ist zwar richtig, dass wir Probleme haben, aber wenn man Probleme hat – und wir wissen, dass wir Probleme haben -, dann muss man erst einmal genau schauen, was die Ursachen dieser Probleme sind. Wir haben die Ursachen wirklich sehr früh ausgemacht. Denken Sie bitte an das Memorandum von 1979 von Heinz Kühn, dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, ein Sozialdemokrat.

Wenn Sie dieses Kühn-Memorandum aufschlagen, werden Sie genau das entdecken, was heute für die Kindergärten gefordert wird, nämlich eine frühkindliche Erziehung und Sprachförderung. Schulen müssen sich auf die multikulturelle Gesellschaft, auf bildungsferne Familien ausrichten. Auch im beruflichen Bereich muss einiges geschehen. Mehrere Maßnahmen gründeten sich auf dieses Kühn-Memorandum. Es gab Ausländersonderprogramme. Was haben wir Anfang der 90er-Jahre gemacht? Wir haben die

Ausländersonderprogramme abgeschafft. Wir hatten bundesweite Ausbildungsbeihilfen für junge Menschen, die eine Ausbildung begonnen haben, aber sprachlich und wissenschaftlich nicht in der Lage waren, den Anforderungen gerecht zu werden. Das war also eine Unterstützung in der Lehre. Diese bundesweiten Ausbildungsbeihilfen haben wir gestrichen. Alle diese Maßnahmen haben wir also rechtzeitig ergriffen. Im Kühn-Memorandum stand drin: Die Schule muss sich auf die Besonderheiten der heutigen Schüler orientieren. Aber haben wir rechtzeitig die Ganztagschulen auf den Weg gebracht, sodass die Kinder dort bedarfsgerecht unterrichtet werden?

Wir haben sehr viele Probleme rechtzeitig definiert. In Hessen hatten wir einen wunderbaren Ministerpräsident - er hieß Holger Börner -, der einen wegweisenden Satz gesagt hat: Die Schule muss die nicht vorhandene Bibliothek des Vaters ersetzen. Haben wir die Familien, die bildungsfern sind, überhaupt ausreichend unterstützt? In 2001 oder 2002 gab es diese Süßmuth-Kommission, in der auch unser Genosse Vogel mitgearbeitet hat. Herr Genosse Vogel, du hast die Probleme schon früh beschrieben. Aber haben wir dem ausreichend Rechnung getragen?

Liebe Genossinnen und Genossen, Integration ist mehr als Sprache und Gesetzgebung, sie ist zu 60, 70 Prozent Psychologie. Wenn man mir nicht das Gefühl gibt, dass ich dazugehöre, dann kann ich dieses Dazugehörigkeitsgefühl auch nicht entwickeln und dann kann ich mich nicht dazugehörig fühlen. Leider erleben wir Menschen mit Migrationshintergrund jeden Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr entweder offene oder subtile Diskriminierung. Ich stelle euch mal eine Frage: Wann ist man in Deutschland Deutscher? Von Geburt oder nachdem man die Einbürgerungsurkunde bekommen hat?

Ich sage mal mein Beispiel: Ich bin eingebürgert. Ich bin Stadtverordneter in Rödermark. Ich bin Kreistagsabgeordneter. Bei einer Feier habe ich einem politisch denkenden Menschen gesagt: Ich bin Deutscher, und ich vertrete Sie sogar im Stadtparlament. Wissen Sie, was er mir gesagt hat? Herr Karademir, Sie sind Ausländer, Sie bleiben Ausländer.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn sich diese Denkweise nicht ändert, dann werden wir kein Dazugehörigkeitsgefühl bekommen.

(Beifall)

Nur noch zwei Sätze. Ich habe gehört, dass Klaus von Dohnanyi leider nicht hier sein kann, um das Thema Sarrazin zu vertreten. Er soll das machen, ich habe damit kein Problem. Aber ich möchte meinen Beitrag mit einem Satz von Klaus von Dohnanyi beenden. Er hat im Jahre 1982 wortwörtlich gesagt: Eine Gesellschaft und ihre Repräsentanten können im Umgang mit ihren Minderheiten zeigen, welche demokratische Reife sie erreicht haben. Wir müssen verdammt alles tun, damit wir uns kein schlechtes Zeugnis ausstellen. - Vielen Dank.

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Letzter Redner ist jetzt Ralf Stegner.

Noch eine herzliche Bitte von hier oben: Gerade im hinteren Bereich der Halle ist es sehr laut. Wenn ihr Gespräche führen wollt, geht bitte raus. Ansonsten habt bitte Respekt vor denen, die hier ihre Beiträge leisten. Vielen Dank.

(Beifall)

Ralf Stegner, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit vielen Wochen gibt es in Deutschland eine Integrationsdebatte, weil ein Sozialdemokrat ein Buch geschrieben hat. Wenn man das Buch gelesen hat - ich habe das getan; es war kein Vergügen -, dann fragt man sich, warum es diese Aufregung gibt.

Aufregung gibt es erstens, weil Thilo Sarrazin ein paar Alltagserfahrungen schildert, die in der Tat alle gemacht haben könnten. Zweitens gibt es Aufregung, weil er eine grobe Sprache verwendet, was durchaus verkaufsfördernd ist, wenn man ein Buch schreibt. Und drittens gibt es Aufregung, weil er in vielen Dingen genau das Gegenteil dessen sagt, was wir Sozialdemokraten richtig finden, nämlich dass Bildung nützt, dass man sich für Schwächere einsetzen sollte, dass man Menschen nicht nach ihrem ökonomischen Wert beurteilen darf. Wir wollen keine Gebärprämiën für Intellektuelle, sondern wollen, dass alle Menschen gleich sind. Er aber sagt das Gegenteil.

(Beifall)

Er findet die Aufmerksamkeit, weil er das Gegenteil sagt und in Klammern SPD dahinter steht.

An dieser Stelle geht es nicht darum, ob wir Meinungsvielfalt dulden. Wir Sozialdemokraten wissen aus unserer Geschichte ganz genau, dass man Menschen in diesem Deutschland, aus dem noch vor Jahrzehnten Menschen haben flüchten müssen, nicht herabsetzen darf. Wir müssen begreifen, dass diese Frage vor einem solchen Hintergrund nicht irgendeine Frage, sondern ganz wichtig ist. Sie gehört zum Kernbestandteil, wofür Sozialdemokratie eintritt.

(Beifall)

In der Theorie sind die Anforderungen an Integration ganz einfach: Erstens. Die Menschen, die schwach sind, brauchen Hilfen und Förderung - egal, wo sie herkommen. Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Und zweitens. Die Spielregeln des Grundgesetzes gelten für alle. Das gilt für die Meinungsfreiheit, das gilt für die Religionsfreiheit, das gilt für die Gleichheit von Mann und Frau, das gilt für die Pressefreiheit. Wir brauchen keine Leitkultur. Die Würde des Menschen ist unantastbar, heißt es in Art. 1 des Grundgesetzes. Das reicht für alle Menschen.

(Beifall)

Wir müssen deshalb aufpassen, dass wir jetzt in dieser harten Arbeit, die wir haben, nicht die falschen Antworten geben. Wir dürfen keine Angst haben vor der Wirklichkeit und dürfen uns auch nicht wegducken. Aber wir dürfen auch nicht den Finger in den Wind halten, nur weil man

Zustimmung findet, wenn man Ressentiments zustimmt. Das ist eine Führungs-, das ist eine Verantwortungsfrage. Diejenigen, die vor Ort hart arbeiten, die sich für Bildung einsetzen, die sich für Soziales einsetzen, tun tausendmal mehr als einer, der Kohle damit macht, dass er andere Menschen verhöhnt.

(Beifall)

Deswegen ist die Lehre für uns aus dieser Debatte, dass wir begreifen: Das hat gar nichts mit Deutsch oder nicht Deutsch zu tun, sondern mit sozialpolitischen und bildungspolitischen Herausforderungen. Daran müssen wir hart arbeiten. Toleranz ist immer etwas, wofür man werben muss. Übrigens trennt Toleranz Sprache nicht von Inhalt. Das Forum heute Morgen hat sehr gut gezeigt, dass man über schwierige Probleme mit unterschiedlicher Auffassung in einer guten Form reden kann. Wir sollten alles tun, damit das weiter gelingt. Ich finde großartig, dass diese Erfahrung in diesem Parteitag Platz hatte.

Genossinnen und Genossen, es ist eigentlich ganz einfach. Das Gegenteil von Vielfalt ist Einfalt. Hier geht es um ein einfältiges Buch. Die SPD ist nicht einfältig. Wir treten ein für Toleranz, wir treten ein für Integration, und wir arbeiten weiter. Die Debatte heute und die Resolution sind ein guter Anfang. Diesen Kern lässt sich die SPD nicht nehmen, egal, wie die Umfragen sind und was andere dazu sagen. Toleranz bleibt für uns wichtig. Wir müssen sie leben, jeden Tag und egal an welcher Stelle. - Vielen Dank.

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Ralf Stegner. Ich danke allen, die sich an dieser Debatte beteiligt haben, für ihre engagierten Beiträge.

Wir kommen jetzt zum Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich bitte Stella Kirgiane-Efremidis

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Stella Kirgiane-Efremidis, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 460 Delegierte und 40 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 212 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 42,4 Prozent. Die Quote ist also erfüllt.

Der älteste Delegierte ist mit 75 Jahren Friedhelm Becker.

(Beifall)

Er kommt aus dem Bezirk Hessen-Nord. Der jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren Merlin von Hugo. Er kommt aus dem Bezirk Hannover.

(Beifall)

Der Parteitag ist damit beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen damit zur Abstimmung über die Resolution zu den Themen Atomkraft und Integration.

Ich darf zunächst einmal den Leiter der Antragskommission bitten. – Olaf Scholz hat das Wort.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zwei Komplexe zu behandeln. Das ist zum einen die Atomkraft. Das ist relativ einfach. Es gibt einen Entwurf, der abgestimmt werden soll, und wir empfehlen die Annahme aus all den Gründen, die hier schon miteinander diskutiert worden sind. Ich will sie nicht noch einmal aufführen.

Zum Zweiten haben wir eine Resolution zum Thema Integrationspolitik, „Herkunft darf kein Schicksal sein - Ohne Angst und Träumereien gemeinsam in Deutschland leben“. Über diese ist sehr sorgfältig diskutiert worden. Schon im Vorfeld des Parteitages sind alle Möglichen in die Formulierung dieses Antrages einbezogen worden, der wichtig und gleichzeitig auch schwierig ist, weil man ja schon in dieser Debatte gesehen hat, dass es darauf ankommt, alle Aspekte so „einzufangen“ und miteinander zu formulieren, dass daraus eine konstruktive, nach vorne weisende sozialdemokratische Politik wird.

Wir haben gestern in der Antragskommission eine ganze Reihe von Änderungen eingearbeitet, die sichergestellt haben, dass der Antrag gut wird, dass alles das berücksichtigt wird, was notwendig ist, zu sagen, und dass keine Missverständnisse ausgelöst werden. Diese Fassung liegt Euch auf den Tischen vor.

Heute hat es weitere Änderungsanträge gegeben, die eben in der Debatte auch kurz vorgestellt worden sind. Wir möchten vorschlagen, von diesen weiteren Änderungsanträgen nur einen Vorschlag aufzugreifen, nämlich aus dem Initiativantrag 7 der Jusos, die gesagt haben, man müsse noch ein paar weitere Aspekte erfolgreicher Integrations- und Migrationsprozesse beschreiben. Das ist das, was wir Euch empfehlen, anzunehmen. Das wollen wir einfügen – also eine Ergänzung und keine Streichung – als weiteren Absatz in dem Antrag. Es bleibt dann also stehen, was dort bereits ist, und das kommt hinzu.

Daneben gibt es zwei weitere Vorschläge dafür, Stellen zu ersetzen, die aber eine große Bedeutung haben. Hier schlagen wir vor, sie abzulehnen. Das gilt auch für den weiteren Initiativantrag 8. Das würde die Debatte dann nicht mehr in ihrer Vollständigkeit wiedergeben.

Schon der Beitrag von Sigmar Gabriel hat genau diese Sätze, die hier zur Streichung empfohlen werden, wörtlich beinhaltet. Das kann man sinnvollerweise also nicht empfehlen. Deshalb schlagen wir vor, es so zu lassen, wie es ist, und das abzulehnen. – Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Hannelore Kraft, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf Scholz.

Hiermit kommen wir zu den Abstimmungen.

Wir stimmen zunächst über den Initiativantrag 1 ab. Es geht um den Bereich Integration. Und zwar geht es hier um den Änderungsantrag, Initiativantrag 7. Wer hier dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zum Initiativantrag 8. Auch hier lasse ich über das Votum der Antragskommission zu diesem Antrag abstimmen. Ich bitte um das Handzeichen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? - Mit großer Mehrheit in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir stimmen jetzt insgesamt über den Initiativantrag 1 – Sozialdemokratische Integrationspolitik – ab. Annahme in der Fassung der Antragskommission: Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen. Vielen Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen damit zum Initiativantrag 2 zum Thema Atom. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Es liegen keine Änderungsanträge vor. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen können, um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig. Vielen Dank dafür.

Ich übergebe hiermit an Nils Schmid.

Beratung der Anträge zur Wirtschafts - und Finanzpolitik

Nils Schmid, Tagungspräsidium.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu dem wichtigen Bereich Wirtschaft und Finanzen. Bevor Peer Steinbrück dazu einführend das Wort erhält, darf ich Olaf Scholz für die Antragskommission um eine kurze Stellungnahme bitten.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will mich an dieser Stelle auf ein paar technische Hinweise beschränken. Sigmar Gabriel hat schon viele der Themen angesprochen, die in dem Antrag eine Rolle spielen, der den schönen Titel hat: „Deutschland besser regieren - Neuer Fortschritt - Unser Projekt für ein faires Deutschland“. Außerdem wird sich Peer Steinbrück zu dem gesamten Themenkomplex und den Fragestellungen, die damit zusammenhängen, im Anschluss an mich umfassend äußern.

Ich glaube aber, dass es doch wichtig ist, ein paar Hinweise zu geben.

Zunächst einmal: Der Antrag ist in der Fassung, die Euch vorliegt, so geschrieben, dass er sich natürlich nicht nur um ein Thema dreht, das in der öffentlichen Berichterstattung allerdings eine zentrale Rolle eingenommen hat. Es geht nicht nur um Steuern, sondern es geht darum, wie man unser Land besser regieren kann und wie man dazu beitragen kann, dass jeder eine Möglichkeit bekommt, nach seinen Möglichkeiten zu leben, wie wir einen neuen Fortschritt für Deutschland definieren können und wie wir das, was wir an industriellem Potenzial haben, wie wir das, was unsere Dienstleistungsgesellschaft ermöglicht, und wie wir das, was wir im Zusammenspiel mit der ökologischen Erneuerung in der Industrie und der Wirtschaft ermöglichen können, auch durchsetzen können.

Dazu braucht es auch staatliches Handeln. Das hat zwei Schwerpunkte:

Der eine Schwerpunkt ist: Wir müssen dafür sorgen, dass die Kommunen gut ausgestattet sind und dass sie ihre Aufgaben für das Gemeinwesen erfüllen können.

Der zweite ist: Wir müssen sehr viel mehr dafür tun, dass die Bildung in unserem Lande verbessert wird. Dass jetzt jeder Politiker und jede Politikerin in der Lage ist, etwas zur Bildung zu sagen, ist schön, viel wichtiger wäre es aber, wenn es viel mehr Taten geben könnte, und dazu braucht man auch öffentliche Haushalte, mit denen man dazu in der Lage ist. Auch das spielt bei uns eine große Rolle.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben deshalb natürlich auch etwas zur Besteuerung gesagt, weil das neben einer soliden Haushaltspolitik dazugehört, damit man das Geld für die richtigen Dinge einsetzen und aufwenden kann. Da spielen Dinge wie die Finanztransaktionsteuer eine Rolle, da spielt die Vermögensteuer eine Rolle. Das wird erwähnt,

aber es wird natürlich auch gesagt, wie wir die Besteuerung in Deutschland insgesamt neu organisieren können.

Der Vorschlag, der in diesem Antrag am plakativsten umgesetzt worden ist, lautet, dass wir wollen, dass in Zukunft ein Spitzensteuersatz von 49 Prozent in Deutschland erhoben wird und dass diejenigen ihn zahlen, die als Ehepaar mehr als 200 000 Euro im Jahr oder als Alleinstehende mehr als 100 000 Euro verdienen. Es ist eine gewaltige Verbesserung der Einnahmen, die damit verbunden ist, und sie ist ausdrücklich auch gewollt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will dazu auch sagen, dass hier natürlich kein konkreter Tarifverlauf hinsichtlich der Frage beschrieben wird, wie die Steigerung auf bis zu 49 Prozent aussieht. Ich glaube nicht, dass ein Parteitag jetzt eine Tarifkurve malen und zum Beschlussgegenstand des Antragspaketes machen sollte. Richtig ist aber: Selbstverständlich geht es um Mehreinnahmen. Der Tarifverlauf kann nicht linear sein.

Es darf nicht dazu kommen, dass am Ende weniger Geld eingenommen wird während wir hier viel Geld für staatliche Aufgaben aufbringen wollen. Deshalb geht es selbstverständlich auch darum, dass die eine oder andere Milliarde, die wir zusätzlich benötigen, damit es mit den Kommunen und mit der Bildung klappt, auch aufgebracht werden kann.

Ich weiß, dass einige Sorge hatten. Diese sind aber nicht nötig; denn es geht uns in der Tat darum, Mehreinnahmen zu erzielen. Das erfolgt mit diesem Antrag, und jeder kann sich sicher sein, dass das unsere gemeinsame Ansicht ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, das findet sich auch bei den von uns aufgenommenen Änderungsvorschlägen wieder, zum Beispiel, indem genau gesagt wird, wofür wir diese zusätzlichen Einnahmen verwenden wollen. Ich bitte Euch einmal, dort hinzuschauen und vielleicht auch mitzuhelfen, dass wir den Antrag dann in dieser Weise beschließen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Sinne hoffe ich, dass wir nun eine große, aufmerksame Debatte haben und dass Peer Steinbrück deutlich macht: Die Sozialdemokraten verstehen etwas von Wirtschaft, von Weltwirtschaft, und das unterscheidet sie von denen, die jetzt regieren.– Schönen Dank.

(Beifall)

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf.

Jetzt darf ich Euch alle ein bisschen um Aufmerksamkeit bitten. Es ist schon ein bisschen spät geworden, aber ich begrüße ganz herzlich Peer Steinbrück, der uns jetzt zu diesem Thema die Einführungsrede halten wird. Herzlich willkommen, lieber Peer.

(Beifall)

Peer Steinbrück:

Liebe Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin mir nicht so sicher, ob ich wirklich noch umfassend berichten soll. Ich habe eher damit gerechnet, um 22 Uhr aufzutreten – vor einem leeren Saal. Nur noch Sigmar ist dann da, und ich würde ihn fragen, warum er noch da ist. Er antwortet: Weil ich das Schlusswort sprechen muss.

(Heiterkeit)

Ich weiß, dass Ihr bald in die Züge müsst, und deshalb lege ich die 90-minütige Rede, die ich sehr filigran vorbereitet habe, jetzt beiseite und versuche, mich auf einige wenige – fünf oder sechs – Anstriche zu konzentrieren.

(Vereinzelt Beifall)

Sigmar hat mich gebeten, mich an dieser Debatte zu beteiligen. Keiner muss nervös werden. Es ist keine Bewerbungsrede.

Ich habe auch keinen Phantomschmerz, weil ich nicht mehr Minister bin oder weil ich nicht mehr in einer führenden Funktion innerhalb der Partei bin. Schmerzfrei bin ich aber nicht, was den Zustand dieses Landes und die Qualität - oder besser gesagt - die Aufführung dieser Bundesregierung angeht.

Ich will mit der Finanzkrise beginnen. Sie hat sich ausgewachsen zu einer vierfachen Krise. Von einer Krise auf einem spezifischen Finanzmarkt - in diesem Fall amerikanische Hypotheken zweit- und drittklassiger Art - ist sie übergesprungen auf eine Wachstums- und Konjunkturkrise. Sie ist zu einer Fiskalkrise geworden, was alle von Euch mitkriegen, die kommunalpolitisch tätig sind und die wissen, dass die deutschen Kommunen dieses Jahr ein Finanzierungssaldo von ungefähr minus 15 Milliarden Euro haben. Ihr wisst, was das für die Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen und damit für die Bürgerinnen und Bürger heißt.

Aber die Krise ist an diesem Punkt nicht stehen geblieben. Sie hat inzwischen ganze Nationalstaaten angegriffen, wie Ihr bei der Euro-Krise und bei der Griechenland-Krise mitbekommen habt. Es ist in meinen Augen eine skandalöse Haltung der Bundesregierung, die mit einem national-chauvinistischen Wind gedacht hat, sie könne mit ihrem Beitrag zur Krisenbewältigung über das Datum der nordrhein-westfälischen Landtagswahl kommen.

(Beifall)

Dadurch hat sie die Reputation und auch das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland in Europa und insbesondere in den Gremien in Brüssel deutlich geschwächt.

(Beifall)

Über die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen dieser Krise will ich gar nicht lange reden, sondern darauf hinaus, dass diese Krise oder diese Ballung der Krisen auch gesellschaftliche Implikationen, gesellschaftliche Folgen hat. Viele Menschen fragen sich, wer den Taktstock in der Hand hat und wer Herr des Geschehens ist. Entfesselte Märkte

oder eine demokratisch legitimierte Politik? Das ist die erste Frage, die uns in vielen Gesprächen und auf vielen Veranstaltungen begegnet. Die zweite Frage ist: Ist die soziale Marktwirtschaft eigentlich noch in der Balance, sorgt sie für Fairness und für einen Ausgleich? Ist sie in der Lage, Exzesse und Übertreibungen zu vermeiden oder führt sie zunehmend zu Unwuchten, die sich auch in der Vermögens- und in der Einkommensverteilung der Bundesrepublik Deutschland und damit in der Zunahme von Fliehkräften bemerkbar machen? Die dritte nahe liegende Frage von vielen Menschen ist, ob sie als kleiner Steuerzahler die Dummen sind, die die Folgekosten dieser Finanzkrise zu bezahlen haben.

Es sind dreierlei Botschaften, die von der SPD vor dem Hintergrund dieser eher legitimatorischen Probleme, die aus dieser Krise resultieren, ausgehen müssen: Um auf der Augenhöhe eines entgrenzten Finanzkapitalismus, einer globalisierten Wirtschaft zu sein, wird sich auch die Politik internationalisieren müssen. Das bedeutet, dass die SPD, wie schon mehrfach heute angesprochen, mehr denn je eine gemeinsame sozialdemokratische Plattform auf der Ebene Europas innerhalb der EU und darüber hinaus suchen muss.

(Beifall)

Vor dem Hintergrund dieser Entgrenzung der Ökonomie ist die nach wie vor starke Verhaftung der Politik in einem nationalen Radius ein Nachteil im Wettlauf mit dem globalen ökonomischen Wandel. Also müssen auch wir uns entgrenzen und uns europäisch sehr viel besser aufstellen. Keiner hat ein so massives Interesse wie Deutschland als Mitgliedstaat der EU und wie die Sozialdemokratie, im Rahmen internationaler und supranationaler Organisationen, auf Augenhöhe mit diesen entgrenzten Marktverhältnissen zu kommen. Unsere Partei war immer internationalistisch gestimmt, schon wegen ihrer Entwicklungsgeschichte. Das gilt mehr denn je. Unter den Bedingungen des globalen wirtschaftlichen Wandels wird sie daran anknüpfen müssen und Einrichtungen revitalisieren, reaktivieren müssen, die uns die Möglichkeit geben, uns international gegenüber den wirtschaftlichen Prozessen durchzusetzen.

(Beifall)

Die zweite Konsequenz ist, dass wir auch Markt und Staat wieder auf Augenhöhe bringen müssen. Das heißt, wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen Regulierung. Wir müssen die Spielregeln bestimmen, nach denen Marktprozesse stattfinden. Wir müssen

nicht im Detail herumfummeln, aber wir müssen die Spielregeln - andere reden von Verkehrsregeln - vorgeben, unter denen diese Marktprozesse stattfinden. Wir müssen das umsetzen, was Karl Schiller - ich glaube, es war Anfang der 60er-Jahre - einmal richtig beschrieben hat „So viel Markt wie möglich, aber so viel Staat wie nötig“, damit es nicht zu diesen Exzessen kommt. Dies bedeutet: Wir brauchen eine Rekonstruktion der sozialen Marktwirtschaft. Das hat viel mit Balance zu tun. Das hat auch viel mit der Einkommensentwicklung zu tun.

Die dritte Konsequenz ist, dass die Folgekosten aus dieser Krise verteilt werden müssen. Deshalb lasst uns nicht mehr kompliziert und für die meisten, die uns zuhören und zuschauen, unverständlich von einer Finanzmarkttransaktionssteuer reden. Das versteht kein Mensch. Was die Menschen verstehen, ist, wenn auf jedes Finanzgeschäft eine Umsatzsteuer erhoben wird, wie sie eine auf Produkte und Dienstleistungen bezahlen. Das heißt, wir müssen dafür Sorge tragen, dass auf jedes Finanzgeschäft eine Umsatzsteuer gezahlt wird, die der Folgekostenabdeckung und der zukünftigen Prävention einer solchen Krise dient.

(Beifall)

Wenn man sich damit im Bereich der G-20-Länder – und so sieht es aus -, im Bereich der 27 EU-Mitgliedstaaten und vielleicht auch im Bereich der Länder der Euro-Zone nicht durchsetzen kann, dann muss man mit den Staaten anfangen, die dazu bereit sind. Mit dem österreichischen Bundeskanzler hatten wir heute einen Gast, der bereit ist, mit uns zusammen damit anzufangen.

(Beifall)

Ich kenne mindestens vier oder fünf andere Länder - sie werden unterschiedlich regiert -, die ebenfalls bereit wären, Zug in den Kamin für ein solches Instrument zu bringen, weil sie genau wissen, dass ihre Wahlbevölkerung genauso wie in unserem Land fragt, wer den Scheck bezahlt: Diejenigen, die es zu verantworten haben, oder diejenigen, die auch teilweise die Geschädigten sind?

Zweiter Punkt: Das Wachstumsmodell, das wir verfolgen und das sehr exportorientiert ist, kann in der Perspektive der nächsten Jahre in eine Schiefelage kommen, und zwar aus mehreren Gründen. Ich halte kein Plädoyer für ein Sabbatical bezüglich unserer Export- Aktivitäten. Aber wir werden die deutsche Inlandsnachfrage stärken müssen, damit dieses Wachstumsmodell gleichmäßig von mehreren Zylindern unseres Motors angetrieben wird.

(Beifall)

Nicht nur aufgrund von Fairnessgründen, nämlich dass Menschen ausreichend entlohnt werden, um ein eigenständig verantwortliches Leben zu führen, ist zur Stärkung der Massenkaufkraft und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte – ich denke an die absurde öffentliche Subventionierung von Niedriglöhnen - ein Mindestlohn Bestandteil einer solchen Strategie.

(Beifall)

Wenn wir nach dem zukünftigen deutschen Wohlstand fragen, dann wäre ich sehr dankbar, wenn die Partei nicht vergisst, was wir im Bundestagswahlkampf als Blaupause entwickelt haben und was sich mit dem Namen von Frank-Walter Steinmeier verbindet, nämlich den sogenannten Deutschland-Plan. Das ist nach wie vor die beste Blaupause, wie wir Wohlstand in der Perspektive des nächsten Jahrzehnts für Deutschland sichern könnten. Warum sind wir so in unserem Kurzzeitgedächtnis verhaftet, dass wir die Errungenschaften und die Vorlagen, die wir liefern können, nicht mehr zum Gegenstand unserer öffentlichen Rede machen? Ich verstehe das nicht.

(Beifall)

Ich kenne keine andere Partei, die mitten in diesem Wahlkampf etwas vergleichbar Substanzielles vorgelegt hat. Bei uns haben sich die Medien relativ schnell auf einen Punkt kapriziert - das waren die 3 oder 4 Millionen Arbeitsplätze, die zusätzlich geschaffen werden sollen -, anstatt die andere Elemente zum Gegenstand eines Wettbewerbes zwischen den Parteien zu machen. Die naheliegende Frage wäre es gewesen, welche andere Partei bezogen auf Wachstum und Industrie und bezogen auf Dienstleistungen mehr zu bieten hatte als wir. Wir sind dafür nicht belohnt worden. Aber wir sollten das, was wir uns erarbeitet haben, auch nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Ich habe drittens vom handlungsfähigen Staat gesprochen. Er braucht Ressourcen. Ich stimme Sigmar vollständig zu: Er braucht insbesondere Ressourcen für Bildung. Es ist die Schlüsselkategorie, um in einer älter werdenden Gesellschaft wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu sein. Sie ist die Schlüsselkategorie für eine Integration. Sie ist die Schlüsselkategorie für die Gleichstellung von Frau und Mann. Sie ist die Schlüsselkategorie, um Verlierer wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

(Beifall)

Ich will mich an der Diskussion über die Integration nicht erneut beteiligen. Das Notwendige ist schon gesagt worden. Nach meiner Wahrnehmung geht dieses Integrationsproblem nicht entlang von ethnischen oder religiösen Grenzen, sondern entlang der Grenze von Bildungsnähe und Bildungsferne. Es erstreckt sich auf Deutsche genauso wie auf Ausländer.

(Beifall)

Ein handlungsfähiger Staat muss kein fetter Staat sein. Aber er braucht Ressourcen. Deshalb ist in dem Leitantrag auch mit entsprechenden Prüfaufträgen einiges Richtige angelegt. Ich bin dafür, dass wir neben der Einführung einer Umsatzsteuer auf Finanzmarktgeschäfte den Spitzensteuersatz erhöhen. Ich halte 49 Prozent für angemessen.

(Beifall)

Aber gleichzeitig wird es darum gehen, dabei den sehr steilen Einkommenstarif für viele Leistungsträger in Deutschland zu berücksichtigen. Das bedeutet, dass der Spitzensteuersatz einen höheren Aufschlagpunkt haben muss als jetzt schon bei 52 000 Euro Jahreseinkommen. Ich teile nicht die Auffassung, die ich gelegentlich am Fieberthermometer der parteiinternen Debatte ablese, man könnte diesen Einkommensteuertarif so belassen und sich lediglich darauf begrenzen, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Man wird auch die Facharbeiter, man wird auch den Mittelstand bei einer solchen Steuerreform berücksichtigen und ihnen Anreize geben müssen, sich über ihre Steuern- und Abgabenzahlung aus der Solidargemeinschaft zur Finanzierung des Sozialstaates nicht zu verabschieden. Es ist Aufgabe der Partei, dafür zu sorgen.

(Beifall)

Ich komme nachher noch einmal darauf zurück, wenn es darum geht, unsere Partei zu öffnen, auch in ihrer Kompetenzwahrnehmung durch Wähler, die nicht unbedingt klassische SPD-Wähler sein müssen, aber die man durch Angebote erreichen muss, wenn man mehrheitsfähig werden will.

Richtig ist, dass ich bei der Abgeltungsteuer - das ziehe ich mir selber an - einen Fehler gemacht habe. Ich habe seinerzeit den Abgeltungssteuersatz bei Kapitaleinkünften auf 25 Prozent festgelegt. Dies ist zu wenig, und zwar unter mehreren Gesichtspunkten.

(Beifall)

Ja, man lernt dazu. Es war ein Fehler mit Blick auf die Verteilung, weil die meisten Steuerzahler vorher einen persönlichen Steuersatz von teils weit über 30 Prozent, auf ihre Kapitaleinkünfte hatten und vorher sehr viel mehr an Steuern zu zahlen hatten.

Es auch ein Fehler, weil das Kapital, damit wie durch einen Staubsauger in Finanzaktivitäten abgezogen wird und nicht in Realkapitalinvestitionen fließt, die wir für die Entwicklung von Industriekapazitäten oder Forschung und Entwicklung in Deutschland brauchen.

(Beifall)

Das heißt, den Ansatz im Leitantrag, der da vorgedacht oder sogar formuliert worden ist, halte ich für richtig.

Etwas, was mir in dem Leitantrag zu wenig vorkommt und vielleicht Gegenstand der weiteren Prüfung sein könnte, ist die Frage, ob wir bei den Sozialversicherungsabgaben ebenfalls eine Progression einführen. Ich sehe erstaunte Gesichter. Bei der Steuer haben wir das. Wieso nicht auch bei den Sozialversicherungsabgaben? Denn die meisten Menschen in den unteren Einkommensbereichen zahlen gar keine Steuern, übrigens dank sozialdemokratischer Steuerpolitik. Aber sie sind, bezogen auf die anderen, überproportional mit Sozialversicherungsabgaben belastet. Das heißt, bei einer Änderung der Bemessungsgrenze

nach oben eine Progression bei den Abgaben einzuziehen, wäre nicht der falscheste sozialdemokratische Ansatz mit Blick auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

(Beifall)

Über Integration - vierter Punkt - habe ich schon gesprochen. Ich will nur darauf hinaus, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Das ist in unserer Partei gelegentlich schwer zu vermitteln. Bei der demografischen Entwicklung, die wir unabweisbar haben, und angesichts der Tatsache, dass der Sozialstaat im Wesentlichen von den Schichten bis zu den mittleren Einkommen finanziert wird, wird eine Sozialdemokratie darauf achten müssen, dass dieser Solidarpakt nicht von einigen gekündigt wird, die sich überlastet fühlen. Deshalb wird man auf deren Interessen eingehen müssen.

(Beifall)

Wir werden eine solidarische Gesellschaft nur erhalten, wenn wir sowohl auf die Leistungsbereitsteller und ihre Interessen eingehen - diejenigen, die haben - als auch auf die Interessen derjenigen, die nichts haben, aber die mit der Bereitstellung solidarischer Leistungen auch Pflichten übernehmen. Es wird darum gehen, dass in einer Gesellschaft niemand mehr nehmen darf, als er wirklich braucht: der Staat nicht von seinen Bürger und die Bürger nicht von ihrem Staat. Beides gilt, und beides hat in meinen Augen wesentlich damit zu tun, das Kulturgut dieses Sozialstaates auch unter einem demografischen Druck weiter zukunftsfähig zu halten.

Der fünfte Punkt, der mich beschäftigt, hat etwas mit der Partei zu tun und knüpft nahtlos an das an, was Sigmar gesagt hat. Es wird darum gehen, dass die SPD kompetente und glaubwürdige Angebote auch an Existenzgründer, auch an Mittelständler, auch an eine jüngere Generation, die hochmobil ist, zwischen 20 und 40, auch an ausgebildete Frauen, gerade in urbanen Milieus, an disponierende und kreative Arbeiter macht. Das bedeutet - auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt in die Beete Eurer Empfindlichkeit hineinkomme -: Es reicht nicht, allein über die Interessenlagen von Rentnern und von Hartz-IV-Empfängern zu reden. Das ist zu wenig.

(Beifall)

Ich kann nicht zwei oder drei Monate nur das Thema Rente mit 67 und Regelsätze bei Hartz IV in den Vordergrund bringen, wenn ich auf meinen Veranstaltungen nicht gleichzeitig den 20- bis 40-Jährigen sagen kann, wie wir uns denn deren Zukunft vorstellen, und wie ich junge Leute, die Existenzgründungen vornehmen wollen, unterstützen kann. Wo finden die sich wieder? Das heißt, wenn die SPD Volkspartei bleiben will, mehrheitsfähig werden will bei oberhalb von 30 Prozent, wird sie ein sehr viel breiteres inhaltliches Angebot liefern müssen, und dies möglichst auch repräsentiert durch sehr unterschiedliche politische Charaktere. Da kann man einen Spannungsbogen durchaus gebrauchen.

(Beifall)

Ich will sagen - das ist mein siebter und vorletzter Punkt -: Wir werden uns mehr denn je nicht auf eindimensionale Antworten beschränken können, sondern wir brauchen gelegentlich ein Sowohl-als-Auch. Wir brauchen als viertgrößte Volkswirtschaft, in einer sich rasant ändernden Welt, in der wir danach suchen müssen, welche Rolle Deutschland in und mit Europa spielen soll, ökonomische Wettbewerbsfähigkeit. Wir brauchen gleichzeitig eine Integration von Verlierern. Wir brauchen sowohl eine Spitzenförderung als auch eine chancengerechte Öffnung von Bildungszugängen, wieder ein Sowohl-als-Auch. Wir brauchen sowohl eine technologieorientierte Industriepolitik als auch eine ressourcenschonende Umweltpolitik.

Wir brauchen diejenigen, die etwas haben und die - wie Sigmar richtig gesagt hat – nach den Regeln spielen, die hart arbeiten. Wir müssen sie davon überzeugen, dass sie in einer solidarischen Gesellschaft sicherer leben, als wenn diese Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet. Die einfachen eindimensionalen Antworten können wir anderen Parteien überlassen. Der Markt wird es richten. Privat vor Staat. Steuersenkungen oder umgekehrt von der Links-Partei eine prohibitive Besteuerung als jeweiliges Allheilmittel. Dies wird dem Wandel und den immer weitergehenden Veränderungen und auch Komplexitäten in Gesellschaft und Wirtschaft nicht gerecht.

Das Alleinstellungsmerkmal der SPD muss sein, diese Bögen zu spannen und personell und inhaltlich so auszufüllen, dass von Wahl zu Wahl die Menschen sagen: Die halte ich für kompetenter. Die halte ich für glaubwürdiger. Die wähle ich jetzt.

(Beifall)

Die SPD hat dann Wahlkämpfe gewonnen und war auf der Höhe der Zeit, wenn sie drei Dinge miteinander verbinden konnte: unabweisbar die Instanz zu sein, die für soziale Balance, soziale Verantwortung in Deutschland sorgt. Da waren wir weitestgehend immer unverdächtig. Hinzu kam, dass wir gewonnen haben, wenn wir wirtschaftspolitische Kompetenz inhaltlich und personell darstellen konnten.

(Beifall)

Das war nicht immer so. Manchmal hatte man den Eindruck, man fremdelt in unserer Partei mit wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. Aber Ende der 60er-Jahre mit Alex Möller, Karl Schiller, in den 70er-Jahren mit Helmut Schmidt und auch wieder ab 1998 mit Gerhard Schröder hatten wir die größten Wahlerfolge. Das ist die zweite Bedingung.

Die dritte Bedingung ist, dass die SPD die Plattform für die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bietet, wo sie nicht versucht, diejenigen, die sich öffentlich beteiligen, gleich zu verhaften, gleich zu Mitgliedern zu machen, aber wo sie das Forum abgibt für gesellschaftspolitische Zentralfragen, die uns in der Perspektive über eine Legislaturperiode hinaus beschäftigen.

Wenn diese drei Bedingungen zusammenkamen, waren wir mehrheitsfähig. Die sozialpolitische Kompetenz ist eine notwendige Bedingung für die SPD. Aber sie ist keine hinreichende, um Wahlen zu gewinnen.

(Beifall)

Deshalb werdet ihr in der Generation nach mir und anderen, die bisher den Staffeln für Wirtschafts- und Finanzfragen gehabt haben, bei Eurer Personalauswahl, auf Euren Delegiertenkonferenzen mehr darauf achten müssen, Frauen und Männer zum Zug kommen zu lassen, die auf diesem Feld die SPD repräsentieren. Das ist - wie ich weiß - bei der Aufstellung von Listen nicht immer der Fall gewesen. Gelegentlich wurden da einige mit Liebesentzug bestraft, die nicht so ganz den parteiverträglichen Kodex eingehalten haben.

(Beifall)

Ich weiß, wovon ich rede. Ich will zum Abschluss sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Die SPD kann nur dann Schutzmacht der Schwachen sein und bleiben, wenn sie nicht die Leistungsbereitschaft derjenigen geringschätzt oder ignoriert, die hart arbeiten und sich an die Spielregeln halten.

Zum Abschluss will ich ausnahmsweise mal nicht unsere Ikone Willy Brandt zitieren, sondern eine Mahnung von Peter Glotz wiedergeben, die er bereits im Jahr 2003 an uns gerichtet hat. Er sprach davon, dass wir den produktivistischen Kern - dieser Begriff ist vielleicht etwas zu sperrig - der Gesellschaft nicht vergessen, missachten oder rechts liegen lassen dürfen; denn - so die Überzeugung von Peter Glotz - die SPD braucht Leute, die Projekte machen, die Risiken eingehen und die sich schinden. - In der Tat, solche Leute brauchen wir, und zwar nicht nur als Wähler. Wir werden sie am besten gewinnen, wenn wir als Partei für diese Leute attraktiv sind, wenn wir Risiken eingehen und uns für Projekte schinden, die unser Land nach vorne bringen. Stehenbleiben, geschweige denn eine Rückkehr in vermeintliche, aber vom Zahn der Zeit überholte Gewissheiten, werden uns keine Erfolge bescheren.- Glück auf!

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Peer, vielen Dank für deine beeindruckende Rede. Du hast uns demonstriert, dass finanz- und wirtschaftspolitische Kompetenz bei der SPD zu Hause ist. Vielen Dank dafür.

Mir liegt ein Regieplan vor, auf dem steht: 14.15 Uhr Eröffnung der Aussprache zu W 1. Es ist jetzt also anderthalb Stunden später als geplant. Deshalb will ich euch vonseiten des Präsidiums zwei Vorschläge für die Aussprache machen. Das Erste ist: Beschränkung der Redezeit auf drei Minuten.

(Beifall)

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Vielen Dank für euer Verständnis.

Das Zweite ist: Wir haben eine Reihe von Wortmeldungen, aber nicht nur für diesen Antrag, sondern auch für andere Schwerpunktbereiche, die nachher noch aufgerufen werden sollen, nämlich vor allen Dingen für den Sozialbereich, den Arbeitsmarktbereich. Deshalb schlagen wir euch vonseiten des Präsidiums vor, die Redeliste bei dieser Aussprache, aber auch bei den nachfolgenden Aussprachen auf fünf Personen zu beschränken. Ich weiß, dass eine Reihe von Delegationen schon langsam auf die Uhr schauen wegen der Zug- und Flugverbindungen. Deshalb würde ich euch bitten, diesem Vorschlag auf Eingrenzung der Debatte zuzustimmen, die aber nicht inhaltlich-substanziell die Qualität mindern soll. Gibt es dagegen Widerspruch? - Ich lasse also darüber abstimmen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Delegiertenzeichen. - Enthaltungen? - Wer ist dafür? - Vielen Dank. Das ist so beschlossen.

Das Wort erhält in der Aussprache als Erste Hannelore Kraft. Ihr folgt Sascha Vogt.

Hannelore Kraft, stellvertretende Vorsitzende:

Liebe Genossinnen und Genossen! Peer Steinbrück hat wirtschaftspolitische Kompetenz in unserer Partei angemahnt - zu Recht, wie ich finde. Wenn wir den Standort Deutschland in den Blick nehmen und das, was Unternehmen, Handwerk und gerade Mittelständler von uns verlangen, dann geht es um deren Kernproblem, nämlich die Lösung des Problems Fachkräftemangel, das in großer Härte gerade auf diese Unternehmen zukommt. Da gibt es, lieber Peer, eine enge Verbindung zwischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und dem, was wir heute diskutiert haben, nämlich Bildungspolitik, Sozialpolitik und Integrationspolitik. Wenn wir mehr junge Menschen zu besseren Abschlüssen führen wollen, dann hat das ausschlaggebende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das müssen wir schaffen. Daran müssen wir arbeiten.

Wir haben eine Menge guter Maßnahmen in unseren Antragspaketen. Aber eines ist auch klar: Mehr junge Menschen zu besseren Abschlüssen geht nicht zum Nulltarif. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir diese Steuervorschläge, auch Steuererhöhungsvorschläge so konkret in unserem Antrag haben. Denn ohne Geld werden wir keine bessere Bildungspolitik hinbekommen. Ohne Geld werden wir nicht mehr junge Menschen zu besseren Abschlüssen führen und den Fachkräftemangel wirksam bekämpfen können. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall)

Das sage ich insbesondere aus der Sicht der Länder und der Kommunen. Leider wird es ja morgen nicht so weit sein, dass die Steuern erhöht werden. Ganz im Gegenteil, die FDP diskutiert ja immer noch über Steuersenkungen. Die haben es ja noch nicht begriffen. Aber wir in den Ländern, wir in den Kommunen müssen diese Veränderungen heute und morgen umsetzen. Uns läuft die Zeit davon! Deshalb ist die Finanzpolitik ein wichtiger Teil heute, weil es dabei auch um die Finanzen von Kommunen und von Ländern geht, die hier in vorderster Pflicht stehen.

(Beifall)

Wir haben uns in unserem Antrag auch zu dem Ziel bekannt, die Schulden abzubauen. Ich bin vehement dafür mit Blick auf die nachfolgenden Generationen. Aber eines ist auch klar: Wenn wir die Schulden abbauen wollen, dann müssen wir das nachhaltig und auf Dauer tun. Dann brauchen wir keine Schaufensterpolitik. Wir sind in den Kommunen und in den Ländern in den letzten Jahrzehnten fast immer in der gleichen Weise vorgegangen. Wir sind nach Wahlen völlig unabhängig davon angetreten, wer regiert hat, und haben gesagt: Wir streichen jetzt Tausende von Stellen im öffentlichen Dienst und bei den Sozialausgaben, weil das immer der dickste Batzen war. Dieser Weg war schlicht und einfach nicht erfolgreich, weil die Schulden dadurch nicht gesenkt werden konnten.

Sigmar hat gesagt, wir sollen mutig sein. Ich plädiere dafür, dass wir eine Debatte führen, die mutig ist, weil sie mit manchem aufräumt, was uns auch die Neoliberalen immer wieder schön versucht haben auf den Tisch zu legen. Ich plädiere dafür, dass wir uns dazu bekennen, Ausgaben zu senken, indem wir in Vorbeugung investieren im Sinne unseres vorsorgenden Sozialstaates, den wir im Hamburger Programm festgelegt haben.

(Beifall)

Heinz Buschkowsky hat heute Morgen ein gutes Beispiel genannt. Er hat von einem Gymnasium gesprochen, das im Zentrum eines sozialen Brennpunkts lag, zu dem kaum noch Kinder gehen wollten. Er hat gesagt, 200 000 Euro - wenn ich es richtig in Erinnerung habe - haben wir investiert. Mit diesen 200 000 Euro haben wir Sinnvolles auf den Weg gebracht und die Wende geschafft. Er hat die Gegenrechnung aufgemacht, die wir aufmachen müssen: Der Gegenwert von 200 000 Euro sind drei bis vier Haftplätze in der Justizvollzugsanstalt. Ich sage: Wer Ausgaben wirklich senken will, wer wirklich Haushalte konsolidieren will, der muss die Reparaturkosten senken und dafür in die Vorbeugung investieren. Dafür plädiere ich. Das ist der Weg, den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen wollen.

(Beifall)

Ja, dazu gibt es eine Menge zu sagen. Ich kann es euch sagen. Wir müssen nämlich viel früher anfangen - nicht erst in der Kita. Wir müssen bei den Eltern anfangen. Wir müssen Strukturen flächendeckend in unseren Kommunen aufbauen, die in die richtige Richtung weisen, eine Brücke zu den Eltern bauen, die Eltern aufnehmen, um dann Hilfeleistungen zielgerichtet jederzeit auch dort ankommen zu lassen, wo sie ankommen müssen. Das ist die Aufgabe der Kommunen. Deshalb ist das Thema Kommunalfinanzen so wichtig, und deshalb dürfen wir unsere Kommunen nicht im Stich lassen und nicht über die Abschaffung von Gewerbesteuer diskutieren, sondern darüber, wie wir endlich soziale Lasten aus den kommunalen Haushalten wieder herausbekommen. Das muss die Politik der SPD sein.

(Beifall)

Wenn wir bei den Eltern angesetzt haben, dann muss es weitergehen in den Bildungsbereich. Auch und besonders in Zeiten knapper Kassen müssen wir diesen Zeitdruck in den Blick nehmen. Da gehen Sozialpolitik, Integrationspolitik und Bildungspolitik zusammen mit den Zielen von Wirtschaftspolitik und mit dem Ziel, für dieses Land eine gute Zukunft zu gestalten. Diesen Weg müssen wir gehen. Wir brauchen Einnahmesteigerungen. Wir brauchen Ausgabensenkungen - aber Ausgabensenkungen in einer nachhaltigen Perspektive, wo es wirklich gelingen kann, unsere Schulden endlich auf Null zu bringen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Hannelore. - Jetzt hat Sascha Vogt das Wort. Nach ihm spricht Nils Schmid.

Sascha Vogt, Juso-Vorsitzender:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Hannelore Kraft hat es gerade noch einmal deutlich gemacht: Wenn man sich die Bildungspolitik in diesem Land anschaut, dann stellt man fest, dass es zentral an einem Punkt mangelt: Wir brauchen mehr Geld für die Bildung und – das möchte ich aus Perspektive der jungen Generation hinzufügen –, wir brauchen auch mehr Geld für öffentliche Investitionen, damit wir den nachfolgenden Generationen keine marode Infrastruktur hinterlassen.

(Beifall)

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wir Jusos begrüßen diesen Leitantrag eindeutig. Die grundlegende Aussage geht in die richtige Richtung in der Finanzpolitik. Wir brauchen wieder mehr Geld, um damit öffentliche Dienstleistungen und Bildung finanzieren zu können. Das ist gut und richtig, damit machen wir uns auf den richtigen Weg.

Uns ist auch klar, dass es mit diesem Leitantrag nur um gewisse Eckpunkte geht und dass wir hier keine Steuerkurven malen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, Eckpunkte müssen schon so konkret sein, dass jeder weiß, wohin die Reise geht. Da – das sagte Olaf gerade - gibt es einige Skeptiker. Ich gehöre dazu. Denn wenn man einfach nur in den Antrag schreibt, dass wir den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen wollen – was ich für gut halte -, aber nichts Weiteres dazu sagt, außer vielleicht, dass das bei 100 000 Euro beginnen soll, dann ist das zumindest interpretationsfähig. Ich freue mich sehr, wenn hier gesagt wird, dass wir uns alle einig sind in dem Ziel, dass es zu Mehreinnahmen kommen muss, auch über eine Reform der Einkommensteuer. Aber dann, liebe Genossinnen und Genossen, können wir das in diesen Antrag auch genauso hineinschreiben.

(Beifall)

Ein zweites Anliegen: Wir haben es hier – wie gerade schon ausgeführt – mit Eckpunkten zu tun. Wir wollen in den nächsten Wochen und Monaten auch noch darüber diskutieren, wie wir untere und mittlere Einkommensgruppen stärker entlasten können. Vor diesem Hintergrund, liebe Genossinnen und Genossen, halte ich aber nichts davon, dass wir in diesem Antrag ausschließen, dass es weiterhin die Reichensteuer gibt. Warum können wir das nicht offenlassen, um weiter darüber zu diskutieren und insgesamt ein Steuerkonzept vorzulegen, mit dem wir wirklich die unteren und mittleren Einkommensgruppen entlasten, aber die Ehepaare ohne Kinder, die mehr als eine viertel Million Euro verdienen, stärker belasten. Diese Diskussion muss doch weiterhin möglich sein.

(Beifall)

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich euch um Zustimmung zu den Änderungsanträgen der Jusos.

Zur Reichensteuer liegt ein eigener Initiativantrag vor. Dann gibt es noch den Initiativantrag Nummer 4. Uns geht es nicht darum, einen konkreten Tarifverlauf aufzunehmen, aber wir möchten über Punkt 5 - die ersten drei Zeilen - gleich gerne einzeln abstimmen. Darum bitten wir das Präsidium. Denn da geht es um die Festlegung, dass jede Reform der Einkommensteuer staatliche Mehreinnahmen zum Ziel haben muss. Ich bitte um eure Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Sascha. – Das Wort hat jetzt Nils Schmid. Ihm folgt Sebastian Roloff.

Nils Schmid, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir auf die vergangenen Monate zurückblicken, dann haben wir eines in der Steuerpolitik erreicht: Wir haben wieder eine breite gesellschaftliche Mehrheit für den handlungsfähigen Staat und gegen diese irren Steuersenkungen, die nach dem Willen von FDP und CDU auf Pump geleistet werden sollten. Ich sage euch: Das ist ein Riesenerfolg, wenn man sich anschaut, wie noch die Wahlkämpfe im letzten Jahr liefen: Wir haben es geschafft, wir haben einen handlungsfähigen Staat, eine angemessene Steuerausstattung – das ist unser Projekt. Und es ist in dieser Gesellschaft mehrheitsfähig.

(Beifall)

Es ist auch mehrheitsfähig in dieser Gesellschaft, dass der progressive Steuertarif bei der Einkommensteuer aus Gerechtigkeitsgründen nicht abgeschafft wird. Denn das war ja das Projekt der FDP, mit der Flat Tax, der Einfachsteuer, diese Progression völlig herauszunehmen. Wir haben es geschafft, gesellschaftlich in der Hegemonie zu bleiben und deutlich zu machen:

Jawohl, der progressive Einkommensteuertarif ist eine Gerechtigkeitsfrage in dem Land. Wir werden ihn immer verteidigen, auch gegen die neoliberalen Kräfte bei FDP und CDU.

(vereinzelt Beifall)

Wenn wir jetzt diese Grundauseinandersetzung um angemessene Steuerausstattung gewonnen haben, dann sollten wir auch sehr sorgfältig prüfen, wie wir unsere Steuerpolitik formulieren. Alles in allem reden wir über elf Steuererhöhungen auf diesem Parteitag. Sie alle sind gerechtfertigt. Jede einzelne Steuererhöhung ist gerechtfertigt, zum Beispiel auch die Wiedereinführung einer privaten Vermögenssteuer, um Bildung und Betreuung zu finanzieren. Aber wir sollten in dieser Debatte nicht übermütig werden.

Deshalb halte ich es für essenziell, dass wir bei der Frage der Einkommensteuer nicht nur darüber diskutieren, dass der Spitzensteuersatz – zu Recht – erhöht werden soll. Wir müssen auch darüber diskutieren, wer bisher den Spitzensteuersatz zahlt. Das sind nämlich nicht nur die Spitzenverdiener in der Gesellschaft. Wenn ich mir anschau, was ein Facharbeiter, ein Ingenieur bei Bosch im Jahr nach Hause bringt, dann ist das, wenn man die Schichtzulagen, die Erfolgsprämien und die Zuschüsse für die betriebliche Altersvorsorge dazurechnet, hart am Spitzensteuersatz, liebe Genossinnen und Genossen. Natürlich hat nicht jeder, der diese Einkommen erzielt, zwei oder drei Kinder und eine arbeitende Frau zu Hause. Es gibt auch Alleinverdiener. Das ist die Mitte der Gesellschaft, die Peer Steinbrück beschworen hat. Wenn wir Einkommensteuertarife diskutieren, dann sollten wir auch an diejenigen denken, die wir für uns gewinnen wollen und die ich bei der Landtagswahl im nächsten März für mich und für die SPD gewinnen will.

(Beifall)

Deshalb sage ich, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn wir über die Einkommensteuer diskutieren, lasst uns auch über den Mittelstandsbauch diskutieren, lasst uns auch darüber diskutieren, was wir aus Mehreinnahmen teilweise denjenigen zurückgeben können, die Leistungsträger dieser Gesellschaft sind.

(Beifall)

Zweitens will ich etwas dazu sagen, was Sascha Vogt in seinem Redebeitrag bezeichnenderweise nicht offengelegt hat: Die Jusos sagen, die Schuldenbremse sei ein schwerer Fehler gewesen.

(Beifall)

Dazu sage ich eines, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn wir ein Jahr nach der verlorenen Bundestagswahl anfangen, das, was wir in der Regierung für solide Haushalte und Finanzen getan haben, wieder abzuräumen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Leute kein Zutrauen mehr zu uns haben.

(Beifall)

Wir sind auf Finanzpolitiker stolz, die vor Jahrzehnten, Ende der 1960er-Jahre, die große Reform durchgeführt haben: Alex Möller, Karl Schiller. Dazu muss ich sagen: Ich bin als Sozialdemokrat genauso stolz auf Peer Steinbrück, der diese wichtige Verfassungsreform durchgesetzt hat. Wir sollten darauf stolz sein und das nicht verbergen und verstecken oder gar wieder rückgängig machen wollen, liebe Genossinnen und Genossen. Seien wir stolz auf das, was wir geleistet haben!

Vielen Dank.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Nils. - Das Wort hat jetzt Sebastian Roloff.

Sebastian Roloff, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Nils, ganz kurz als Ergänzung an dich: Ich würde dich bitten, mit der Mär aufzuhören, dass auch Facharbeiterinnen und Facharbeiter den Spitzensteuersatz zahlen. Wir alle wissen – das ist statistisch belegbar –, dass 5 bis 7 Prozent der höchsten Einkommen vom Spitzensteuersatz betroffen sind. Also würde ich dich bitten, in der Argumentation das Argument nicht zu verfälschen.

(Beifall)

Zum Thema Schuldenbremse, glaube ich, dass es sich die Befürworter der Schuldenbremse – und dazu hat ja leider auch ein Großteil unserer Fraktion in der letzten Wahlperiode gezählt - ein bisschen einfach machen. Natürlich wären uns allen im Zweifel möglichst ausgeglichene Haushalte am liebsten. Natürlich muss man die Einnahmehasis verbreitern, wo man kann, und die Ausgaben streichen, wo es Sinn macht. Natürlich ist niemand, außer, wenn es volkswirtschaftlich indiziert ist, Fan von Schulden. Das ist doch völlig klar. Aber es gibt makroökonomische Situationen, in denen es keine andere Möglichkeit gibt. Es gibt eben Investitionen, die sofort notwendig sind, ohne die es am Ende nur viel teurer wird. Wenn man das eigene Haushaltsrecht, das Haushaltsrecht des Bundestages und der Landtage, quasi ohne Not und mutwillig beschneidet und sich selbst damit Handlungsspielraum nimmt und notwendige Investitionen nicht tätigen kann, dann übergibt man vielleicht – und ich betone, vielleicht; denn die Schuldenbremse ist ja nicht nur politisch suboptimal, sondern auch juristisch ein bisschen suboptimal gestaltet; man hat diverse Möglichkeiten, sie zu umgehen - der nächsten Generation einen nicht ganz so verschuldeten, wenn auch noch lange nicht ausgeglichenen Haushalt. Aber man hat notwendige Investitionen nicht geleistet. Dann hat man kaputte Schulen, kaputte Straßen; die Infrastruktur muss erneuert werden. So wird es am Ende nur viel teurer, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen können wir nicht für die Schuldenbremse sein. Es besteht auch überhaupt keine Not, dass wir uns in dem wirtschaftspolitischen Leitantrag, der viele richtige Punkte enthält, dazu bekennen. Sascha Vogt hat noch Ergänzungen dazu vorgeschlagen. Ich würde sehr für den Initiativantrag 4 werben.

(Glocke)

- Ich bin sofort fertig. – Denn dieser Antrag geht in vielen Punkten in die richtige Richtung. Aber ich glaube, dass wir uns ohne Not zur Schuldenbremse bekennen, ist unnötig. Deswegen würde ich euch bitten, insbesondere dem Punkt 4 des Initiativantrages 4, aber auch dem gesamten Initiativantrag 4 zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Jetzt hat Falk Stadelmann das Wort. Bitte!

Falk Stadelmann, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich zum Antrag W1 als finanzpolitischer Sprecher einer großen SPD-Stadtfraktion zu Wort gemeldet, dort zum Abschnitt „Städte und Gemeinden“.

Liebe Genossinnen und Genossen, zu oft gewinnt man als Sozialdemokrat den Eindruck, dass die Städte und Gemeinden in unserer Politik das Anhängsel von Bundes- und Landespolitik sind. Städte und Gemeinden sind aber nicht das Anhängsel von Bund und Ländern, sie sind die Substanz, auf denen Bund und Land errichtet sind. Es gibt schließlich keine Bundesschulen und keine Landeskitas. Die Kindergärten und die Schulen stehen in unseren Städten. Und auch Arbeitsplätze in Unternehmen entstehen immer vor Ort in den Kommunen.

Die Kastrierung der Gemeindefinanzen, die Union und FDP gerade vorbereiten, schwächt unsere Städte. Sie geht zulasten unserer Daseinsvorsorge, der Arbeitnehmer und des Mittelstands. Es ist deshalb gut, dass der W1 die Stärkung der Gewerbesteuer vorsieht. Es ist besser, dass die Zahl der Steuerpflichtigen verbreitert werden soll. So wird schließlich ein festes Band geknüpft zwischen aller Wirtschaft vor Ort, wenn die Freiberufler einbezogen werden, und der Stadt, der Gemeinde selbst.

Die Frage, die sich aber stellt, ist: Was ist mit dem Band zwischen den Arbeitnehmern und der jeweiligen Stadt? Deren Lohnsteueranteil wird nach wie vor vom Staat über die Schlüsselzuweisung direkt an die Kommunen überwiesen. Ist es nicht an der Zeit, zusätzlich zu einer gestärkten Gewerbesteuer die Kommunen auch über den ihnen zustehenden Einkommensteueranteil selbst entscheiden zu lassen? Würde eine in einen kommunalen Tarif und in einen staatlichen Tarif geteilten Einkommensteuer nicht mehr kommunale Demokratie

bedeuten, wenn die gewählten Volksvertreter in den Rathäusern darüber entscheiden, wie die Stadtkasse nicht ausgetrocknet wird, statt auf die Schlüsselzuweisungen zu warten? Und wird das Band zwischen Arbeitnehmern und Kommunen nicht fester, wenn auch ein Teil der Einkommensbesteuerung direkt vor Ort entschieden würde, so wie bei der gestärkten Gewerbesteuer?

Union und FDP wollen Zuschläge auf die Einkommensteuer statt einer Gewerbesteuer. Eine gute Alternative kann dagegen sein: eine bessere Gewerbesteuer und ein kommunaler Lohnsteuerteiltarif bei gleichzeitig angepasstem Tarif für den Bund.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben es in der Geschäftsordnung beschlossen: Man darf auf dem Bundesparteitag über alles reden, aber nicht über drei Minuten. Trotzdem, so ein Denkvorstoß, wie ich ihn vorgetragen habe, sollte gründlich beraten werden. Als Kommunalpolitiker bin ich froh, dass wir heute durch Parteitagsbeschluss den Parteivorstand dazu auffordern, zum nächsten Bundesparteitag 2011 ein Konzept für eine bessere Gemeindefinanzierung als heute vorzulegen, für bessere Städte, in denen die Menschen besser leben als bisher. - Vielen Dank.

(Beifall)

Antragsberatung

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Falk. - Wir treten jetzt in die Antragsberatung ein. Ich rufe den Antrag W1, Seiten 130 bis 145 des Antragsbuches, in Verbindung mit den Initiativanträgen 4 und 9 sowie den Ergänzungen der Antragskommission zu W1 auf.

Zuerst kommen wir zu den Initiativanträgen. Aus Vereinfachungsgründen komme ich zuerst zu Initiativantrag 9. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung - - Moment, zur Begründung will Simone Burger reden.

Simone Burger, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr habt den Initiativantrag 9 zu W1 vor euch. Diesen will ich kurz begründen.

Bei diesem Antrag geht es um mehr als um eine Geschmacksfrage. Es geht auch um mehr als nur die Änderung der Überschrift. Es geht uns darum, was sozialdemokratisches Wording ist: Was sind die zentralen Begriffe, die unsere Politik beschreiben? Aus unserer Sicht geht es nicht um „fair“. Wir wollen nicht ein faires Deutschland, wir wollen ein gerechtes Deutschland.

(Beifall)

Schlägt man „Fairness“ im Wörterbuch nach, dann findet man folgende Definition: anständiges Verhalten, eine ehrliche Haltung gegenüber anderen Menschen an den Tag legen.

Und wirft man einen Blick auf den Sport, dann bedeutet Fairness: Bemühen der Sportler, konsequent und bewusst auch unter erschwerten Bedingungen die Regeln einzuhalten sowie den Gegner als Partner zu achten.

Nett, aber deutlich zu wenig. Wir wollen Gerechtigkeit als zentralen Begriff der Sozialdemokratie,

(Vereinzelt Beifall)

weil Demokratie mehr ist: Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebensbedingungen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit: gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern.

Wir bitten euch, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. - Danke.

(Beifall)

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Für die Antragskommission Olaf Scholz.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt in diesem Antrag, der eben begründet worden ist, zwei Vorschläge. Der eine ist: Während hier überall „fair“ an der Wand steht, sollen wir beschließen, dass das in unserem Antrag nicht vorkommen soll. Man muss es nicht besonders notwendig finden, sich auf diese Weise zum Ende des Parteitages um den eigenen Parteitag zu bringen. Ich schlage also vor, das dementsprechend abzulehnen.

Außerdem wird hier etwas zu dem Steuermodell, das in dem Antrag vorkommt, gesagt. Das wird abgelehnt. Wir haben sehr präzise gesagt, dass wir die Steuer anheben wollen. Die Anhebung wird erfolgen, indem wir einen Spitzensteuersatz von 49 Prozent haben. Bisher liegt der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent, plus 3 Prozent als Steuerbalkon für diejenigen, die als Verheiratete mehr als 500 000 Euro im Jahr bzw. als Alleinstehende mehr als 250 000 Euro verdienen. Wenn jetzt ein Spitzensteuersatz von 49 Prozent kommt, ab 200 000 Euro für Ehepaare und 100 000 Euro für Singles, dann ist das eine vernünftige, maßvolle Erhöhung der Besteuerung, wie Peer Steinbrück gesagt hat. Es wäre völlig absurd, sich jetzt noch etwas auszudenken, damit da noch etwas obendrauf kommt. Dass wir jetzt vorschlagen, was in dem Antrag steht, nämlich 49 Prozent, verstehen viele. Wenn wir jetzt aber etwas beschließen, was nicht mehr als seriös abgewogen betrachtet werden könnte, dann würde das die Kraft dieses Vorschlages beeinträchtigen.

Ich bin deshalb für Ablehnung dieser beiden Punkte. So votet die Antragskommission.

(Beifall)

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Jetzt hat Sigmar um das Wort gebeten. Es geht um die Wortwahl „fair“ bzw. „gerecht“.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:

Eigentlich geht es mir um die beiden Dinge, die in diesem Initiativantrag stehen. Ich will euch bitten, dass wir nicht den Leuten auf den Leim gehen, die sich wünschen, dass wir dieses so beschließen. Dass die Sozialdemokratie auf einmal sagt, es geht nicht um fair, das ist doch albern. Es geht um fair und gerecht. Wir nehmen damit das Gefühl in der Bevölkerung auf, dass es unfair zugeht. Ich bitte euch einfach, dass wir jetzt nicht mit einer Exegese über Grundsatzfragen anfangen. Die Österreicher sind cooler, die sagen: Es geht um Fairness und um Gerechtigkeit.

Eigentlich habe ich mich wegen des anderen Begriffs gemeldet. Da wird jetzt gefordert, wir sollten wieder den Begriff „Reichensteuer“ nehmen. Das ist eine Erfindung der Konservativen, und das ist auch eine Erfindung konservativer Medien gewesen. Wir haben das nie „Reichensteuer“ genannt. Wenn die öffentliche Haltung sein soll, dass wir an Verantwortung appellieren, indem wir sagen: Leute, ihr seid auch durch das, was das Land für euch leistet, wohlhabend geworden, und deshalb müsst ihr jetzt akzeptieren, dass wir euch um Solidarität bitten und höhere Steuern einfordern, dann darf man nicht in die sprachliche Falle der Konservativen tappen. Denn die sagen dann wieder: Die Sozis machen Steuern gegen Reiche und schüren den Sozialneid. Es geht um etwas anderes: Es geht um die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer Vermögensteuer, um dem Land gerade in Sachen Bildung wieder nach vorne zu helfen. Wir müssen deutlich machen: Die Wohlhabenden und die weniger Wohlhabenden tragen beide Verantwortung für das Land, aber wer wohlhabend ist, der trägt mehr Verantwortung. Das ist eine andere Botschaft als die Begrifflichkeit „Reichensteuer“.

Zu dem Streit in der Sache: Ihr wisst, wir laden zu einem Arbeitsparteitag ein und sagen, wir werden noch zwölf Monate diskutieren, weil wir zum Beispiel hinsichtlich der Steuern erst einmal klären müssen, ob uns die dritte Progressionszone wichtig ist – zwischen 42 und 49 Prozent. Wollen wir sagen: Nein, das beginnt erst bei 100 000 Euro schlagartig mit 49 Prozent? Das ist dann die Anhebung des Steuerbalkons. Wollen wir, dass dabei gleichzeitig die Empfänger mittlerer und unterer Einkommen entlastet werden? Reicht das Volumen dazu aus? Wollen wir den ganz hart Arbeitenden und wenig Verdienenden, die keine Steuern, aber Sozialabgaben zahlen, sagen: Zwischen 800 und 1 500 Euro fangen wir damit an, bei den Arbeitnehmern nicht mehr 100 Prozent der Sozialabgaben zu fordern, sondern senken stufenweise die Beiträge, um deren Nettoeinkommen zu erhöhen?

Diese ganzen Fragen sind nicht beantwortet, und man kann nicht sagen: Wir sind zwar eine Werkstattpartei, aber weil man sich selbst und den meisten anderen misstraut, stellen wir hier heute Anträge, mit denen wir das alles heute schon festnageln. – Das ist nicht Teil der Werkstattpartei, Genossinnen und Genossen. Das ist gegenseitiges Misstrauen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen stelle ich meine Bitte. Ich verstehe Euch, ich meine, die Jusos und andere haben lange genug Erfahrungen damit gemacht: Der Parteivorstand hat etwas versprochen, aber es wurde nicht gemacht. – Das kenne ich auch.

(Vereinzelt Beifall)

- Na super, jetzt klatscht Ihr, aber ich finde das, ehrlich gesagt, gar nicht lustig. Ich finde auch das Verhalten in der SPD nicht lustig. - Wenn wir es nicht schaffen, uns wieder gegenseitig zu vertrauen, und wenn wir es nicht schaffen, es auch auszuhalten, dass Debatten noch nicht am Ende sind – sie wurden übrigens noch nie deshalb gewonnen, weil man auf dem Parteitag irgendetwas beschlossen hat -, dann wird das nichts mit unserer Partei, dann wird das nicht besser. Wir müssen Dinge offen lassen, bis wir lange genug darüber geredet haben.

Deswegen ist der Antrag so formuliert, wie er formuliert ist. Damit wird nicht jedes Problem geklärt, und es werden nicht schon alle fertigen Lösungen gezeigt. Er besagt: Ja, wir wollen rauf mit den Steuern im Spitzenbereich, ja, wir wollen die Vermögensteuer wiederhaben. – Aber wie wir damit umgehen, welchen Progressionssatz wir wollen und wer davon profitieren soll: Darüber wollen wir jetzt einmal ein Jahr lang diskutieren.

Deswegen ist mein leidenschaftliches Plädoyer, den Anträgen bitte nicht zu folgen, weil es durch die Annahme auf einmal so erscheinen würde, als sei die Debatte in der Partei zu Ende. Dabei beginnt sie gerade erst, das ist der Werkstattcharakter, den Ihr hier seht, und der Werkstattcharakter ist wichtig, damit wir am Ende auch Vertrauen erhalten. Es reicht nämlich nicht, wenn wir das auf den Parteitagen schaffen. Draußen müssen wir hier deutlich besser werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Sigmar.

Wir stimmen jetzt über den Initiativantrag 9 ab. Es wird getrennte Abstimmung über die beiden vorgeschlagenen Passagen empfohlen, das heißt, zuerst geht es darum, die Passage,

„fair“ durch „gerecht“ zu ersetzen. Wir stimmen immer über die Empfehlung der Antragskommission ab. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer ist für das Votum der Antragskommission? Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen. Das heißt, der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu der zweiten Passage. Es geht um diese Reichensteuer. „Die bestehende Reichensteuer von 45 Prozent geht in diesen höheren Spitzensteuersatz auf“ soll gestrichen werden. Das ist das Begehren des Initiativantrages. Auch hierzu empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Das ist also auch abgelehnt. - Damit ist der 9er erledigt.

Wir kommen jetzt zu dem Initiativantrag 4. Dazu bitte ich Olaf, den Vorschlag der Antragskommission darzustellen.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will jetzt einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass wir das mit der Zeitenge schaffen und auch den Überblick über das, was wir gerade tun, nicht verlieren.

Es gibt ein Votum der Antragskommission in Bezug auf die Anträge, die vorliegen. Ihr habt eine Fassung des Antrages W1 vor Euch liegen. Dort sind all die Änderungen dabei, die wir in den letzten Tagen und Wochen besprochen haben und die im Rahmen einer sehr sorgfältigen Beratung der Antragskommission bis zuletzt aufgenommen worden sind.

Dann hat es noch ein paar Initiativanträge gegeben, die uns heute erreicht haben und zu denen wir jetzt neu ein Votum abgegeben haben. Das ist auch auf Euren Plätzen verteilt, und das beinhaltet eben die Möglichkeit, an mehreren Stellen noch etwas zu ändern.

Einmal schlagen wir vor, aus dem Initiativantrag 4 eine Anregung aufzunehmen. Das ist die Anregung, zu sagen, dass wir zur Arbeitsverteilung noch etwas sagen. Gerechte Verteilung von Arbeit: Eine gerechte Arbeitszeitpolitik stellt der Entgrenzung und Intensivierung von Arbeit eine humane und familiengerechte Arbeitswelt entgegen. Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die die Zeitsouveränität der Beschäftigten vergrößern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und Zeit für Qualifizierung gewährleisten.

Im Übrigen schlagen wir vor, die weiteren Vorschläge des Initiativantrages abzulehnen, allerdings bei dem Punkt 5, der sich darauf befindet - dadurch, dass wir an einer anderen Stelle eine Änderung aufgegriffen haben - - Es geht in dem Antrag um eine Stelle, die sehr wichtig ist, wie man weiß, wenn man die Diskussion jetzt verfolgt hat.. Dort steht zum Beispiel drin – für die, die es genau verfolgen wollen: Das ist auf Seite 144, Zeile 62 -, dass wir an der Stelle

klarstellen, dass es hier um Mehreinnahmen geht. Viele haben ja gesagt, das würden sie gerne etwas klarer verstehen, sodass es keinen Zweifel an dieser Sache gibt.

Sigmar Gabriel hat an dieser Stelle gesagt, es gehe um Mehreinnahmen, aber die konkreten Details wollen wir eben, wie gesagt, hier jetzt nicht festlegen. Damit das klar ist, steht das also da: Mehreinnahmen sollen verwendet werden. – Bisher sind nicht all diejenigen, die den ganzen Antrag wiedergeben, über den Peer gesprochen hat, mit aufgeführt. Deshalb sagen wir hier: Mehreinnahmen, die auch zusätzlich zu der Verbesserung der Situation von Familien zum Beispiel für öffentliche Zukunftsinvestitionen und zur Haushaltskonsolidierung in Bund, Ländern und Kommunen verwandt werden können.

Damit ist gemeint – ich will das jetzt auch ausdrücklich sagen, damit es kein Missverständnis gibt -: Selbstverständlich wird es auch im Rahmen des Tarifverlaufs bis zur Erhebung des Spitzensteuersatzes zu Mehreinnahmen kommen. - Damit kein Zweifel existiert, ist das hier geschrieben.

Ich glaube allerdings – und die Antragskommission und der Parteivorsitzende glauben es mit mir -, dass es jetzt nicht nötig ist, dass wir das jetzt noch drei-, vier-, fünf-, sechsmal da hineinschreiben, damit wirklich kein Zweifel daran besteht. Deshalb bitte ich, dass Ihr im Übrigen dem Votum der Antragskommission zu dem Antrag folgt und dass wir das einmal abstimmen, und zwar hinsichtlich des gesamten Antrages.

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Okay, damit ist der Umgang mit dem Initiativantrag und mit dem Gesamtantrag klar.

Wir haben jetzt bloß eine Bitte der Antragsteller, dass der Punkt 5 vom Initiativantrag 4 getrennt abgestimmt wird. Dieser Bitte folgen wir. Das machen wir als Erstes.

Wir stimmen jetzt über den Punkt 5 des Initiativantrages 4 ab. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, weil Neufassung im Urantrag. Wer diesem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Dann darf ich insgesamt über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen, wie Olaf das vorgetragen hat. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ersteres war die Mehrheit.

Wohlgemerkt: Die schriftlichen Ergänzungen, die Olaf vorgetragen hat, sind mit angenommen. Sie sind mit den schriftlichen Ergänzungen, die verteilt worden sind, in W1 eingearbeitet. Das ist alles in das Votum eingearbeitet. Damit ist W1 erledigt.

Ich rufe jetzt den Initiativantrag 5 auf, der auch zu dem Komplex Wirtschaft gehört. - Ich bitte um das Votum der Antragskommission.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Ihr habt ja die Voten der Antragskommission verteilt bekommen. Wir haben jetzt den Komplex Wirtschaft und Finanzen nach sorgfältiger Debatte – übrigens auch in Wochen und Monaten in der Partei – hinter uns gebracht.

Jetzt kommt der Teil Steinkohlebergbau. Darüber ist diskutiert worden. Wir wollen uns dagegen wenden, dass jetzt die Betriebsbeihilfen für die Steinkohlebeiwerte eingestellt werden. Das ist ein Vorschlag, der hier gemacht worden ist. Über den haben wir uns in der Antragskommission einvernehmlich verständigt, und wir bitten, Annahme zu beschließen.

Nils Schmid, Tagungspräsidium:

Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

Alles klar! Damit angenommen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen worden ist.

Jetzt darf ich noch folgenden Hinweis geben: Mit der Annahme des Antrages W 1 in der Fassung der Antragskommission sind folgende Anträge erledigt: W 2, W 4 bis W 8, W 10 bis W 12, W 15 bis W 17, W 19, W 22 bis W 25, W 28, W 32 bis W 35, W 38, W 41, W 43, W 44, W 50 und Ar 30.

Damit wären wir mit dem W-Block durch. Wir kommen jetzt zu anderen wichtigen Themen. Dazu übergebe ich an Manuela.

Beratung der Anträge zur Arbeitsmarktpolitik

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen jetzt zur Antragsberatung im Bereich Arbeitsmarktpolitik kommen. Das Wort hat Olaf Scholz für die Antragskommission.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, ihr blickt noch durch. Ich werde mir Mühe geben, dazu beizutragen. Wenn man einen eintägigen Parteitag macht, bei dem man wirklich wichtige Dinge besprechen und bewegen will, dann ist das manchmal zeitlich ein bisschen eng. Aber ich hoffe, dass wir das solidarisch und gut miteinander hinbekommen und keiner das Gefühl hat, dass er überfahren wird; denn das wäre das Schlimmste bei so wichtigen Fragestellungen und Themen wie die, die wir heute zu verhandeln haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben einen Antrag, der sich mit der Zukunft des Arbeitsmarktes und mit der Arbeitsmarktpolitik beschäftigt. Lasst mich eine Bemerkung vorweg machen: Arbeit ist für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine der wichtigsten Fragestellungen überhaupt. Arbeit ist die Grundlage allen Reichtums und aller Kultur. So hat es im vorletzten Jahrhundert einmal in einem sozialdemokratischen Dokument in einer Sprache, die man heute nicht mehr so verwenden würde, geheißen. Aber nach wie vor ist das richtig. Letztendlich gehört es zu unserem Leben dazu, dass wir über Arbeit unseren Beitrag zur Gesellschaft leisten, indem wir eigenständig unseren Lebensunterhalt verdienen können.

Ganz sicher wissen wir: Vieles von dem, was uns bewegt, ist auch aus der Arbeit entstanden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Demokratie, die Solidarität und ganz sicher auch die sozialdemokratische Partei. Arbeit hat also eine große Bedeutung. Eines ist auch ganz klar: Wenn in einer Gesellschaft, die wie die deutsche so sehr auf Arbeit gegründet ist, über Jahrzehnte Millionen Menschen ohne Arbeit sind, dann ist das ein großes und schwieriges Problem. Das ist auch eine moralische Katastrophe. Selbstverständlich bleibt der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und die hohe Zahl von Arbeitslosen, die wir seit Anfang der 80er-Jahre in Deutschland haben, die wichtigste Aufgabe, die wir überhaupt zu bewältigen haben.

(Beifall)

Wer über Arbeit spricht und darüber, welche Bedeutung sie hat, der muss auch über diejenigen sprechen, die arbeiten. Diese müssen gut zurechtkommen. Es kann nicht angehen, dass auch Politiker anderer Parteien die Bedeutung der Arbeit zwar herausstellen, dass sie sich aber nicht für die einsetzen wollen, die durch Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Deshalb gehört zur Würde des Menschen und zum Wert der Arbeit auch, dass sie ordentlich bezahlt wird. Wir machen uns stark für Mindestlöhne in Deutschland. Das haben wir bereits durchgesetzt, und wir werden es auch endgültig schaffen bis zu einem flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland.

(Beifall)

Klar ist aber auch: Es geht nicht nur um Mindestlöhne. Wir wollen keine Gesellschaft, in der ein großer Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur gerade einmal durch staatlichen Schutz so viel wie einen Mindestlohn bekommt. Tatsächlich wollen wir erreichen, dass man auch gut zurechtkommen kann. Deshalb muss es wieder mehr Tariflöhne und mehr ordentlich bezahlte Arbeit geben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in den letzten Jahrzehnten Zurückhaltung gezeigt. Jetzt sind sie auch einmal an der Reihe. Auch das wollen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit unserem Antrag sagen.

(Beifall)

Selbstverständlich gehört zu guter Arbeit dazu, dass man sich sicher sein kann. Jeder von uns ist so klug, zu wissen, dass es wirtschaftliche Wechselfälle gibt, vor denen kein gutes Gesetz und auch keine Sozialdemokratische Partei und keine Gewerkschaft beschützen können. Aber

eines muss doch klar sein: Wer alles richtig macht, wer sich anstrengt und ordentlich arbeitet und wessen Firma keine Probleme hat, der muss auch sicher sein können, dass er auf seinem Arbeitsplatz bleiben kann. Deshalb ist es eine Katastrophe, dass die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse in Deutschland so sehr zugenommen hat, wie das in den letzten Jahren der Fall ist. Wir wollen die Befristung wieder zurückdrängen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das bedeutet auch, Abschied zu nehmen von einem Gesetz, das noch aus der Zeit von Helmut Kohl und Norbert Blüm stammt. Damals ist mit einem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz gesagt worden, man könne Befristungen sachgrundlos vereinbaren. Über viele Jahrzehnte ist es in Deutschland auch anders gutgegangen. Als das Gesetz in Kraft war, hat man seine Auswirkungen noch nicht richtig gespürt. Aber heute ist es so, dass die Hälfte aller Neueinstellungen befristet ist. Das ist nicht richtig. Deshalb wollen wir die sachgrundlose Befristung als gesetzliche Möglichkeit wieder streichen und zu den Anfangsjahren der Republik zurückkehren.

(Beifall)

Das Gleiche gilt für die Leiharbeit. Da ist etwas richtig aus dem Ruder gelaufen. Nicht dass Leiharbeit zu einem flexiblen Arbeitsmarkt und zu einer flexiblen Volkswirtschaft nicht dazugehört. Aber das ist doch ebenfalls klar: Wer nicht aus der Leiharbeit herauskommt, obwohl er das gerne möchte, der hat ein Problem, welches keiner ihm wünscht. Wir sind verantwortlich dafür, dass es anders wird. Es ist auch klar: Leiharbeit als Modell für Lohndumping hat keinen Sinn in einem vernünftigen Arbeitsmarkt. Deshalb wollen wir das Dumping aus der Leiharbeit vertreiben und gesetzliche Regelungen dagegen treffen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das heißt, wir wollen auch für die Leiharbeit einen Mindestlohn. Die Regierung hat ihn versprochen, obwohl sie ihn uns immer verweigert hat. Aber es gibt ihn nicht. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, dass er kommt. Wer in einem Betrieb etwas länger arbeitet, soll das Gleiche verdienen wie seine Kolleginnen und Kollegen. Das muss nach kurzer Zeit gelten. Auch das kann man gesetzlich regeln.

(Beifall)

Wir wollen den Betriebsräten Rechte geben. Bei der befristeten Beschäftigung und bei der Leiharbeit sollen sie auch über die Zahl der Beschäftigten in Befristung und Leiharbeit mitbestimmen können. Das würde eine wirksame Grenze gegen den Missbrauch sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nun sagen uns einige: Wenn man das macht, dann würde Deutschland auf den Märkten weltweit nicht flexibel genug sein. Es ist aber alles Kokoloeres. Denn wir haben mitten in der Krise gezeigt, dass die deutsche Volkswirtschaft mit ihren jahrzehntelang erkämpften Arbeitsrechten viel flexibler sein kann. Aber das funktioniert nicht mit individueller Verunsicherung, sondern nur durch Solidarität, wie es bei der Kurzarbeit der Fall war. Das ist das Gegenmodell zum Rechteabbau, den die schwarz-gelbe Regierung plant und auch sicher vorantreiben möchte.

(Beifall)

Wenn wir über Arbeitsmarkt reden, dann muss man über viele andere Dinge auch sprechen, insbesondere darüber, wie man es erreichen kann, dass jeder gut zurechtkommt. Nun wäre das ein Thema für eine lange Rede. Aber ich werde mich kürzer als gedacht fassen müssen, weil die Zeit auf unserem Parteitag schon weit fortgeschritten ist. Ich will aber sagen: Eine gute Arbeitsvermittlung ist unverzichtbar für einen funktionierenden solidarischen Arbeitsmarkt. Man darf nicht alleine gelassen werden, wenn man seine Arbeit verloren hat oder das erste Mal eine Arbeit sucht. Das ist eine Angelegenheit von uns allen und nicht allein von den Arbeitssuchenden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Darum ist es gut, dass wir jetzt durchgesetzt haben, dass die Zahl der Arbeitsvermittler im Gesetz festgeschrieben wird. Das ist zwar nicht genug im Vergleich zu unseren Plänen, aber viel mehr als das, was sich andere vorstellen.

Wir müssen die Arbeitsvermittlung zu einer Arbeitsversicherung umbauen, in der Qualifikation ganz oben ansteht. Das steht auch in unserem Antrag an erster Stelle: wir wollen, dass man sich qualifizieren kann, liebe Genossinnen und Genossen. Dieses Angebot gilt in jeder Situation, damit wir in Zukunft mehr qualifizierte Arbeitskräfte haben, die eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, und nicht so viele, die zu wenig können. Das vielleicht als kleiner Hinweis.

Es ist ja manchmal so, dass Zahlen bei dem, worüber man nachdenken kann, weiterhelfen. Ein Fünftel aller 20- bis 30-Jährigen - das sind 20 Prozent - ist ohne Berufsausbildung und befindet sich nicht gerade in einer Ausbildung. Dieses Fünftel sind Leute, die ihr ganzes weiteres Leben Schwierigkeiten haben werden, Arbeit und Beschäftigung zu finden. Wir müssen ihnen auch in diesem Alter noch eine Beschäftigung bieten. Wir müssen für die jungen Leute mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, damit sie eine Chance haben.

(vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, alles das behandelt der Antrag. Er entwickelt damit ein sozialdemokratisches Modell für den Arbeitsmarkt.

Aber natürlich kommen wir nicht umhin, auch etwas zu der Frage zu sagen, wie es mit den Ansprüchen auch auf Geldleistungen, die Arbeitssuchende haben, weitergeht. Das Arbeitslosengeld II ist gemeint. Da hören wir, während wir hier in diesem Parteitag versammelt sind, dass die neue Bundesregierung vorhat, den Regelsatz um 5 Euro anzuheben.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Bundesverfassungsgericht hat klare Kriterien dafür genannt, wie man das mit dem Regelsatz zu machen hat. Es muss transparent sein. Die Berechnungsmethoden müssen offen liegen. Es geht um das Überleben derjenigen, die darauf angewiesen sind. Was die neue Regierung jetzt macht, ist ein Hütchenspiel. Mit seriöser Beachtung der Verfassung hat das nichts zu tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir schlagen vor, ganz strikt nach dem Gericht vorzugehen und zu sagen: Es wird ordentlich ermittelt und dann regelmäßig ein vernünftiger Satz festgesetzt. Aber klar muss immer sein: Am Ende wollen wir, dass man in Arbeit kommt. Das hat viel mit dem zu tun, was ansonsten in unserem Antrag steht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich schlage vor, dass wir das hier als ein sorgfältig diskutiertes sozialdemokratisches Dokument für gute, sichere und qualitätsvolle Arbeit beschließen, dafür, dass Arbeit in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert hat, und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch aus der Perspektive derjenigen, die arbeiten. - Schönen Dank.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf. Wir kommen jetzt zur Aussprache. Da wir noch viele andere Themen haben und hierzu auch Aussprachen erfolgen sollen, schlagen wir Euch vor, dass jetzt drei Leute reden, nämlich Udo Lutz, Beate Pliete und Fabian Löffler. Ich erlaube mir, noch zwei Sätze zum Thema Regelsätze zu sagen, weil wir vom Parteitag unbedingt eine Botschaft zu dem Geschacher, das parallel zu unserem Parteitag in der Bundesregierung gerade läuft, absenden müssen. Das Wort hat Udo Lutz.

Udo Lutz, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte ganz kurz für die betriebliche Mitbestimmung werben. Wir sind ja in unserem Antrag ganz gut aufgestellt. Wir werden in einem weiteren Antrag eine Projektgruppe zum Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung einsetzen. Was bedeutet das für uns? Wir sind sehr gut in der Unternehmensmitbestimmung. Auch hier machen wir gewaltige Verbesserungen für Arbeitnehmergruppen mit über 1000 Arbeitnehmer in einem Betrieb. Aber der größte Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern arbeitet in Unternehmen, die weniger als 1000 Mitarbeiter haben. Das bedeutet, sie haben wesentlich weniger weitgehende Rechte, was die Mitbestimmung angeht.

Gerade die Krise hat gezeigt, was es bedeutet, wenn man keine Werkzeuge in der Hand hat, um eventuell gegen anonyme Fonds, die plötzlich in einem Maschinenbauunternehmen auftreten, etwas zu tun. Deshalb möchte ich Euch ausdrücklich bitten: Nutzt die Zeit bis zum nächsten Parteitag auch für das Thema mit dieser Projektgruppe. Führt die Gespräche mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Ort. Sprecht einmal mit ihnen, was für Werkzeuge für sie in der Mitbestimmung wirklich wichtig sind, damit sie gut vertreten sind. Bei der Reform 2001 waren wir in der Diskussion um die betriebliche Mitbestimmung schon weiter. Wir konnten es jedoch nicht durchsetzen. Wir sollten es jetzt nutzen und uns klar positionieren, damit jeder eine gute und qualifizierte Mitbestimmung im Betrieb hat. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Udo. Nächste Rednerin ist Beate Pliete.

Beate Pliete, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte Euch auf Seite 6, Zeile 37, hinweisen:

„Eine demokratische Marktwirtschaft darf sich deshalb niemals mit der Arbeitslosigkeit von Millionen ihrer Bürgerinnen und Bürger abfinden.“

Demokratische Marktwirtschaft - liebe Genossinnen und Genossen, mir sagte der Begriff nichts. Daher habe ich bei Wikipedia nachgeschlagen. Mir ist diese Begrifflichkeit absolut fremd, und Wikipedia kannte sie auch nicht. Was also bedeutet das?

„Soziale Marktwirtschaft“ habe ich gefunden. Dazu steht bei Wikipedia:

„Die SPD vermied zunächst konsequent die Verwendung dieses Fahnenwortes und versuchte, dem den Konkurrenzbegriff des demokratischen Sozialismus entgegenzusetzen, obwohl sie, insbesondere im Godesberger Programm 1959, zunehmend Elemente des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft übernahm. Erst seit den 1990er-Jahren verwendet auch die SPD den Ausdruck in ihren programmatischen Schriften. Eine positive Bezugnahme auf soziale Marktwirtschaft ist seitdem über alle politischen Grenzen hinweg weit verbreitet.“

Ich denke, diese Passage zeigt, dass dieser Begriff von grundsätzlicher Bedeutung für uns ist. Begriffsschöpfungen, wie „demokratische Marktwirtschaft“, haben unter Umständen programmatische Bedeutung, die weit über die rein sprachliche Bedeutung hinausgeht. Ich denke an die Diskussion um den Begriff Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“, mit dem wir uns in unserer Geschichte lange schwer getan haben, ist nicht nur Bestandteil unserer Programmatik, sondern er ist meines Erachtens quasi ein programmatisches Alleinstellungsmerkmal; denn wie wir jetzt feststellen können, hat sich Schwarz-Gelb durch ihre Regierungspolitik von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet.

Was also soll die Begriffsschöpfung? Von Demokratie im Zusammenhang mit unserem Wirtschaftssystem zu sprechen, ist sicherlich richtig, dann aber im Sinne der Wirtschaftsdemokratie. Damit wäre dann die Forderung nach mehr Mitbestimmung und Teilhabe an wirtschaftlichen Entscheidungen gemeint. Das ist ein wichtiges und richtiges Thema, so wichtig und richtig, dass es im Kapitel „Arbeitspolitik“ gesondert behandelt wird und werden muss. Hier aber macht der Begriff „demokratische Marktwirtschaft“ völlig unnötig den Weg frei für Spekulationen, um einer Abkehr von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft den Weg zu ebnet. Ich beantrage daher, den Begriff „demokratische Marktwirtschaft“ durch „soziale Marktwirtschaft“ zu ersetzen. - Danke.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Beate. Dann hat Fabian Löffler das Wort.

Fabian Löffler, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass wir seit dem Bundesparteitag in Dresden einen Erneuerungsprozess in Gang gebracht haben, in dem wir vor allem auch über die Arbeitsmarktpolitik sprechen, die wir in Regierungsverantwortung gemacht haben. Ich bin sehr froh, dass ich diesen Antrag hier lesen konnte und wir uns da klar positionieren, dass wir sagen, an vielen Stellen wollen wir zurückschrauben. Das ist der ganz wichtige Bereich der Leiharbeit. Leiharbeit, liebe Genossinnen und Genossen, wird heute von Unternehmen zum großen Teil ausgenutzt, um Löhne zu drücken, um Arbeitsverhältnisse schlechter werden zu lassen, um Mitbestimmung auszuhöhlen, liebe Genossinnen und Genossen. Damit müssen wir Schluss machen. Das ist ein guter Punkt in diesem Antrag.

Wenn wir heute von der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten sprechen, liebe Genossinnen und Genossen, dann möchte ich, dass wir das als Sozialdemokraten vonseiten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen denken und nicht von den Unternehmen her. Flexibilisierung der Arbeitsmärkte heißt dann ein Zugehen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu gehört für mich ganz klar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu. Dazu gehört, dass wir uns heute wieder mehr Gedanken über Arbeitszeitverkürzung machen, was auch die Gewerkschaften schon tun. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, hierüber müssen wir weiter sprechen.

Wenn ich mich denen zuwende, die unserer Solidarität bedürfen, denjenigen, die im Arbeitslosengeld II sind, deren Beschäftigung wir sichern wollen, deren Qualifikation wir sichern und erhalten wollen, dann bin ich davon überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir viel stärker mit Motivation arbeiten müssen als mit Sanktionen.

Hier, liebe Genossinnen und Genossen, klafft noch eine enorme Lücke in diesem Antrag. Wir wollen, dass wir uns als SPD für ein Sanktionsmemorandum einsetzen und die Praxis der derzeitigen Sanktionen auf dem Arbeitsmarkt einer kritischen Prüfung unterziehen, liebe

Genossinnen und Genossen. Dazu liegt der Initiativantrag 3 vor. Ich möchte dafür werben, liebe Genossinnen und Genossen, dass ihr ihn annehmt.

Mein letzter Punkt: Ich möchte in ganz besonderem Maße dafür werben, dass wir aufhören, Jugendliche unter 25 Jahren besonders zu diskriminieren, liebe Genossinnen und Genossen. Die haben es nicht verdient, dass man noch schärfere Sanktionen gegen sie setzt, wenn sie einmal eine Maßnahme im Arbeitslosengeld II ablehnen, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen möchte ich, dass ihr dem Votum der Antragskommission in diesem Punkt nicht folgt und dass von diesem Parteitag heute ganz klar ein Signal ausgeht: Wir behandeln Jugendliche unter 25 Jahren nicht schlechter als alle anderen! Denn das haben sie nicht verdient, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen bitte ich euch ganz klar, hier dem Initiativantrag der Jusos zu folgen. - Ich danke euch.

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Abschließend hat jetzt Manuela Schwesig das Wort. Danach wird Olaf Scholz die Empfehlungen der Antragskommission noch einmal vortragen.

Manuela Schwesig, stellvertretende Vorsitzende:

Liebe Genossinnen und Genossen! In unserem Antrag gibt es auch eine ganz wichtige Passage, und zwar die Passage zum Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Ich glaube, dieses Grundrecht muss auch im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehen. Dafür hat das Bundesverfassungsgericht ganz klare Ansagen gemacht, dass die Politik ganz transparent vorlegen muss, was Menschen zum Leben brauchen, um klarzukommen. Dazu gehört auch die soziokulturelle Teilhabe. Dazu gehören für uns vor allem bei den Kindern ein gesundes warmes Mittagessen an Kitas und Schulen und die Chance, in einen Musikverein oder Sportverein zu gehen.

Während wir hier auf dem Parteitag darüber diskutieren, wie unsere Gesellschaft sozial gerechter werden kann, erleben wir parallel, dass die Kungelrunde im Kanzleramt gerade die Regelsätze schönrechnet, dass man die Eltern nach sechs Monaten Diskussion um Prosa - um den Musikverein, um den Klavierunterricht, um den Reitunterricht für Kinder - jetzt mit 5 Euro abspeisen will. Was für die Eltern kommt, ist auch noch nicht klar.

Wir sagen ganz klar von der SPD an die Bundesregierung: Für uns ist das menschenwürdige Existenzminimum nicht verhandelbar. Wir werden den Kuhhandel auf Kosten der sozial Schwachen, der hier gerade abläuft, nicht zulassen - weder im Bundestag noch im Bundesrat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Manuela.

Wir treten jetzt in die Abstimmungen ein. Dazu noch einmal Olaf Scholz.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben auch diesen Antrag sehr sorgfältig, lange und in mehreren Runden beraten und uns viel Mühe gegeben, all das, was an sehr guten Vorschlägen und Beiträgen aus all den Gliederungen der SPD zu dem Thema und auch zu dem konkreten Antrag gekommen ist, mit einzuarbeiten und auch zu berücksichtigen. Dementsprechend ist dann auch der Antrag verändert und in die Fassung hinein entwickelt worden, die hier auch auf alle Tische verteilt worden ist. Wir empfehlen Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Erledigung all der Anträge, die auf die eine oder andere Weise, manchmal auch mit einzelnen Worten, in das eingeflossen sind, was wir dort beraten haben.

Einen Antrag will ich hervorheben: den Antrag der Jungsozialisten, den sie schon vor längerer Zeit gestellt haben, in dem sie sich um das Thema „Gute Arbeit für junge Menschen“ gekümmert haben. Das haben wir auch im Einvernehmen mit den Jusos eingebaut. Das findet sich im Antrag wieder. Ich finde, das ist wichtig, weil es zwar bestimmte Dinge noch einmal herausgreift, die auch an anderer Stelle stehen, aber weil es doch klar ist, dass wir eine Perspektive gerade auch für den Arbeitsmarkt für junge Leute brauchen. Das ist das, was wir hier vorschlagen.

(Beifall)

Es sind weitere Einzelvorschläge gemacht worden. Ich möchte gerne den aufgreifen, der hier in einem mündlichen Beitrag erläutert worden ist, nämlich das Wort „demokratische“ Marktwirtschaft durch „soziale“ Marktwirtschaft zu ersetzen. Ich mache wegen der fortgeschrittenen Zeit den Vorschlag, dass wir das übernehmen. Allerdings heißt das, wenn man es richtig zu Ende denkt, dass sich die USA, weil sie nur eine demokratische und keine soziale Marktwirtschaft sind, selbstverständlich mit mehreren Millionen Arbeitslosen abfinden dürfen. Aber so weit müssen wir das jetzt nicht treiben. Aber ich glaube, da hat jemand vermutet, dadurch, dass das Wort „sozial“ nicht davor steht, sei etwas ganz anderes gemeint. Dieser Vermutung kann man ja mit einer gewissen Großzügigkeit entgegentreten. Wir übernehmen das also. Aber ich bitte auch diejenigen, die sich da echauffiert haben, noch einmal darüber nachzudenken: Darf Arbeitslosigkeit nicht auch schlecht sein in Gesellschaften, die anders als unsere keine soziale sind? - Doch, finde ich. Aber das ist eine Debatte an anderer Stelle. Wir machen das also einfach.

Dann noch zu dem Antrag der Jusos, der jetzt neu als Initiativantrag gestellt worden ist und den wir nur an einer Stelle übernehmen wollen, indem wir dort, wo hier ein großes Einvernehmen im Saal besteht, dies auch wiedergeben und ihn ergänzen: „Angesichts der hohen Zahl von Widersprüchen und auch erfolgreichen Klagen gegen die Sanktionspraxis wollen wir diese einer Überprüfung unterziehen.“ In dieser Fassung wollen wir dem Antrag der Jusos entsprechen. Wenn es allerdings bei der Ursprungsfassung sein sollte, dann würde das viele Grundlagen unserer Arbeitsmarktpolitik infrage stellen, die ja darauf beruhen, dass wir,

wie in dem Antrag sorgfältig beschrieben, die Fördermöglichkeiten, die Qualifizierungsmöglichkeiten, das Ausmaß an Geld, das wir in aktive Arbeitsmarkt stecken, ausweiten. Aber es bedeutet auch, dass wir immer wollen, dass man auch mitmacht. Deshalb wäre es falsch, wenn wir da eine andere Botschaft aussenden. Deshalb bitte ich, der Antragskommission auch insoweit zu folgen, liebe Genossinnen und Genossen.

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich rufe auf den Initiativantrag 3. Zu dem Initiativantrag 3 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung von Punkt 1 und Annahme von Punkt 2 in der Fassung: „Angesichts der hohen Zahl von Widersprüchen und auch erfolgreichen Klagen gegen die Sanktionspraxis wollen wir diese einer Überprüfung unterziehen.“ Wer mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Der Änderungsantrag von Beate wurde übernommen.

Der Antrag Ar 41 „Gute Arbeit auch für junge Menschen“ wird in der Fassung der Antragskommission als neues Kapitel V in Ar 1 zur Annahme empfohlen. Das kommt bei der Gesamtabstimmung. Bei der Gesamtabstimmung sind wir aber noch nicht.

Die Anträge Ar 64 „Abwerbeverbot bei Leiharbeit“ und Ar 66 „Mitbestimmung“ werden zur Annahme empfohlen. Bei Ar 29 „Längere Bezugsdauer ALG I“ wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um das Kartenzeichen derer, die dem so folgen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Empfehlung so mehrheitlich angenommen.

Alle weiteren Anträge aus diesem Bereich sollen, wie im Antragsbuch vorgeschlagen, als erledigt erklärt, an den Parteivorstand, Bundestagsfraktion, SGK oder Parteitag 2011 oder an mehrere überwiesen werden. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Verfahren. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dem so mehrheitlich gefolgt.

Ich rufe jetzt auf den Gesamtantrag „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“. Wer Annahme in der Fassung der Antragskommission empfiehlt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist der Antrag insgesamt mehrheitlich so beschlossen.

Ich möchte euch sagen, dass bei Annahme in der Fassung der Antragskommission nach Empfehlung der Antragskommission die folgenden Anträge erledigt sind: Ar 2, 3, 4, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 21, 22, 23, 25, 26, 27, 31 bis 34, 36, 37, 38, 42 bis 46, 48 und 49, 52 bis 54, 57 bis 58, 60, 62 und 63, 67, 69, 71 bis 73, 75 bis 78 und 79.

Dann haben wir die Beratungen zur Arbeitsmarktpolitik abgeschlossen.

Ich rufe jetzt auf den Bereich der Sozialpolitik.

Für die Antragskommission hat Olaf Scholz das Wort.

Beratung der Anträge zur Sozialpolitik

Olaf Scholz, Antragskommission:

Ich nehme an, ihr habt jetzt genau verfolgt, welche Anträge erledigt sind.

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Ihr könnt noch einmal zu mir kommen, falls es zu schnell war.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Komplex, der jetzt besprochen werden soll, handelt natürlich vor allem von der Zukunft der Rentenpolitik. Dazu haben wir sehr sorgfältig, sehr ausführlich in der Partei diskutiert. Das hat schon auf dem ordentlichen Parteitag im letzten Jahr begonnen. Das haben wir mit einer Zukunftswerkstatt fortgeführt, in der es zum Beispiel eine ganz große Onlinekonferenz gegeben hat, an der sich ein paar Tausend beteiligt haben und mitdiskutiert und mitverfolgt haben, wie wir uns mit den politischen Fragen beschäftigen, die damit verbunden sind.

Das hat selbstverständlich bei der Beschlussfassung des Parteivorstandes und des Präsidiums zur Rentenpolitik auch eine Rolle gespielt, genauso wie viele andere Vorschläge, die aus den Gliederungen gekommen sind.

Das ist für uns klar: Wir müssen etwas ändern. Wir müssen dazu beitragen, dass unsere Rentenpolitik immer auch zu den Möglichkeiten derjenigen passt, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten. Das ist ein gern zitiertes Wort, dem ich vollständig zustimme. Das darf nicht nur für diejenigen gelten, die das nicht tun, sondern das gilt umgekehrt auch für diejenigen, die es tun. Denen müssen wir garantieren, dass sie zurechtkommen können, wenn sie alles richtig machen.

Sigmar Gabriel hat es schon gesagt: Es kann nicht sein, dass die Regelaltersgrenze angehoben wird, während gleichzeitig die Zahl derjenigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt und über 60 sind, gerade mal bei 20 Prozent liegt. Das würden viele als Hohn empfinden, weil man von ihnen etwas verlangt, was sie gerne tun würden, was sie aber gar nicht realisieren können. Deshalb ist es noch verhöhrender, wenn gleichzeitig Arbeitgeberverbände, die nichts dazu beitragen, dass Ältere eine realistische Beschäftigungschance haben, eine weitere Anhebung der Arbeitszeit auf 70 oder noch höher fordern. Wir sagen: Es geht immer um die Realität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es muss auch gehen; und so geht es nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gleichzeitig sind wir jetzt dazu aufgerufen, etwas dazu sagen. Wir sagen: Wenn die Bundesregierung im November dieses Jahres ihren Alterssicherungsbericht vorlegt und zur Frage Stellung nimmt, ob die Älteren eine Beschäftigungslage haben, die es möglich macht, dass ab 2012 die Regelaltersgrenze steigt, und dann sagt, dass es geht, obwohl sie die gleichen Zahlen hat wie wir, dann sagen wir, dass das nicht geht. Dann wird die sozialdemokratische Bundestagsfraktion im Bundestag sofort ein Gesetz einbringen, in dem steht: Die Anhebung der Regelaltersgrenze ab 2012 soll nicht stattfinden. - Das werden wir tun; und das ist auch mit unseren bisherigen Debatten verbunden.

(vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb kann sich auch jeder sicher sein, dass die Diskussion, die wir in der Kommission führen, auf die hier hingewiesen wird, sorgfältig alle Aspekte des Übergangs aufgreift, aber selbstverständlich auch alles noch einmal thematisieren wird, was man thematisieren will. Spätestens dann, wenn auf dem Parteitag im nächsten Jahr generell zur Rentenpolitik abgestimmt wird – aber auch vorher in der Kommission -, können selbstverständlich alle Fragen erörtert werden - auch weit grundsätzlichere Positionen als die, die sich bisher in den Anträgen wiederfinden.

Aber ich glaube, es ist richtig, dass wir sagen: Das ist unser Stand. Mit diesen Anträgen aus den Gliederungen und vom Parteivorstand gehen wir in die Kommission. Wir setzen sie aus Fachleuten, Gewerkschaft, Betriebsräten, Gliederungen aus Ost und West zusammen. Wir sorgen für eine breite inhaltliche Diskussion. Das müsste gehen. Ich bitte euch deshalb, dem Votum, diese Kommission zu beauftragen, zu folgen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Aussprache. Es liegen mehrere Wortmeldungen vor. Ich schlage euch vor, zunächst zwei Wortmeldungen abzuarbeiten, zum einen die von Klaus Barthel und zum anderen die von Elke Ferner. Ich bitte dann darum, dass wir nur noch die Wortmeldungen abarbeiten, die konkret einen zusätzlichen Änderungsantrag beinhalten, um den Ablauf zu beschleunigen. Denn es liegen ja auch noch andere Anträge vor, die wir gemeinsam beraten wollen. Ich weiß, dass viele Delegierte noch einen langen Weg nach Hause vor sich haben. Wir versuchen hier oben, diesen Spagat zu machen. Ich hoffe, ihr macht ihn mit.

Ich rufe zunächst Klaus Barthel und dann Elke Ferner auf.

Klaus Barthel, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, wir wollen/müssen alle heim. Olaf hat mir auch schon einige Sorgen genommen, aber es ist noch ein Änderungsantrag unterwegs, der etwas

klarstellen muss. Darüber müssen wir uns heute noch kurz unterhalten, bevor wir auseinandergehen. Im Antrag S 1 ist hauptsächlich ein entscheidender Satz formuliert, nämlich dass der Parteitag den Beschluss des Parteivorstands begrüßt. Dieser Beschluss – das muss man wirklich sagen – ist ein großer Fortschritt in der Rentenpolitik, erstens, weil die Rentendebatte nicht auf das Thema Rente mit 67 eingeengt wird, und zweitens, weil klipp und klar darin steht, dass die Rente mit 67 2012 nicht kommen darf.

Dem würde ich unheimlich gerne zustimmen. Ich habe aber ein Problem. Wenn man sich das genauer anschaut, dann stellt man fest, dass im Text die Rede davon ist, dass wir „genannte Ziele“ erreichen wollen. Unter den Zielen findet sich unten im Text immer noch die Rente mit 67. Das heißt also, es gibt einen positiven Bezug. Als Bedingung ist nur die Arbeitsmarktfrage genannt, nämlich dass 50 Prozent der über 60-Jährigen beschäftigt sein sollen. Ich muss euch ganz klar sagen: Das reicht mir auf keinen Fall aus. Erstens stellt sich die Frage, ob wir uns wirklich damit zufrieden geben können, dass nur 50 Prozent, also die Hälfte der über 60-Jährigen, eine Beschäftigung hat. Das heißt, die andere Hälfte hat dann immer noch keine Beschäftigung.

Zweitens. Zur Armutsfestigkeit ist im Text zwar viel geschrieben, aber sie ist nicht als Bedingung für das Inkrafttreten der Rente mit 67 genannt. Wenn man bedenkt, dass man in 20 Jahren 42 Jahre statt bisher 32 Jahre arbeiten muss bei einem Einkommen von etwa drei Viertel des Durchschnittseinkommens, um überhaupt das Grundsicherungsniveau zu erreichen, dann sind wir von Armutsfestigkeit weit entfernt. Und wenn wir kein armutsfestes System haben, dann kann man auch über die Rente mit 67 überhaupt nicht diskutieren.

(vereinzelt Beifall)

Wir müssen weiter über die Veränderung der Arbeitsbedingungen diskutieren; denn auch eine bessere Arbeitsmarktlage hilft nichts, wenn die Leute kaputt sind, wenn sie nicht mehr können.

Der Rede Sinn ist: Wir kämpfen im Moment in den Betrieben, in den Ortsvereinen und in der Bevölkerung um unsere Glaubwürdigkeit. Ich würde heute ungern mit dem Eindruck nach draußen gehen, dass wir einen Antrag beschließen, der nichts anderes bedeutet als Zeitgewinn bis nach der Bundestagswahl. Da müssen wir mehr liefern. Es müssten feste Voraussetzungen genannt werden, damit überhaupt weitergeredet werden kann. Deswegen würde ich gerne auf Sigmar zurückkommen. Du hast vorhin bei der Steuerdebatte gesagt: Wir wollen Werkstattcharakter. - Ich würde darum bitten, dass wir dieses Thema auch offenhalten, dass ihr das hier noch einmal ganz klar erklärt, damit nicht - wenn ich heute zustimme - nächstes Jahr gesagt wird: Du hast dich damit auf die Philosophie „Rente mit 67“ schon endgültig eingelassen. Wenn wir das noch klären könnten, wäre heute sehr viel erreicht.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Klaus. – Das Wort hat jetzt Elke Ferner.

Elke Ferner, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass der Antrag eine gute Arbeitsgrundlage für die Diskussion ist, die wir nicht nur in der Kommission zum Thema Alterssicherung - und zwar weit über das Thema Rente mit 67 oder 65 hinaus - führen werden. Wir werden das Thema auch in den Gliederungen aufarbeiten müssen und auch ein Stück weit Fact-Finding miteinander betreiben müssen. Wir werden das auch sehr intensiv mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften diskutieren.

Klaus, ich glaube, alleine schon die Tatsache, dass alle Anträge, die zu diesem Parteitag eingereicht worden sind und sich mit dem Thema Rente und Alterssicherung befassen, an die Kommission überwiesen worden sind – auch die Anträge, die gegen die Rente mit 67 sind -, zeigt doch, dass die Diskussion offen ist und wir über ein Gesamtkonzept reden, das weit über das hinausgeht, was Schwarz-Gelb im Moment vorbereitet.

Olaf hat das ja zu Beginn schon gesagt: Die Bundestagsfraktion wird nach diesem Parteitag im Herbst eine Initiative ergreifen, um klar zu machen, dass bei der aktuellen Beschäftigungssituation der Älteren ein Einstieg ab 2012 nicht erfolgen kann. Dann werden wir im nächsten Jahr – das ist bekanntermaßen ein Jahr vor dem Jahr 2012 – dem Parteitag eine abschließende Positionierung zu dem Thema Alterssicherung vorlegen und hier intensiv miteinander diskutieren - und zwar umfassend, das füge ich hinzu, beispielsweise auch über Themen, die noch gar nicht in dem Papier stehen, beispielsweise das Thema eigenständige Alterssicherung der Frauen.

Im dem Sinne würde ich euch bitten, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Elke. Wir kommen nun zur Abstimmung. In der Empfehlung zu Antrag S1 wird vorgeschlagen, den Beschluss des Parteivorstandes vom 30. August 2010 „Gut und sicher leben: Perspektiven schaffen für Arbeit und sichere Altersvorsorge“ zu begrüßen und damit auch der Einsetzung einer Kommission „Zukunft der Alterssicherung - Schutz vor Altersarmut“ zuzustimmen. Bei Annahme der Empfehlung zu S1 werden die Anträge S1 bis S11, S14, S17 bis S19, S26, S29 bis S31, S33 bis S37, Ar15 und Ar28 an diese Kommission überwiesen. Der Beschluss ist im Antragsbuch in der Empfehlung zu Antrag S1 abgedruckt.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist der Empfehlung der Antragskommission mit großer Mehrheit gefolgt.

Liebe Genossinnen und Genossen, die restlichen Anträge aus dem Bereich Sozialpolitik - S12, S13, S15, S16, S20 bis S25, S27 und S28, S32, S38 und S39 - sollen, wie im Antragsbuch

vorgeschlagen, an den Parteivorstand bzw. an die Bundestagsfraktion oder an beide überwiesen werden. Wir bitten um Zustimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dem so mit breiter Mehrheit gefolgt. Vielen Dank.

Damit ist die Beratung zur Sozialpolitik abgeschlossen. Aber Sigmar hat noch einmal um das Wort gebeten.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:

Klaus, natürlich ist das so! Reicht das? Wenn wir hier etwas Gegenteiliges beschließen würden, würdest du dir das sowieso nicht gefallen lassen. Warum sollen wir es erst versuchen? Okay!

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir machen weiter in der Antragsberatung mit den Sonstigen Anträgen. Ich übergebe das Wort an Heiko Maas.

Beratung weiterer Anträge

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Ich gebe es gleich weiter an Olaf Scholz.

Olaf Scholz, Antragskommission:

Wir haben jetzt eine ganze Reihe von sonstigen Anträgen. Die will ich gar nicht alle ansprechen. Ihr habt das alles sorgfältig gelesen. Es liegt alles mit einer Empfehlung vor euch auf dem Tisch.

Nur zu einem Komplex will ich kurz etwas sagen, nämlich dem Komplex Afghanistan - dieses Thema bewegt viele, und es muss klar sein, wie wir damit umgehen wollen -: Selbstverständlich wird es einen innerparteilichen Willensbildungsprozess geben, bevor Entscheidungen im Deutschen Bundestag fallen. Deshalb habt ihr im Antragsbuch im Zusammenhang mit den Empfehlungen gefunden: Auf einer Konferenz soll rechtzeitig vorher, aber zu einem Zeitpunkt, an dem man schon etwas sagen kann, darüber beraten werden. Wir haben klargestellt, wann die Konferenz sein soll. Dass sie rechtzeitig vorher sein soll, steht schon im Antragsbuch drin. Weil es noch eine Nachfrage dazu gab, wollten wir sicherstellen, dass alle Delegierten dieses Parteitages nicht nur allgemein, wie alle anderen, sondern ganz ausdrücklich dazu eingeladen werden. So ist sichergestellt, dass eine große Beteiligung der Basis stattfindet, auf die man sich auch verlassen kann.

Dieses Verfahren soll dazu beitragen, dass wir jetzt schnell und ohne allzu lange Debatte einfach sagen können: So machen wir das. - Schönen Dank.

Heiko Maas, Parteivorstand:

Vielen Dank, Olaf. Liebe Genossinnen und Genossen, ich schlage vor, dass wir - da wir uns im Antragsbuch unter „Sonstiges“ befinden; das reicht von der Seite 250 bis zur Seite 283 - die drei Wortmeldungen, die es dazu gibt, jetzt in einer allgemeinen Aussprache zusammenziehen, sodass wir dann anschließend gleich in die Abstimmung eintreten können. Das geht dann ganz schnell.

Als Erste hat Angelika Graf aus Bayern das Wort.

Angelika Graf, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Olaf hat es schon angesprochen: Die Situation in Afghanistan beschäftigt die Genossinnen und Genossen an der Basis massiv. Ich bin Mitglied des Bundestages und arbeite dort in der Taskforce Afghanistan. Bei jedem Besuch an der Basis und bei jeder Konferenz, zu der ich gerufen werde, stelle ich fest, dass es ein hohes Diskussions- und Informationsbedürfnis an der Basis gibt. Es wird dort über die Rolle der verschiedenen Akteure gesprochen: die Bundeswehr, die Entwicklungszusammenarbeit, die Rolle der NGOs in diesem Prozess. Für die afghanische Seite spielt insbesondere die Situation der Frauen immer eine große Rolle.

Warum fordern wir einen Parteitag zu diesem Thema? Ich war bei der ersten Afghanistan-Konferenz, die im Willy-Brandt-Haus stattgefunden hat. Es war dort eine hohe Empathie zu spüren. In diesem Antragsbuch gibt es zwölf Anträge zu Afghanistan. Die zwölf Antragsteller - und es gibt noch viele, viele Papiere mehr aus den Reihen der Mitglieder der SPD - haben ein Recht darauf, dass sie vor der Debatte im Deutschen Bundestag einen Beschluss des Parteitages bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen: Wenn wir glaubwürdig sein wollen mit der Neuausrichtung in der Partei, müssen wir unbedingt einen Parteitag abhalten, bevor diese Debatte im Deutschen Bundestag ansteht. Denn der Parteitag ist das einzige Beschlussgremium, das dieses Problem lösen kann. Wir sollten auf diesem Parteitag, so denke ich, nicht nur über die Situation in Afghanistan sprechen. Es muss vielmehr ganz allgemein auch um die Neuausrichtung von Auslandseinsätzen gehen. Wenn wir das machen würden, wäre das auf der einen Seite ein guter Schritt zu mehr Glaubwürdigkeit der SPD auf diesem schwierigen Feld. Und auf der anderen Seite möchte ich zu bedenken geben: Der Guttenberg ist ein sehr flexibler Mensch. Wir müssen da wirklich aufpassen.

Deswegen denke ich, dass es richtig und gut wäre, wenn wir das mit einem Parteitag lösen würden. Ich bitte euch, den Initiativantrag nicht abzulehnen, sondern ihm zuzustimmen.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Jetzt hat Erwin Kirschenbaum das Wort. - Ist der Erwin noch anwesend? - Erwin ist schon zurück nach Recklinghausen. Dann hat jetzt Heike Wiegel aus Braunschweig das Wort.

Heike Wiegel, Braunschweig:

Liebe Genossinnen und Genossen! Zum aktuellen Thema Asse II: Schlagen wir die Zeitungen auf, so können wir lesen, dass uns immer wieder eine strahlende Zukunft versprochen wird. Ist das wirklich so? Liebe Genossinnen und Genossen, wacht auf! Schaut genau hin!

Bei Asse II lief alles schief. Wie soll es weitergehen? Die Rückholung muss zügig vorangetrieben werden. Rückholung heißt, dass der Atommüll von unten nach oben befördert wird. Es verstärkt sich der Eindruck, dass durch lange Genehmigungsverfahren die Rückholung eben nicht zügig verfolgt wird. Bei Asse II dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Ein langes Lamentieren und Abwarten darf es nicht mehr geben.

Wo ist die Gesamtplanung zur Rückholung? Wo ist das Konzept? Wo ist der rote Faden? Es fehlt die Planung von Anfang bis Ende. Dazu gehört Planungssicherheit. Dazu gehört die Sicherheit der Bergleute. Dazu gehört ein zweiter Schacht.

Es gibt bei Asse II keine Alternative zur Rückholung. Alle anderen Konzepte geben uns keine Langzeitsicherheit. Es muss Schluss sein: Schluss mit den Spielchen, Schluss mit einer Billiglösung, die man noch aus dem Hut zaubern möchte, Schluss mit Prognosen, die uns eine Sicherheit nur vorgaukeln. Hier geht es um die Sicherheit der Bürger. Es geht um deine Sicherheit. Es geht um die Kinder und die Enkel, um deine Enkel. Atommüll muss abgeschlossen von unserer Umwelt gelagert werden. Das geht bei Asse II leider nicht. Bleibt der Atommüll in Asse II, wird in kurzer Zeit die Umgebung verseucht sein. Die Verantwortlichen sollen die Rückholung ernst nehmen. Wir fordern den Gesamtplan zur Rückholung. - Danke schön.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen, sodass wir in die letzte Abstimmungsrunde eintreten können.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Anträge So 1 bis So 12 – das sind die Seiten 250 bis 264 - sollen nach der Empfehlung der Antragskommission zur Vorbereitung der SPD-Afghanistan-Konferenz im Januar 2011 an den Parteivorstand überwiesen werden. Ich bitte um Eure Zustimmung für das Votum der Antragskommission und um Euer Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag So 16 – Erhalt des Sozialen Mietrechts; das ist Seite 272 - ist zur Annahme empfohlen. Bei Antrag So 18 – „Keine Werbung für Rüstungsfirmen auf SPD-Parteitag“ – wird für den ersten Absatz Überweisung an den Parteivorstand und für den zweiten Absatz Annahme empfohlen. Das ist die Empfehlung der Antragskommission. Ich

lasse darüber abstimmen: Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, alle weiteren Anträge sollen, wie im Antragsbuch vorgeschlagen, als erledigt erklärt bzw. an den Parteivorstand, die Bundestagsfraktion, den Parteitag 2011 bzw. an die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament oder an mehrere überwiesen werden. Das ist die Empfehlung der Antragskommission. Ich bitte Euch, dem zuzustimmen, und um Euer Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das beschlossen.

Die Anträge So 13 und So 14 beschäftigen sich mit der Zukunft des Wehrdienstes. Das haben wir natürlich auch noch zu beschließen. So 14 ist in der Fassung der Antragskommission zur Annahme empfohlen. Dadurch wäre So 13 erledigt. Auch darüber lasse ich abstimmen. Ich bitte um Zustimmung zum Votum der Antragskommission. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist auch das so angenommen.

Damit sind wir mit allen Abstimmungen am Ende. Ich bedanke mich für Eure Geduld, und ich bedanke mich vor allen Dingen bei Olaf Scholz, aber auch allen anderen Mitgliedern der Antragskommission dafür, dass sie uns durch diesen Parteitag gelotst haben.

(Beifall)

Jetzt hat Klaus Wowereit das Schlusswort.

Schlusswort

Klaus Wowereit, stellvertretender Vorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Arbeitsparteitag geht zu Ende. Ich finde, jeder Parteitag ist ein Arbeitsparteitag – auch die ordentlichen. Es ist aber in der Tat viel gearbeitet worden - auch im Vorfeld dieses Parteitages. Dank an all diejenigen, die das getan haben in den Zukunftswerkstätten, die das unterstützt haben und die eine breite Debatte auch in der Partei geführt haben. So soll es auch weitergehen.

Mein Dank geht auch an das Präsidium für die wunderbare Tagungsführung.

(Beifall)

Ein ganz großer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses und die externen Unterstützerinnen und Unterstützer für die wunderbare Durchführung dieses Parteitages.

(Beifall)

Es war ein neuer Ort, und es ist nicht einfach, den zu bespielen, aber ich glaube, wir haben uns hier wohlfühlt, in der STATION, der Heimat der Premium. Die Premium ist eine Modemesse,

die hier zweimal im Jahr stattfindet. Diese Kreativität überträgt sich auch auf die SPD. Wir haben uns hier heute und gestern, glaube ich, jedenfalls wohlgeföhlt.

Viel ist in diesem Jahr seit Dresden im vergangenen Jahr geschafft worden. Die SPD hat wieder eigene Stärke gewonnen, und das muss das Motto sein: nicht nur auf die anderen schießen, sondern eigene Stärken entfalten. – Dies brauchen wir für die vor uns liegenden Landtagswahlen und die großen Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Wir haben einen hohen Anspruch. Wir wollen überall da, wo wir antreten, die stärkste Kraft werden. Dafür kämpft die Sozialdemokratie. Für soziale Gerechtigkeit: Lasst es uns gemeinsam tun. - Ich glaube, dann werden wir auch erfolgreich sein.

In diesem Sinne ist der Parteitag am Ende, aber nicht, bevor wir nicht gemeinsam gesungen haben. Wir werden durch Rolf Stöckel und Eckart Kuhlwein unterstützt.

Und was singen wir?

(Zuruf)

-Was? „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“; ich habe es hier. Ich war ja noch nicht am Ende. - Da wir so textsicher sind, habt Ihr alle den Text bekommen. In diesem Sinne: Schönen Dank.

(Beifall)

(Lied: Wann wir schreiten Seit' an Seit')

Ende: 17.23 Uhr

Anhang

Delegierte

Parteivorstand

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Berg, Ute
Böhning, Björn
Bulmahn, Edelgard
Duin, Garrelt
Engelmeier-Heite, Michaela
Ferner, Elke
Fischer, Birgit
Friedrich, Peter
Gabriel, Sigmar
Griese, Kerstin
Groschek, Michael
Grumbach, Gernot
Hartloff, Jochen
Hendricks, Barbara
Hexel, Dietmar
Högl, Eva
Jöns, Karin
Jüttner, Wolfgang
Kelber, Ulrich
Kraft, Hannelore
Ludwig, Barbara
Maas, Heiko-Josef
Matschie, Christoph
Mattheis, Hildegard
Nahles, Andrea
Nida-Rümelin, Julian
Poß, Joachim
Pronold, Florian
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schaub, Manfred
Schlenz, Thomas
Scholz, Olaf
Schulz, Martin
Schwall-Düren, Angelica
Schwesig, Manuela
Stegner, Ralf
Vogt, Ute
Wowereit, Klaus

Baden-Württemberg

Arnold, Rainer
Barteit, Lars
Bednarz, Hendrik
Behnke, Elfriede
Boos, Luisa

Breymaier, Leni
Castellucci, Lars
Drobinski-Weiß, Elvira
Eckert, Klaus
Erler, Gernot
Esken, Saskia
Gilbert, Carsten
Götzmann, Roman
Graner, Jürgen
Haller-Haid, Rita
Jehle, Jochen
Jung, Johannes
Juratovic, Josip
Karaahmetoglu, Macit
Kirgiane-Efremidis, Stella
Knauss, Renate
Lange, Christian
Lutz, Udo
Rebmann, Stefan
Rehbock-Zureich, Karin
Repasi, Rene
Roth, Karin
Schirin, Deniz
Schmid, Nils
Schmiedel, Claus
Schulze, Bettina
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Simon, Peter
Sorg, Anette
Spörkel, Ralf
Sünder, Claudia
Teichmann, Gabriele
Templ, Karl-Ulrich
Weber, Jonas
Weigle, Sebastian
Wöfle, Sabine
Zirra, Jana

Bayern

Amier, Claudia
Aures, Inge
Bante, Bernd
Barthel, Klaus
Baur, Hannelore
Bergmann, Uwe
Beyer, Christian
Braun, Carolin
Burger, Simone
Deckwerth, Ilona
Döhla, Benedikt
Döhla, Eva
Dressel, Carl-Christian
Dullinger, Angelica
Ederm, Marietta

Fischer, Roland
Flisek, Christian
Graf, Angelika
Grötsch, Eberhard E.
Gruber, Michael
Güll, Martin
Hagl, Rita
Hofmann, Frank
Höllein, Carsten
Kaiser, Heinz
Kalteis, Daniel
Karl, Annette
Kofler, Bärbel
Kramme, Anette
Kraus, Annemarie
Lampe, Wolfgang
Merzbacher, Jonas
Mielentz, Jörg
Negele, Christine
Niclas, Gisela
Nowotny, Hannedore
Pawlovsky, Hans
Peitzsch, Wolfgang
Pohl, Ralf
Roloff, Sebastian
Röver, Jens
Rupp, Adelheid
Rupprecht, Marlene
Scharfenberg, Ulrich
Schmid, Herbert
Schrock, Christine
Schurer, Ewald
Seeger, Rainer
Stauch, Carlo
Steiner, Mirjam Beate
Tausend, Claudia
Thanheiser, Evi
Unfried, Harald
van Eckert, René
Vetter, Ulrike
Vilsmeier, Bernd
Vogel, Christian
Vogel, Katja
Weikert, Angelika
Werner-Muggendorfer, Johanna
Wiedemann, Leo
Wright, Heidi

Berlin

Buttgereit, Monika
Drautz, Cordula
Drohse, Franziska
Gaebler, Christian
Geisel, Andreas

Hall-Freiwald, Diane
Loth, Barbara
Mindrup, Klaus
Müller, Michael
Rackles, Mark
Siebert, Ingo
Sommer, Ulrike
Spranger, Iris
Thölken, Rosemarie
Ulbricht, Klaus

Brandenburg

Artz, Katja
Bierwirth, Petra
Danckert, Peter
Gujjula, Ravindra
Hackenschmidt, Barbara
Hübner, Ines
Kosanke, Sören
Maaß, Christian
Schulze, Anett

Braunschweig

Bosse, Marcus
Glosemeyer, Immacolata
Hermann, Nadine
Labitzke, William
Müller Alarcon, Ursula
Perik, Muzaffer
Schlaugat, Eva
Scholz, Christa
Schubert, Erich
Wiegel, Heike

Bremen

Bovenschulte, Andreas
Gürlevik, Aydin
Holsten, Reiner
Mahnke, Manuela
Ryglewski, Sarah

Hamburg

Damerau, Inka
Dressel, Andreas
Kahrs, Johannes

Mohr, Antje
Pein, Milan Wilhelm
Richter, Frank
Schlage, Britta
Schlotzhauer, Melanie
Schwinke, Karl
Tschentscher, Peter

Hannover

Albrecht-Engel, Ines
Aller, Heinrich
Brand, Marina
Dehde, Klaus-Peter
Fahncke, Barbara
Friedemann, Waltraud
Heiligenstadt, Frauke
Hohmann, Angela
Jagau, Hauke
Köhler, Rolf-Georg
Leuschner, Sigrid
Lips, Christian
Löser, Jessica
Lotze, Hiltrud
Lynack, Bernd
Miersch, Matthias
Oltmann, Joachim
Pfeufer, Torben
Putzier, Jan Henner
Rakowski, Andreas
Rüter, Michael
Schröder-Ehlers, Andrea
Schwarze, Horst
Tonne-Jork, Elke
von Hugo, Merlyn
Watermann, Ulrich
Winkelmann, Peter

Hessen-Nord

Becker, Friedhelm
Bethke, Cornelia
Brück, Walter
Catherey, Cordula
Ehses, Ingrid
Fissmann, Karina
Hoppe, Bernd
Hühn, Marianne
Lanzke, Stephan
Meßmer, Ullrich
Pahl, Ingo
Schorn, Holger
Spies, Thomas

Strube, Karin
Wagner, Christiane
Waschke, Sabine
Weigel, Monika
Welker, Christian

Hessen-Süd

Auer, Inge
Benz, Hanno-Thomas
Blitz, Detlev
Bullmann, Udo
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Gasper, Jürgen
Geis, Kerstin
Gnagl, Lisa
Gnagl, Rolf
Griga, Martin
Grüger, Stephan
Hauer, Nina
Karademir, Hidir
Koch, Patrick
Merker, Matti
Müller, Carsten
Nissen, Ulrike
Pfaff, Karlheinz
Plehnert, Julia
Reichenbach, Gerold
Schmidt, Dagmar
Schmitt, Norbert
Schwenke, Felix
Stojkovic, Dzenet
Veit, Rüdiger
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wucherpennig, Dagmar
Ypsilanti, Andrea
Yüksel, Turgut
Zapf, Uta

Mecklenburg-Vorpommern

Borchert, Rudolf
Drese, Stefanie
Reinke, Christian
Stieber, Michael

Nord-Niedersachsen

Dyck, Gerard-Otto

Haar, Dirk-Hinrich
Jantz, Christina
Renken, Axel
Schütz, Annette
Ziebarth, Monika

Nordrhein-Westfalen

Altenkamp, Britta
Althaus, Manfred
Baldschun, Katie
Banschkus, Bernd
Bas, Bärbel
Becker, Dirk
Bell, Dietmar
Bennarend, Jens
Bischof, Arno
Blümcke, Waltraud
Blumenthal, Heiko
Bollmann, Gerd Friedrich
Bozkir, Sandra
Brandner, Klaus
Büchter, Christian
Dehn, Sonja
Dieckmann, Dietmar
Dos Santos Herrmann, Susana
Drabig, Franz-Josef
Ehrmann, Siegmund
Eicker, Sigrid
Eickhoff, Martina
Eickschen, Stephan
Ellerkamp, Ingo
Emmerich, Karl-Heinz
Erdle, Phillip
Esser, Frank
Gebhard, Heike
Gerdes, Michael
Geßner, Elke
Gießelmann, Helga
Gliss-Dekker, Ursula
Groß, Michael
Harder, Ernesto
Hartmann, Sebastian
Henze, Franz-Josef
Herrmann, Klaus-Dieter
Herter, Marc
Hetmeier, Marita
Hilser, Dieter
Hinz, Petra
Hohmann, Hartmut
Horstmann, Ute
Jäger, Ralf
Jahl, Armin
Joisten, Christian
Junge, Wolfram

Kaczmarek, Oliver
Kalkreuter, Matthias
Karmann, Petra
Kirschenbaum, Erwin
Klein, Petra
Klug, Claudia
Koch, Karsten
Kocks, Mathias
Konzelmann, Thorsten
Krichel-Mäurer, Hermann-Josef
Krützen, Klaus
Kuhn, Martin
Latak, Helmut
Lemm, Renate
Leonhardt, Nadine Renee
Link, Sören
Locker, Katrin
Löhr, Karin
Lüders, Nadja
Meiers, Ute
Meise, Ursula
Metzlaff, Jennifer
Müller, Michael
Müller-Witt, Elisabeth
Müntefering, Michelle
Nawrot, Regina
Neuendorf, Bernd
Ossowski, Silke
Peters, Martin
Pliete, Beate
Priester-Büdenbender, Petra
Rampe, Carsten
Renner, Stephan
Riesmeier, Wilhelm
Römer, Norbert
Rosenfeld, Peter
Schäfer, Ute
Schall, Dörte
Schiefner, Udo
Schmeltzer, Rainer
Schmitz, Uwe
Schultheis, Karl
Schulze, Svenja
Schwartz, Stefan
Sigges, Manfred
Spanier-Oppermann, Ina
Stein, Frank
Stock, Michael
Stotz, Marlies
Strässer, Christoph
Stuck, Ingo
Susen, Ines
Tacer, Philipp
Thiel, Brigitte
Tigges, Margit
Tsalastras, Apostolos

Unkel, Heike
Voß, Jens
Wallach, Marianne
Weber, Jochen
Weller, Jürgen
Wiertz, Sven
Wittebur, Klemens
Wittkamp, Andreas
Yüksel, Serdar
Zaborski, Günter
Zerlin, Kay
Zorn, Gerhard

Rheinland-Pfalz

Anklam-Trapp, Kathrin
Barley, Katarina
Barnett, Doris
Brück, Bettina
Conrad, Jürgen
Conrad, Michaela
Ebling, Michael
Egler, Nora
Geis, Manfred
Gros, Anna
Guckenbiehl, Oliver
Hartmann, Michael
Heintel, Marcus
Hering, Hendrik
Jenssen, Jens
Langner, David
Löffler, Fabian
Machalet, Tanja
Mertes, Josef Peter
Mohr, Margit
Pellin, Sonja
Pörksen, Carsten
Raab, Heike
Ramsauer, Günther
Schäfer, Roland
Scholl, Andro
Schweitzer, Alexander
Simon, Michael
Sippel, Heiko
Wansch, Thomas
Westrich, Lydia
Westrich, Sissi
Wilhelm, Stephan
Winter, Friedrich

Saarland

Bremeier, Petra
Fischer-Theobald, Sabine

Hell, Gabi
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
Jost, Reinhold
Jung, Magnus
Leinen, Josef
Maringer, Evi
Meng, Sören
Ries, Isolde
Rödle, Hans-Heinrich
Roth, Eugen
Thul, Sebastian
Ukrow, Jörg
Zieder-Ripplinger, Margriet

Sachsen

Homann, Henning
Kolbe, Daniela
Pfeil, Juliane
Schuler, Thomas
Tanneberger, Hartmut
Vogel, Ines
Volkmer, Marlies

Sachsen-Anhalt

Eichler, Wolfgang
Grube, Falko
Hövelmann, Holger
Keune, Kornelia
Pähle, Katja
Schindler, Silke
Wistuba, Engelbert

Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang
Beran, Andreas
Birke, Hans-Helmut
Bolln, Stefan
Fey, Lennart
Hagedorn, Bettina
Hahn, Sybille
Juister, Bärbel
Kreft, Enrico
Kuhlwein, Eckart
Müllerwiebus, Roswitha
Östreich, Cornelia
Pauls, Birte
Riep, Rudolf
Rix, Sönke
Rodust, Ulrike
Stadelmann, Falk

Stübe, Yves-Christian
Voß, Stephan

Thüringen

Becker, Dagmar
Geheeb, Robert
Giesder, Fabian
Gleicke, Iris
Heß, Petra
Lehmann, Diana
Machnig, Matthias

Weser-Ems

Bluhm, Maike
Böckmann, Siegfried
Christians, Hilda
Eiben, Florian
Leising, Rainer
Lies, Olaf
Meyer-Garbe, Andrea
Mittelstädt, Ulrich
Rohde, Dennis
Schlee, Diana
Schweer, Daniel
Sonnenberg, Detlef
Uhlmann, Beate
Will, Christine
Wolski-Prenger, Friedhelm
Ziegler, Rainer

Delegierte mit beratender Stimme

Schiedskommission

Notzke, Thomas

Parteirat

Alkenings, Birgit
Ballhausen, Werner
Behrens, Daniela
Budde, Katrin
Burkert, Michael
Buschkowsky, Heinz
Coße, Jürgen
Crone, Petra
Dietrich, Sven
Forster, Hans
Güller, Harald
Heid, Petra
Hoffmann, Gudrun
Jordan, Jörg
Kalus, Steven
Kelm-Schmidt, Sabine
Kohl, Hannelore
Kolatz, Dilek
Kompe, Gerhard
Kutzer, Wolf
Lawall, Karin
Leithäuser, Brigitta
Mattes, Ralf
Mattischeck, Heide
Mazulewitsch-Boos, Anna
Meinhold, Walter
Möller, Claus
Mönikes, Jan
Naber, Hanna
Pleiß, Brigitte
Randzio-Plath, Christa
Roth, Angelika
Rühl, Kathrin
Schäfer, Axel
Schieder, Werner
Schild, Armin
Scholle, Thilo
Schreier, Wilhelm
Schwabe, Frank
Seidel-Kalmutzki, Karin
Stadelmaier, Martin
Stapelfeldt, Dorothee
Stinka, André
Suhr, Andrea
Tanke, Detlef
von den Driesch, Nicole

Wieczorek, Norbert
Wörl, Beate

SPD-Bundestagsfraktion

Binding, Lothar
Ernstberger, Petra
Freitag, Dagmar
Gunkel, Wolfgang
Lösekrug-Möller, Gabriele
Merkel, Petra
Rawert, Mechthild
Reimann, Carola (Dr.)
Rossmann, Ernst Dieter (Dr.)
Schaaf, Anton
Scheelen, Bernd
Schmidt, Ulla (MdB)
Thönnies, Franz
Wicklein, Andrea
Wolff, Waltraud

SPD-Fraktion im Europäischen Parlament

Lange, Bernd
Steinruck, Jutta